

Journal für Generationengerechtigkeit



Thema: **Jugendbewegungen
für Generationengerechtigkeit**

Inhaltsverzeichnis

Thema: Jugendbewegungen für Generationengerechtigkeit

Editorial	3
Der arabische Frühling als Ruf für Generationengerechtigkeit von Sonja Thau	4
Bewegung im Verzug. Was begünstigt, was lähmt den Protest? von Paul Schulmeister	13
Occupy als Jugendbewegung für Generationengerechtigkeit? Mediatisierte Aushandlungen des ‚Politischen‘ durch junge Menschen von Dr. Miriam Stehling und Merle-Marie Kruse	22

Rezensionen

Sven Kuntze (2014): <i>Die schamlose Generation – Wie wir die Zukunft unserer Kinder und Enkel ruinieren</i>	30
Norbert Campagna (2011): <i>Wählen als Bürgerpflicht und</i> Hannah Beitzer (2013): <i>Wir wollen nicht unsere Eltern wählen. Warum Politik heute anders funktioniert</i>	32

Neuerscheinungen

Manfred Liebel (2015): <i>Kinderinteressen: Zwischen Paternalismus und Partizipation</i>	35
---	----

Die Gutachter dieser Ausgabe

(in alphabetischer Reihenfolge):

Dr. Juliana Bidadanure ist Postdoc im Max-Weber-Programm des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz (2014/2015). In ihrer Dissertation an der Universität York (GB) beschäftigte sie sich im Bereich der Politischen Philosophie mit der Frage, was es bedeutet, junge Menschen als ‚Gleiche‘ zu behandeln.

Prof. Dr. Klaus Hurrelmann lehrt in den Bereichen Gesundheits- und Bildungspolitik an der Hertie School of Governance Berlin. Zuvor war er Professor für Bildungsforschung an den Universitäten Essen und Bielefeld. Ein aktueller Forschungsschwerpunkt liegt in der strategischen Verbindung von Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik.

Dr. phil. Wolfgang Kraushaar ist Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung. Er studierte Politikwissenschaft, Philosophie und Germanistik an der Universität Frankfurt/Main und promovierte 1982 bei Prof. Iring Fetscher. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehört die Untersuchung von Protest und Widerstand in der Geschichte der Bundesrepublik und der DDR (1949 bis 1990).

Ashley Seager ist Mitglied des Beirats der Intergenerational Foundation in London, die sich für Fairness zwischen den Generationen und für den Schutz der Rechte junger und zukünftiger Generationen einsetzt. Ashley Seager war von 2005 bis 2010 Wirtschaftskorrespondent bei *The Guardian* und arbeitete zuvor 14 Jahre für *Reuters*.

Dr. James Sloam arbeitet am Institut für Politik und Internationale Beziehungen an der Royal Holloway Universität London. Er beschäftigt sich unter anderem mit den Politiken junger Menschen und politischer Partizipation sowie mit deutscher Politik und politischen Parteien.

Jun.-Prof. Dr. Dr. Jörg Tremmel ist Juniorprofessor für Generationengerechte Politik am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Er beschäftigt sich mit Fragen der Generationengerechtigkeit sowie mit der politischen Theorie und Ideengeschichte.

Impressum

Herausgeber:

Prof. Dr. Dr. Jörg Tremmel - Juniorprofessor
Institut für Politikwissenschaft
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Eberhard Karls Universität Tübingen
Tel.: +49(0)7071-2975296
Email: joerg.tremmel@uni-tuebingen.de

Chefredakteur: Jörg Tremmel

Redaktion: Hans-Ulrich Kramer, Markus Rutsche

Layout: Angela Schmidt, Obla Design

Druck: Kuhn Copyshop & Mediacenter, Nauklerstraße 37A,
72074 Tübingen

Das Journal für Generationengerechtigkeit (JfGG) erscheint halbjährlich und publiziert Artikel, nachdem diese erfolgreich ein Peer-Review-Verfahren durchlaufen haben. Das Editorial Board setzt sich aus fünfzig Expertinnen und Experten zusammen, die aus zehn verschiedenen Ländern stammen. Die Zeitschrift erscheint online im Open-Access-Verfahren; auf Wunsch können auch gedruckte und gebundene Einzelexemplare gefertigt werden (Einzelpreis pro Heft 30 €). Die in das Heft eingestreuten Zitate wurden von der Redaktion ausgewählt, nicht von den Autoren. Im Sinne einer geschlechtergerechten Sprache werden im Heft die männliche und die weibliche Wortform abwechselnd verwendet. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat am 6.8.2013 eine Expansionshilfe für das Journal für Generationengerechtigkeit für die Dauer von drei Jahren bewilligt. Dieses Heft wird somit von der DFG finanziell unterstützt.

„Ich möchte Teil einer Jugendbewegung sein“, dichtete die Band *Tocotronic* einst. In Deutschland wollen dies immer weniger. Dies liegt nicht nur an dem Individualismus der nach 1990 Geborenen, der guten Arbeitsmarktlage und dem für die Alt-68er irritierenden Pragmatismus – es liegt vor allem an einem Mangel an mobilisierenden Zielen, nachdem die Option ‚system change‘ ausgeschieden ist. In Deutschland stehen demokratische Grundfreiheiten, die der Jugend in der arabischen Welt leider immer noch vorenthalten werden, nicht zur Disposition. Es geht in Deutschland auch nicht um die Abschaffung von Studiengebühren in fünfstelliger Höhe, die Studierende in Großbritannien oder Chile (in beiden Ländern gibt es eine Jugendbewegung dagegen) in eine Schuldenfalle stürzen, bevor ihr (Arbeits-)Leben überhaupt begonnen hat. Und der Mindestlohn, der das Ende des Labels ‚Generation Praktikum‘ eingeläutet hat, ließ sich über das Kreuzchen bei der SPD leichter durchsetzen als durch protestierendes Zelten zusammen mit den Occupy-Aktivisten. Proteste sind Kommunikationsformen, die sich an andere, nicht an das eigene Ich richten, und an deren Verantwortung appellieren, nicht an die eigene. Wie Paul Schulmeister in seinem Beitrag hervorhebt, suchen junge Erwachsene, wenn sie in Deutschland scheitern, die Gründe für dieses Scheitern in erster Linie bei sich selbst. Wo man nicht die Umstände für die eigenen Schwierigkeiten verantwortlich macht, fällt die Option des Protestes weg. In gewisser Weise ist es ein Fortschritt, dass die Jugend genau überlegt, inwieweit die Umstände verantwortlich zu machen sind und die Maxime ‚Macht kaputt, was Euch kaputtmacht!‘ differenzierter angewandt wird. Im Umkehrschluss gilt aber auch: Wo junge Menschen Entwicklungen wahrnehmen, die sie kollektiv bedrohen, da bewegen sie sich. Jedem Protest ist ein Bezug zur Zukunft eingeschrieben, und wenn das Thema ein zukunftsbezogenes ist, dann gehen diejenigen, bei denen noch mehr Leben ‚vor‘ ihnen liegt als hinter ihnen, am ehesten auf die Straße. Vor allem die Klimakrise mobilisiert auch in Deutschland viele junge Menschen – sie ist eine genuine Bewegung für Generationengerechtigkeit, so Schulmeisters Fazit. In Bezug

auf den Klimawandel müssen heute 20-Jährige fürchten, in 70 Jahren mit den Folgen heutiger kurzsichtiger Politik befasst zu sein. Hier geht es ganz direkt um das eigene Wohl (zum Glück ist dieses im Fall der Klimakrise untrennbar verknüpft mit dem Wohl der Menschen im Süden). Die Klimakrise ist global – die dagegen kämpfende Jugendbewegung auch, und deutsche Jugendliche sind Teil davon.

Noch vor wenigen Jahren hätte man eher Occupy für ‚die‘ neue Jugendprotestbewegung gehalten. Ihr Charme war (und ist, denn trotz der Marginalisierung ist Occupy ja nicht tot), dass auch hier der geografische Radius dem Gegner angemessen war. „Die Macht der Banken zu brechen“ ist aufgrund der internationalen Verflechtungen nur auf internationaler Ebene ein sinnvolles Ziel. Wer den Schwarzen Peter hat, ist allerdings nicht so leicht zu identifizieren. *Movimiento 15-M* bzw. *Podemos* (Bewegung 15. Mai in Spanien mit Gründung einer Protestpartei 2012) oder *Syriza* in Griechenland konnten mit ihren populistischen, einfach klingenden Antworten nur temporär überzeugen. Gerade solche Vereinfachungen sind aber hilfreich für die Organisation des Protestes, wie Miriam Stehling und Merle-Marie Kruse in ihrem Beitrag hervorheben. Die Nutzung von Twitter und Facebook, ein festes Merkmal aller Jugendrebellionen der Gegenwart, macht schon vom Medium her ein Theoretisieren im Stile der Frankfurter Schule unmöglich. Wer bei Twitter drei Wortungetüme eingibt, hat seinen Platz schon fast verbraucht. Inhaltlich appellieren die beiden Autorinnen an Occupy, explizitere Forderungen an diejenigen Generationen zu richten, die sich in machtvollen gesellschaftlichen Positionen befinden, und weisen dabei auch auf die Einkommensunterschiede hin: 50- bis 60-jährige Arbeitnehmer verdienen rund fünfzig Prozent mehr als ihre 20- bis 30-jährigen Kolleginnen und es gibt unter den Jüngeren viermal so viele befristet Beschäftigte.

In der Arabischen Welt sind die Bedingungen für Jugendrevolutionen wegen der politischen Lage, aber auch aus demografischen Gründen völlig andere als im Westen: etwa 60 Prozent der arabischen Bevölkerung ist

jünger als 25 Jahre alt. Die jungen Leute leiden nicht nur unter Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Wie Sonja Thau herausarbeitet, ging es bei dem Protest der jungen Nordafrikaner neben materiellen Motiven auch um postmaterielle: Freiheitsräume, persönliche Autonomie, Anerkennung und Würde. Die Forderung nach einem respektvollen Umgang der Generationen untereinander konfiguriert zunehmend mit einer Kultur, die allen Respekt für das Alter vorbehält. Die Vorstellung, dass eine Gesellschaft dann gerecht ist, wenn „alles an seinem Platz“ ist, konfiguriert zudem mit der moderneren Auffassung, dass Gerechtigkeit etwas ist, dass ausgehandelt werden muss, auch zwischen den Generationen. Es sind vor allem junge Menschen, die in den autoritären Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas mit Polizeigewalt konfrontiert sind. Sie fühlen sich dadurch laut Thau in besonders starkem Maße in ihrer Würde verletzt. Für die Revolution prägte sich dementsprechend im tunesischen Diskurs der Begriff ‚thaurat al-karama‘, zu Deutsch: Revolution für die Würde.

Generell stellt sich die alle oben erwähnten Beispiele verbindende Frage, wann Jugendprotestbewegungen als erfolgreich bzw. gescheitert gelten können. Die proklamierten Ziele hat keine der in diesem Editorial erwähnten Bewegungen bisher erreicht. Aber auch früher schafften Jugendbewegungen es allenfalls langfristig, die Gesellschaft zu verändern. Vielleicht darf auch schon als Erfolg gelten, wenn über Bewegungen nachgedacht und geschrieben wird, anstatt dass sie totgeschwiegen werden.



Jörg Tremmel,
Institut für Politikwissenschaft,
Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Der Arabische Frühling als Ruf für Generationengerechtigkeit

von Sonja Thau

Zusammenfassung: Der Arabische Frühling begann eruptionsartig und für viele internationale Beobachter unvorhergesehen. Dabei steckte die Wirtschaft vieler nahöstlicher Staaten bereits seit längerem in einer Krise. Insbesondere junge Leute litten infolgedessen unter Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Repression. In dem Protest der jungen Nordafrikaner drückte sich zudem ein Generationenkonflikt aus. Dieser bestand zwischen der Jugend und der gesamten älteren Generation. Er kulminierte in einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber dem Staat und der älteren herrschenden Elite. Der Beitrag beleuchtet das dichte Gewebe aus sozialen, politischen und ökonomischen Ursachen, die als auslösende Momente für die Proteste in den Ländern Tunesien und Ägypten im Jahr 2011 angesehen werden können.

Einleitung

Plötzlich waren sie da: jung, selbstbewusst und mit jeder Menge Wut im Bauch. Lange schwelte wohl schon der Unmut. Dennoch begann unvorhergesehen, was sich binnen weniger Tage auf ganz Tunesien und bald auch auf viele andere Länder der arabischen Welt ausbreiten sollte. Die Rede ist vom ‚Arabischen Frühling‘, der das Theorem des ‚arabischen Exzeptionalismus‘¹ in seiner Gültigkeit nachhaltig erschütterte.

Doch wie kam es zu diesem eruptionsartigen Ausbruch, der die Erosion zweier als stabil geltender Autokratien nach sich zog? Jüngste Erklärungsversuche pochen insbesondere auf die schlechte ökonomische Situation in den nahöstlichen Ländern, unter der vor allem die junge Bevölkerung zu leiden hatte. Denn dass es Jugendliche waren, die als die Hauptinitiatoren der Proteste zu gelten hätten, ist in der Forschung Konsens.² Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit hätten eine gesamte Generation gegen die korrupten Regime aufbegehren lassen.³ In diesem Beitrag soll jedoch davon ausgegangen werden, dass der Auslöser für das Aufbegehren der jungen Bevölkerung in der arabischen Welt nicht nur in einer Krise – nämlich der ökonomischen – zu suchen ist, sondern in einem komplexen „Krisenzusammenhang“,⁴ der sich aus mehreren

aufeinandertreffende Dynamiken speist. Am Beispiel der Länder Ägypten und Tunesien soll illustriert werden, wie ökonomische, politische und soziale Beweggründe miteinander verknüpft waren.

Rebellion gegen Tyrannen heißt Gott gehorchen.

/ Ursprung unbekannt /

Ausgehend von dieser Überlegung soll eine These lauten, dass sich die Argumente der unzufriedenen Jugendlichen in zweifacher Hinsicht durch eine doppelte Diskursivität auszeichneten, was zum einen die Forderung nach materiellen sowie postmateriellen Werten anbelangt als auch zum anderen in den Zielprojektionen manifestiert, die nicht nur die Umwälzung des politischen Systems anstreben, sondern auch gesamtgesellschaftliche Beziehungsverhältnisse problematisierten. Denn der kritische Impetus der revoltierenden Jugendlichen richtete sich nicht nur gegen den Staat und seine Institutionen, sondern stellte auch tradierte Erziehungsstrukturen und Rollenmuster radikal in Frage. Es soll dargestellt werden, dass es den jungen Menschen durch diese Verknüpfung mehrerer Krisendimensionen gelang, ein breites Spektrum der unter dem Begriff der Generationengerechtigkeit verhandelten Diskursthemen abzudecken.

Ausgehend von der These, dass sich die Veränderungsbestrebungen der Jugend sowohl auf das politische System, als auch auf die Gesellschaft als solche bezogen, werden diese beiden Ebenen nacheinander betrachtet. Es ist zudem eine Umfrage unter 17 tunesischen Jugendlichen⁵ durchgeführt worden. Aus dieser Studie werden im Verlauf mehrmals Daten und Aussagen in die Arbeit einfließen.

Da Wissenschaft davon lebt, dass sie mit Begriffen operiert, die in ihrer Bedeutung hinreichend umrissen sind, sollen im Folgenden zunächst die Begriffe der Generation und der Generationengerechtigkeit näher bestimmt werden.

Vom Begriff der ‚Generation‘

Diesem Beitrag liegt das Konzept der

‚intergenerationellen Generationengerechtigkeit‘⁶ zugrunde, d.h. der Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Der Generationenbegriff ist dabei als ‚chronologisch-temporal‘⁷ zu verstehen, was bedeutet, dass anhand des Gegensatzpaares alt/jung unterschieden wird. Demnach kann zwischen einer jungen, einer mittelalten und einer alten Generation unterschieden werden. Da es jedoch primär die Generation der Jugend ist, die im Zentrum des Interesses stehen wird, soll in diesem Beitrag nur nach eben dieser jungen Generation sowie der allgemein älteren Generation unterschieden werden. Der Lebensabschnitt Jugend soll zudem mit dem Alter 15-35 Jahre eingegrenzt werden.

Vom generationengerechten Handeln

Moralisches Handeln gegenüber nachrückenden Generationen heißt zu bedenken, dass von unserem heutigen Handeln abhängt, wie und wie gut in Zukunft gelebt werden kann. Es gilt dafür Sorge zu tragen, dass Heranwachsende und künftige Individuen nicht durch die Handlungskonsequenzen kurzsichtiger (politischer) Entscheidungen und Akte negativ beeinflusst werden.

Nach diesem Grundgedanken lässt sich folgendes egalitaristisches Prinzip formulieren: „Generationengerechtigkeit ist erreicht, wenn niemand aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten Generation benachteiligt wird.“⁸

Daraus folgt, dass sowohl ökonomische als auch ökologische Ressourcen für die nachrückende Generation bereitgestellt sein müssen, um die materielle Grundlage zu sichern, die für ein gutes Leben die Voraussetzung ist. Gleichzeitig müssen die von diesem Leben erwarteten Freiheitsräume antizipiert werden, die dem Anspruch des Menschen nach Autonomie Rechnung tragen. Diese Anforderungen entsprechen der andgedeuteten doppelten Diskursivität nach materiellen wie postmateriellen Werten.

Die materiellen Ressourcen können als klassische Parameter einer Verteilungsgerechtigkeit angesehen werden. Demnach wäre Generationengerechtigkeit dann erreicht,

wenn mit der Positionierung in einer bestimmten Generation nicht gleichzeitig eine ökonomische oder ökologische Schlechterstellung verbunden ist. Es scheint jedoch auch Gerechtigkeitsfragen – insbesondere im Zusammenhang mit der persönlichen Autonomie – zu geben, die sich nicht so einfach unter eine Verteilungslogik subsumieren lassen. Diese betreffen beispielsweise postmaterielle Gerechtigkeitsparameter wie das Recht auf Würde und Anerkennung. In Bezug auf die Generationengerechtigkeit fokussieren derartige Gerechtigkeitsnormen auf einen respektvollen Umgang der Generationen miteinander. Dieser Aspekt wird insbesondere in den späteren Abschnitten dieses Beitrags wichtig werden, welche sich mit den gesamtgesellschaftlichen Generationenverhältnissen in den Ländern Tunesien und Ägypten beschäftigen werden.

Die Politische Ebene:

Vom Zusammenbruch des autoritären Gesellschaftsvertrags

In Teilen der Forschung werden die Massenproteste, die im Jahr 2011 einige alteingesessene Autokraten in der arabischen Welt in tiefe Bedrängnis brachten, als Konsequenz einer seit mehreren Jahren fortschreitenden Erosion des „autoritären Gesellschaftsvertrags“⁹ diskutiert. Beim autoritären Gesellschaftsvertrag handelt es sich um ein gedankliches Konstrukt, das die Tatsache beschreibt, dass sich in den Staaten der Middle East/North Africa (MENA)-Region autoritäre Regime etablieren konnten, die der Bevölkerung im Austausch gegen deren Verzicht auf politische Teilhaberechte sowie deutliche Einschränkungen der Grundrechte ein gewisses Maß an staatlich garantiertem Wohlstand gewährleisteten.¹⁰

Nicht allen Revolutionen gehen Zeichen und Warnungen vorher; es gibt auch eine politische Apoplexie.

/ Ludwrig Börne /

Da sich etablierte autoritäre Herrschaftsregime nach diesem Modell alleine auf eine Output-Legitimität stützen können, erscheint es aus systemtheoretischer Perspektive besonders relevant, dass das betreffende System die geforderten Leistungen erbringen kann. In den nahöstlichen Ländern der MENA-Region war dies spätestens seit der Jahrtausendwende immer weniger der Fall. Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln, eine zunehmende Arbeitslosigkeit und eine steigende Ungleichverteilung führten unter gro-

ßen Bevölkerungsanteilen zu einem Schwinden des versprochenen Wohlstandsniveaus.

Die globalen Verflechtungen

Der für die Legitimität des autoritären Gesellschaftsvertrags zentrale Aspekt der Grundversorgung der Bevölkerung konnte in den Staaten des Globalen Südens vor allem durch die Subventionierung von Lebensmitteln gewährleistet werden.

Als im Sommer 1971 der US-Dollar um nahezu zehn Prozent einbrach, führte diese massive Abwertung der US-amerikanischen Währung u.a. dazu, dass Getreideprodukte aus den USA auf dem Weltmarkt zu sensationell günstigen Preisen zu bekommen waren. Die dementsprechend rapide ansteigende Nachfrage nach den US-amerikanischen Agrarprodukten stieg schnell auf ein Niveau an, das von den Herstellern nicht mehr zu decken war. Die Konsequenz der sich hieraus ergebenden Getreideengpässe machte sich 1973 in einem Anstieg des Weltmarktpreises für Nahrungsmittel um 20 Prozent bemerkbar.¹¹ Länder wie Tunesien und Ägypten, die zur Aufrechterhaltung ihrer Versorgungssysteme auf Weizenimporte angewiesen waren,¹² traf diese Entwicklung besonders hart. Sie führte zu einer stetig wachsenden Verschuldung.

Nahezu parallel zu dieser Entwicklung geriet die Weltwirtschaft in den 1970er und 1980er Jahren zunehmend in eine Rezession. Im Zuge des Ölembargos von 1973 stieg der Erdölpreis an. Die Folge waren erhebliche Mehreinnahmen für die erdölexportierenden Länder der OPEC. Diese investierten ihre Export-Einkommen daraufhin in internationale Banken, die das Kapital wiederum für Kredite an die verschuldeten Länder des Globalen Südens aufwandten. Als zu Beginn der 1980er Jahre der Ölpreis erneut anstieg, führte dies zu einem Zinsanstieg der Kredite, welcher für die verschuldeten Länder, zu denen auch Tunesien und Ägypten zählten, erhebliche Folgen hatte. In Tunesien verdoppelten sich die Auslandsschulden in den kommenden Jahren, während sie sich in Ägypten sogar verdreifachten. Im Jahre 1988 waren sie dort auf 42,1 Milliarden US-Dollar angestiegen und entsprachen damit rund 123,4 Prozent des Bruttonationalproduktes. Im Zuge dieser dramatischen Situation sahen sich viele Staaten des Globalen Südens gezwungen, in sogenannte Strukturanpassungsprogramme in Kooperation mit Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank einzuwilligen.

Die von IWF und Weltbank daraufhin im-

plementierten Maßnahmen forcierten erhebliche nationale Einsparungen der Länder, die u.a. durch den Abbau von Subventionen, Entlassungen im öffentlichen Dienst und Privatisierung erreicht werden sollten. Nahöstliche Staaten wie Tunesien und Ägypten mussten daraufhin bis zum Jahr 2000 ihre gesamten Nahrungsmittelsubventionen streichen.

Zusätzlich zu den hierdurch steigenden Lebenshaltungskosten kam es desweiteren immer wieder zu kurzfristigen Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln, die das Resultat eines globalisierten und differenziert vernetzten Weltmarktes sind. Alleine in dem Jahr vor Ausbruch der Protestwelle in Tunesien und Ägypten war der Nahrungsmittelpreis in diesen Ländern um mehr als ein Drittel angestiegen.

Zurückzuführen sind derartige Entwicklungen nicht zuletzt auf die Spekulation mit Lebensmitteln an internationalen Finanzzentren. Der Wirtschaftsgeograf Jörg Gertel akzentuiert, dass die „internationalen Finanzmärkte als Preistreiber und Verursacher von immensen Preisschwankungen“ angesehen werden müssen und dass „[d]ie Spekulation mit Lebensmitteln wie Mais, Soja und Weizen an Rohstoffbörsen [...] im dringenden Verdacht“ stünde, „die Armut und den Hunger mit verursacht zu haben.“

Wir haben pro Kopf der Weltbevölkerung schon mehr Sprengstoff als Nahrungsmittel.

/ Franz Alt /

Die spekulativ bedingten Preisanstiege trafen dabei in Ländern wie Ägypten und Tunesien insbesondere zwei Gruppen mit voller Wucht: die heranwachsende Generation sowie die Armen, zu denen aufgrund einer hohen Jugendarbeitslosigkeit wiederum auch viele junge Menschen zu zählen waren. Vor allem ihre Situation ist bedingt durch die Erwerbslosigkeit in Folge der Sparmaßnahmen prekär – sowohl in ökonomischer als auch in sozialer Hinsicht.

In etwa zeitgleich mit diesen ökonomischen Veränderungen setzte in vielen Ländern der MENA-Region ein Wandel in der demografischen Struktur ein, der bald unter dem Begriff ‚Jugendüberhang‘ problematisiert wurde.

Jugendüberhang

Heute sind ca. 60 Prozent der arabischen Bevölkerung jünger als 25 Jahre. Eigentlich könnte eine große und gut ausgebildete

junge Bevölkerung ein großes Zukunftspotenzial beinhalten, indem sie Fortschritt verspricht und das wirtschaftliche Wachstum ankurbelt.¹³ Die Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass es gelingt, die Jugendlichen in das Wirtschaftssystem zu integrieren und ihnen Möglichkeiten zu bieten, ihre Fähigkeiten einzubringen und weiter zu entwickeln.

In Ländern wie Tunesien und Ägypten kam es jedoch aufgrund der zusammenfallenden Entwicklungen des demografischen Wandels und der stagnierenden Wirtschaft in Folge der Liberalisierungspolitik zu einer hohen Jugendarbeitslosigkeit.¹⁴

Jugendarbeitslosigkeit

Für Tunesien stellte sich die Situation vor den Protesten so dar, dass rund 70 Prozent der Arbeitslosen zwischen 15 und 24 Jahre alt waren.¹⁵ Damit lag die Jugendarbeitslosigkeit weit über der Erwerbslosenquote der Erwachsenengeneration, was als ‚generationenungerecht‘ bewertet werden kann. In Bezug auf die prekäre Situation tunesischer Jugendlicher betont der Arabist Johannes Frische daher: „Mehr als jede andere Gruppe können sie als Ausgegrenzte des polit-ökonomischen Systems gesehen werden.“¹⁶

Durchaus vergleichbar war die Lage junger Menschen in Ägypten. Dort lag die Jugendarbeitslosigkeit nach offiziellen Zahlen unter den Männern im Alter zwischen 15 und 24 Jahren zwar „nur“ bei 21 Prozent, unter den jungen Frauen dieser Altersgruppe lag sie jedoch bereits bei 40 Prozent.¹⁷ Beide Quoten lagen dabei deutlich über der allgemeinen Erwerbslosenrate, die mit 9,4 Prozent angegeben wurde.¹⁸

Bezeichnend für die Arbeitslosigkeit in vielen nahöstlichen Staaten scheint zudem die Tatsache zu sein, dass die Gefahr, nach Abschluss einer (Hoch-)Schullaufbahn ohne Arbeit zu bleiben, mit der Höhe des erreichten Schulabschlusses steigt.¹⁹

Erwerbslosigkeit ist bereits der Sache nach für die betreffenden Menschen häufig mit dem Gefühl des Scheiterns verbunden und beeinflusst die Lebensverhältnisse insofern auch über die rein finanzielle Lage hinweg in komplexer Weise.

Der Soziologe und Jugendforscher Klaus Hurrelmann hebt hervor, dass sich insbesondere die Tatsache, auch nach einem Schulabschluss ohne Arbeit und gesichertes Einkommen dazustehen, negativ auf die Psyche der Betroffenen auswirken kann: „Ein [...] Studium ohne berufliche Verwertungsmöglichkeiten ist für die persönliche Entwicklung nicht optimal.“²⁰

Eine bessere Bildung mag zu einem kritischeren Bewusstsein beitragen und zu höheren Ansprüchen führen, was die Entfaltung der eigenen Fähigkeiten anbelangt. Gleichzeitig ist für die Jugendlichen der Sinn einer besseren Ausbildung radikal in Frage gestellt, wenn sich hiernach nicht die Möglichkeiten bieten, die erworbene Bildung für eine Erwerbstätigkeit nutzen zu können. Lebenskonzeptionen, die mit dem Antritt eines Studiums verbunden sein mögen, werden zudem in dem Glauben an ihre Umsetzbarkeit zutiefst erschüttert. Dies ist auch aus dem Grunde problematisch, weil die „Suche nach Orientierung und Sinnggebung [...] für die Phase Jugend im Lebenslauf charakteristisch ist wie für wohl keine andere Lebensphase.“²¹ Die Aussicht, Lebenskonzepte, die mit der Erwerbslosigkeit verwehrt bleiben, nicht umsetzen zu können, kann daher zu Frustration und Hoffnungslosigkeit führen. Eine derart begründete „latente Unzufriedenheit“²² bemerkte der Arabist Frische bei den tunesischen Jugendlichen vor dem Ausbruch der Protestwelle.

Solche Probleme sind in der nahöstlichen Welt neue Probleme, die sich in diesem Umfang für die vorigen Generationen der arabischen und nordafrikanischen Jugendlichen nicht gestellt haben. Denn die Ausbreitung der allgemeinen Schulbildung ist ein Phänomen noch jungen Datums, das mit der Urbanisierungswelle in den 1980ern und 1990ern einherging.

Noch heute sind große Teile der beiden nordafrikanischen Länder landwirtschaftlich und dörflich geprägt, jedoch nicht mehr in dem Maße, wie es noch vor einigen Jahren der Fall war. Die vermehrt einsetzende Schulbildung führt dazu, dass die Jugendlichen nicht mehr automatisch in die Lehre gehen, wie es wohl noch einige Jahre zuvor der Fall war.

**Arbeitslosigkeit ist kein Schicksal,
sie ist gemacht. Und deshalb kann
ihr auch ein Ende gemacht werden.**
/ Norbert Blüm /

Für die nordafrikanischen Jugendlichen trifft daher auch zu, was Hurrelmann mit Blick auf die Lebensumstände europäischer Jugendlicher hervorhebt: „Im Unterschied zu ihren Eltern und Großeltern sind für sie keine sozial und zeitlich klar strukturierten und berechenbaren Berufslaufbahnen zu erwarten, sondern unsichere und unvorhersehbare, manchmal zufällige und sprunghafte Beschäftigungsangebote, die ein hohes

Ausmaß an Improvisation und Eigenorganisation voraussetzen.“²³ Der vermehrt geschaffene Zugang zu Bildung für die heranwachsende Generation ist zunächst einmal als ein Fortschritt und als eine relative Verbesserung im Vergleich zu der Vorgängergeneration anzusehen. Die Arbeitslosigkeit, die mit dem Bildungsgrad steigt, führt jedoch dazu, dass sich für diese gut ausgebildete Generation Probleme ergeben, mit denen die Generationen vor ihnen nicht zu kämpfen hatten.

Vom Scheitern an den Entwicklungsaufgaben

Mit dem Themenkomplex Arbeit verbindet sich weitaus mehr als nur ökonomische Sicherheit. Arbeit ist auch als ein Mechanismus zur Integration in die Gesellschaft zu verstehen, der zu einer anerkannten Mitgliedsrolle in der Gemeinschaft beiträgt und zudem auch den Übergang in den Erwachsenenstatus einleitet. Denn der Übergang vom Jugendlichen zum Erwachsenen ist mit gewissen Anforderungen verbunden, die anknüpfend an Klaus Hurrelmann als „Entwicklungsaufgaben“ bezeichnet werden sollen: „Entwicklungsaufgaben sind Zielprojektionen, die in jeder Kultur existieren, um die Anforderungen zu definieren, die ein Jugendlicher im Prozess des Erwachsenwerdens zu erfüllen hat.“

In der arabischen Welt ist die zentrale Entwicklungsaufgabe nach wie vor die Heirat und die Gründung einer eigenen Familie, die den Eintritt in den Erwachsenenstatus markiert. Bis zur Heirat liegen wiederum mehrere kleine Schritte wie der Auszug von zu Hause und die Erlangung von Selbstständigkeit. Der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit kommt daher bei der Erfüllung der Entwicklungsaufgaben eine zentrale Bedeutung zu. Nur ein geregeltes Einkommen ermöglicht die finanzielle Unabhängigkeit von den Eltern und stellt schließlich die ökonomische Grundlage zur Haushalts- und Familiengründung bereit.

Die Konsequenzen der Erwerbslosigkeit schlagen sich somit nicht nur in einer schlechten finanziellen Situation nieder, sie determinieren auch die Lebenswelten der Jugendlichen in vielen sozialen Bereichen. Infolge der Arbeitslosigkeit gelingt es nicht, die Entwicklungsaufgabe der Heirat und Haushaltsgründung zu bewältigen, woraufhin der Lebensabschnitt Jugend in die Länge gezogen wird. Die jungen Nordafrikaner bleiben zunächst in der Jugendphase verhaftet. Vor allem gelingt es den Jugendlichen auf diese Weise nicht, eine anerkannte und vollwer-

tige Position in der Gesellschaft zu erreichen. Mit den noch vor einigen Jahren berechenbareren Berufslaufbahnen war dies für die Angehörigen der vorigen Generationen um einiges leichter.

Die vermehrt einsetzende Schulbildung führte in der Kombination mit den Strukturanpassungsprogrammen und der stagnierenden Wirtschaft in Ländern wie Ägypten und Tunesien zu der Entstehung einer zwar gut ausgebildeten, jedoch auch wie nie zuvor perspektivlosen Generation.²⁴ Die Angehörigen dieser Kohorte befinden sich im Falle der Arbeitslosigkeit in einer Art Leerraum, in dem es aufgrund der ökonomischen Barrieren nicht möglich ist, Jugendlichkeit mit seinen spezifischen Autonomiebedürfnissen leben zu können, während den jungen Menschen gleichzeitig der Übergang in den Erwachsenenstatus verwehrt wird.

Informelle Arbeit

Im Zuge der Liberalisierungspolitik gingen darüber hinaus viele arabische Regime dazu über, „die wohlfahrtstaatliche Rolle“²⁵ zu minimieren und durch „kaum einklagbare Möglichkeiten des informellen Handels“²⁶ zu ersetzen. Diese Entwicklung betraf ebenfalls primär die in dieser Zeit herangewachsene Generation. Die Jugendlichen, die insbesondere seit der Jahrtausendwende in größerer Zahl auf den Arbeitsmarkt drängten, fanden kaum noch sichere Beschäftigungsverhältnisse vor.

So waren in Tunesien vor dem Arabischen Frühling viele Jugendliche zur Existenzsicherung auf die Arbeit im informellen Sektor angewiesen.²⁷ Informelle Beschäftigungen können aber dem Wunsch Jugendlicher nach Orientierung und Sinngebung oder der Verfolgung einer konkreten Lebenskonzeption nicht gerecht werden. Sie führen vielmehr zu einem sporadischen Alltag, der durch Unsicherheit und Entbehrung gekennzeichnet ist. Im Gespräch mit dem Arabisten Frische erläuterte ein 26-jähriger Tunesier mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung die Tätigkeit im informellen Straßenhandel mit den folgenden Worten: „Wenn du in Tunesien Geld verdienen willst, musst du sehr dynamisch sein. Du musst immer rennen und den Chancen hinterher sein, um ein Geschäft machen zu können. Der Staat tut hier nichts für die Jugendlichen, also müssen sie sich selber helfen.“

Ein ähnliches Bild vermittelt auch diese Aussage eines Jugendlichen aus meiner Studie: „[In Tunesien] jung zu sein ist hart. Eine

gute Arbeit zu finden ist sehr schwer. Die meisten Jobs sind nur schlecht bezahlt und man muss sehr flexibel sein.“²⁸

Der mit dem Straßenhandel einhergehende provisorische Alltag bildet einen gemeinsamen Erfahrungshorizont, der zur Solidarisierung und gemeinschaftlichen Identifizierung beitragen kann. Durch die Arbeit im informellen Sektor können die Jugendlichen nur eine randständige Position einnehmen und sind in einem hohen Maße der Willkür der Polizei ausgesetzt. Insbesondere auf diesen letzten Aspekt soll im Folgenden näher eingegangen werden.

Vom autoritären Politikstil

Die ungleiche Verteilung

Während die Wirtschaft im Zuge der Strukturanpassungsprogramme stagnierte, bereicherten sich sowohl die Familie des tunesischen Präsidenten Ben Ali als auch der Clan um das ägyptische Staatsoberhaupt Hosni Mubarak verschwenderisch selbst.²⁹ Möglich wurde dies auch durch eine großzügige finanzielle Unterstützung seitens der EU, die vor allem in Sachen Migrationsverhinderung eng mit den nordafrikanischen Regimen zusammenarbeitete.³⁰

Wolfgang Kraushaar kommt zu dem Schluss: „[D]er Westen war es, der Autokraten wie Ägyptens Mubarak und Tunesiens Ben Ali samt ihrer kleptokratischen Familienclassen mit Milliarden an US-Dollars unterstützte.“³¹ Derartige finanzielle Zuschüsse europäischer Geber sorgten dafür, dass die Mechanismen der Staatsräson weiter greifen konnten. Das Leitmotiv einer solchen Politik ist nicht das Gemeinwohl, sondern das Interesse des Souveräns. Politische und wirtschaftliche Entscheidungen werden daraufhin befragt, in welchem Maße sie den eigenen Vorteilen dienen.

Die Kleptokratie ist eine Regierungsform, die sowohl in der Diktatur als auch in der Demokratie vorkommt.

/ Fritz P. Rinnhofer /

Sowohl in Tunesien als auch in Ägypten waren Korruption und Vetternwirtschaft an der Tagesordnung. Das Ausmaß der Selbstbereicherungen war auch aus dem Grunde gravierend, da sich die Ungleichverteilung der Einkommen im Zuge der Strukturanpassungsprogramme bereits verschärft hatte.³² In den 1990er Jahren hatten in den Ländern der MENA-Region jeweils die reichsten 20 Prozent der nationalen Bevöl-

kerungen einen Anteil am Gesamteinkommen, der sich zwischen 39 und 48 Prozent bewegte.³³ In Tunesien hatte diese oberste Schicht sogar Zugang zu der Hälfte des Gesamteinkommens. Diese Einkommensverhältnisse widersprachen dem Gerechtigkeitsempfinden, von dem die durch Jugendliche initiierte Protestwelle zu Beginn des Jahres 2011 Zeugnis ablegte.

Moralische Ökonomie

Das Konzept der moralischen Ökonomie wurde von dem Historiker Edward Palmer Thompson geprägt und ist das Resultat seiner detaillierten Untersuchungen der Ursachen für die Nahrungsaufstände englischer Bauern- und Arbeiterverbände im 18. Jahrhundert. In seiner Analyse kristallisierten sich drei protestauslösende Faktoren und Mechanismen heraus, die Thompson schließlich als die auslösenden Momente für das Protestverhalten der Bauern und Arbeiter herausarbeitete: Zunächst einmal seien die Aufstände das Resultat eines unter den Revoltierenden gebildeten Konsenses über legitime bzw. nicht-legitime Handlungen der herrschenden Ökonomen gewesen; desweiteren habe es eine Übereinstimmung gegeben, dass mit dem Erwirtschaften enormer Profite soziale Verantwortung und normative Verpflichtungen einhergingen; und drittens sei es zu einer gemeinsamen Aushandlung von Normen und Werten mit einer umfassenderen Referenz auf soziales Handeln im allgemeinen gekommen.

Thompsons Überlegungen wurden später von dem amerikanischen Politikprofessor James Scott weitergeführt. Dieser betont: „Das Problem der Ausbeutung und Rebellion ist nicht nur ein Problem von Kalorien und Einkommen, sondern eine Frage der bäuerlichen Konzeptionen von sozialer Gerechtigkeit, von Rechten und Verpflichtungen und von Reziprozität.“

Die Quintessenz von Thompsons Ansatz besteht also darin, dass Missachtungen kollektiv verankerter Vorstellungen von Gerechtigkeit und Normativität als ebenso wichtige protestschürende Faktoren behandelt werden müssen, wie die sich hieraus ergebenden prekären ökonomischen Lebensverhältnisse. Auch mit Blick auf Tunesien und Ägypten kann davon ausgegangen werden, dass Marginalisierung nicht allein mit wirtschaftlicher Deprivation gleichgesetzt, sondern auch als Verstoß gegen normative Gerechtigkeitsvorstellungen verstanden wurde.³⁴

Die Aushandlung von Wertevorstellungen

hat dabei nicht zuletzt im Internet neue Formen angenommen. Social Media wie Facebook bieten nicht nur globale Vernetzungsmöglichkeiten, sie werden auch zum Spiegel westlicher Standards und der in anderen Ländern vorhandenen Freiheitsräume. Über die Rolle der Medien schreibt Zorob: „Neben dem Ausmaß von Korruption und Vetternwirtschaft in allen Ländern der Region wurde indes gleichzeitig das Bewusstsein darüber in der Gesellschaft geschärft, weil Medien und neue soziale Akteure dieses Thema in wachsendem Ausmaß auf ihre Agenda setzten.“³⁵

Zu diesen neuen Akteuren gehörten wohl insbesondere Jugendliche, denen das Internet den Raum bot, ihren Unmut mit anderen jungen Menschen zu teilen und sich auch über räumliche Entfernungen hinweg miteinander auszutauschen.

Repression

Der durch die Liberalisierungspolitik sinkende Wohlstand in der Bevölkerung zog für die nordafrikanischen Regime ein Legitimationsdefizit nach sich, dem von Seiten der Autokraten mit steigender Repression begegnet wurde. Sowohl Tunesien als auch Ägypten waren vor der Revolution als Polizeistaaten bekannt. Ein überdimensionaler Sicherheitsapparat sollte in beiden Ländern jedwede Form politischen Widerstandes bereits im Keim ersticken. Jugendliche waren dabei durch ihr Ausweichen in den informellen Straßenhandel in besonders hohem Maße der Willkür der Polizei ausgesetzt. So wurden in Tunesien ab dem Jahr 2004 immer mehr Razzien gegen Jugendliche durchgeführt.³⁶

In meiner Umfrage unter tunesischen Jugendlichen gaben 76,5 Prozent an, schon einmal von der tunesischen Polizei schlecht behandelt worden zu sein. 94,12 Prozent vermerkten sogar, dass insbesondere junge Leute unter dem repressiven Vorgehen der Sicherheitskräfte zu leiden hätten. Sie haben also das Gefühl, als Angehörige der jungen Generation stärker als andere soziale Gruppen mit Gewalt konfrontiert zu sein, was auch als Empfinden einer Generationenungerechtigkeit bezeichnet werden kann.

Die Revolution für die Würde

„Autorität“, schreibt Hannah Arendt, „bedarf zu ihrer Erhaltung und Sicherung des Respekts, entweder vor der Person oder dem Amt. Ihr gefährlichster Gegner ist nicht Feindschaft, sondern Verachtung.“³⁷ Als Verachtung ist wohl auch das zu bezeichnen,

was die in Tunesien und Ägypten aufbegehrenden Jugendlichen den Staatsvertretern ihrer Länder entgegenbrachten. Verachtung, weil die herrschenden Autoritäten Vorstellungen von Ethik und Gerechtigkeit zuwider handelten und weil sie hierdurch nicht nur die Armut großer Bevölkerungsanteile billigend in Kauf nahmen, sondern durch gezielte Unterdrückung auch anzutasten wagten, was den Menschen und insbesondere den jungen Leuten mit der Wichtigste ist – ihre Würde.

Da junge Menschen, wie im Vorigen ausgeführt, scheinbar besonders häufig mit Polizeigewalt konfrontiert sind, fühlen sie sich auch in besonders starkem Maße in ihrer Würde verletzt. Für die Revolution prägte sich dementsprechend im tunesischen Diskurs der Begriff ‚thaurat al-karama‘³⁸, zu Deutsch: Revolution für die Würde.

Diese Revolution erhielt ihren Anstoß durch eine zwar akademische, jedoch perspektivenlose Elite, „die sich bei der Protestorganisation geschickt sozialer Netzwerke bediente“³⁹ und die bald nicht nur die Unterstützung anderer Teile der jungen Generation, sondern auch anderer Bevölkerungsgruppen erfuhr.

Chronik eines Protestverlaufs

Am 17. Dezember 2010 steckte sich in der Kleinstadt Sidi Bouzid der 26-jährige arbeitslose Akademiker Mohammed Bouazizi selbst in Brand. Bouazizi, der im informellen Straßenhandel tätig war, soll zuvor von der Polizei schikaniert und gedemütigt worden sein. Der Selbstverbrennungsakt, der nicht nur die Existenzmöglichkeiten, mit der sich in Tunesien scheinbar viele Jugendliche konfrontiert sahen, auf eklatante Weise zum Ausdruck brachte, sorgte für eine Solidarisierungswelle unter den jungen Menschen Tunesiens.

**Nicht am Reißbrett gewinnen
Revolutionen Gestalt, sondern in
den Herzen und Hirnen
widerspruchsvoller Menschen.
/ Willy Brandt /**

So versuchten bereits am nächsten Tag jugendliche Demonstranten sich Zugang zu dem Gouverneurssitz von Sidi Bouzid zu verschaffen. Dabei kam zu ersten Zusammenstößen mit der Polizei, die gegen die Demonstranten mit Tränengas vorging. Die Unruhen weiteten sich auch auf die andern Städte der Region aus. In der Kleinstadt Menzel Beouzayene demonstrierten am 24.

Dezember 2010 mehr als 2000 Personen. Dabei wurde der 18-jährige Mohammed Ammari erschossen. Am 25. Dezember 2010 fand in der Hauptstadt Tunis eine Solidaritätskundgebung statt, die u.a. von den dortigen Studierenden und Gewerkschaftlern getragen wurde. Ein weiterer perspektivloser Hochschulabsolvent beging zudem Selbstmord. Vier Tage später wurden in Sidi Bouzid neue Arbeitsverträge verkündet, doch bereits am nächsten Tag gingen erneut Schüler und Studierende auf die Straße. Auch am 2. Januar 2011 kam es an mehreren Schulen zu Unruhen. Zwei Tage später kam es bei einer von Schülern initiierten Demonstration zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Zu ähnlichen Zusammenstößen kam es auch an mehreren Universitäten des Landes. In der Hauptstadt Tunis konnte eine Kundgebung Studierender in der Universität nur verhindert werden, indem die Studenten durch zivil gekleidete Sicherheitskräfte bedroht wurden. Am 7. Januar 2011 hielten in Tunesien Schüler landesweit Kundgebungen ab. Ferner wurde die Universität von Sousse von Polizisten gestürmt. Diese prügelten auf die dort versammelten Studierenden ein.⁴⁰ Am nächsten Tag begannen nach den dreiwöchigen Unruhen auch die europäischen Medien über den Aufruhr zu berichten. So hieß es auf der Titelseite des Berliner Tagesspiegels: „Aufschrei der Mundtoten in Tunesien und Algerien.“ Das Regime Ben Alis versuchte sich desweilen mit einer umfassenden Zensur sämtlicher Kommunikationssysteme zu behelfen. Das Internet sowie das Telefonnetz wurden gesperrt. Am 10. Januar 2011 fanden erneut zahlreiche Demonstrationen von mehreren Tausend Schülern und Studierenden statt. Dass am 11. Januar sämtliche Schulen und Universitäten geschlossen wurden, zeigt, dass auch die tunesische Regierung die junge, gebildete Generation als den Motor des Aufstands ausgemacht hatte. Nur wenige Tage später sah sich der tunesische Präsident Ben Ali gezwungen, das Land zu verlassen. Der Autokrat war gestürzt.

Die Ausweitung der Protestwelle auf Ägypten
Anders als in Tunesien, wo sich die Demonstrationen zunächst spontan und weitestgehend unorganisiert ergaben, wurden die Proteste in Ägypten, die ab dem 25. Januar 2011 das Land erschütterten, von einer heterogenen Vereinigung in Parteien und Bewegungen engagierter Jugendlicher konkret geplant.⁴¹ Diesem Zusammenschluss gehörte neben

der Jugend der liberalen Democratic Front Party, der Jugend der Baradei Kampagne, der linken Bewegung für Freiheit und Gerechtigkeit und der Muslimbrüderjugend auch die Jugendbewegung des 6. April an.⁴² Diese war eine von jugendlichen Aktivisten gegründete Facebookgruppe, die im Jahr 2008 binnen weniger Tage mehrere Tausend anderer junger Ägypter zu einem Generalstreik mobilisierte, um ihren Unmut über das Regime kundzutun. Ihre Gründungsmitglieder waren wiederum größtenteils zuvor bereits in der Jugendorganisation der Kifaya aktiv,⁴³ einer politischen Basisbewegung, die sich insbesondere während der Präsidentschaftswahlen in den 2000er Jahren gegen weitere Amtszeiten des amtierenden Staatschefs Hosni Mubarak einsetzte. Während der angelaufenen Protestaktionen sowie deren Organisationsphase fand zudem eine intensive Zusammenarbeit der 6. April Bewegung mit der Facebookgruppe ‚We are all Khaled Said‘ statt,⁴⁴ die als Reaktion auf den gewaltsamen Tod des ägyptischen Bloggers gegründet wurde und bald mehrere zehntausend Mitglieder zählte. Aus dem Bündnis der oben angeführten Jugendorganisationen ging schließlich wiederum die Revolutionary Youth Coalition hervor,⁴⁵ deren Mitglieder an der Gestaltung der nach dem Sturz Mubaraks einsetzenden Transitionsphase mitwirkten.

Je nach den besonderen Umständen kann eine Demonstration, ein Protestmarsch, ein Streik oder ziviler Ungehorsam angebracht sein.
/ Nelson Mandela /

Die jungen Teilnehmer der Organisationsgemeinschaft waren dabei dem Selbstverständnis nach Teil einer jungen und gebildeten, akademischen Elite. Im Gegensatz zu einem Großteil der tunesischen Aktivisten waren die meisten von ihnen berufstätig. Dementsprechend waren ihre Beweggründe zunächst einmal postmateriel-ler Natur. Im Gespräch mit der Politikwissenschaftlerin Ivessa Lübbers erläuterte einer der jugendlichen Protestorganisatoren: „Es war der bewusste Teil der Jugend [der zu den Demonstrationen aufrief] [...]. Kaum einer von uns hatte finanzielle Probleme. Die meisten von uns hatten Arbeit. Was wir wollten, war ein Leben in Würde.“ Mit dem Blogger Khaled Said wurde ein junger Ägypter zur Symbolfigur, der von der Geheimpolizei auf offener Straße getötet wurde. Der auf den 25. Januar angesetzte

Termin für die Demonstration war daher kein Zufall, sondern hatte vielmehr Symbolcharakter. Der 25. Januar ist in Ägypten der nationale Gedenktag der Polizeikräfte. Diesen Tag zum ‚Tag des Zorns‘ zu erklären illustriert den Missmut der Jugendlichen gegenüber dem gigantischen Sicherheitsapparat und dem brutalen wie menschenverachtenden Vorgehen der Polizei.

Metaphorischen Verweischarakter hat auch die Wahl des Tahrir-Platzes als zentralem Austragungsort der Proteste. Der Tahrir, der ‚Platz der Befreiung‘, ist nicht nur das Herz der Stadt Kairos, sondern liegt auch in unmittelbarer Nähe zu mehreren wichtigen Regierungsgebäuden. So befindet sich am Tahrir das zentrale Verwaltungsgebäude, Symbol eines autoritär-bürokratischen Herrschaftssystems. Hinter dem Tahrir-Platz liegen zudem der Senat, das Parlamentsgebäude, der Ministerrat sowie weitere bedeutsamen Ministerien.

Die Wahl des Tahrir als zentralem Austragungsort der Demonstrationen versinnbildlichte den Willen der Jugend, das gesamte politische System mit all seinen Institutionen und Ministerien zu transformieren. Sie wollten einen radikalen, kompromisslosen Wandel.

Nach der Revolution

In Bezug auf die Situation Tunesiens nach der Revolution betont Domenica Preysing, dass „Tunesien bislang beständige Schritte in Richtung eines erkennbar demokratischen Systems unternommen“⁴⁶ habe. Hier sind insbesondere das neue Wahlgesetz zu nennen, das im Mai 2011 in Kraft trat und dass eine „Geschlechterparität für Wahlen“ vorschreibt sowie die Tatsache, dass die Übergangsregierung eine Wahlbeobachtermission der EU einlud, die die Wahlen zur neuen Regierung prüfen sollte.

Für Ägypten stellt sich die Lage differenzierter dar – wo das Land heute steht, ist schwer zu beurteilen. Zwar fanden auch hier nach dem Sturz des ungeliebten Autokraten erstmals freie Wahlen statt, die als Sieger hervorgehende Muslimbruderschaft wurde jedoch im Jahr 2013 nach anhaltenden Protesten vom Militär gestürzt. Der ehemalige Armeechef Abd al-Fattah al-Sisi gewann, trotz heftiger Kritik aus dem Ausland an überzogenen Strafurteilen während der Militärregentschaft, die sich anschließenden Neuwahlen. Damit einher ging die Restauration eines autoritären Klimas, das politische Opposition zu minimieren und unterdrücken sucht. Im April 2013 wurde

auch die Jugendbewegung des 6. April verboten.

Auch unabhängig von der gegenwärtigen Lage der beiden Länder ist festzuhalten, dass Demokratie weit mehr bedeutet als freie Wahlen und ein genügend differenziertes Parteiensystem. Demokratie, etymologisch auf das griechische Wort ‚demos‘ (deutsch: Volk) zurückzuführen, bedeutet vor allem die Existenz einer demokratischen Kultur. Demokratie ist auf eine Gesellschaft angewiesen, die den Respekt vor dem Verschiedenen, vor der anderen Meinung und dem anderen Lebensstil zu ihrem Konstitutiv erklärt.

Dementsprechend konnte es bei den Massenprotesten der nordafrikanischen Jugendlichen, welche mit Zielsetzungen wie Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit und politischer Partizipation demokratische Bestrebungen artikulierten, nicht allein um die Veränderung und Neubesetzung politischer Institutionen gehen, sondern auch um die Befragung tieferliegender Prinzipienordnungen und das Aufbrechen gesamtgesellschaftlicher Autoritätsstrukturen.

Die gesellschaftliche Ebene: Von der Kluft zwischen den Generationen

„Die tunesische Revolution war nicht nur gegen ein korruptes Regime und einen autokratischen Herrscher gerichtet, sondern muss auch als ein Generationenaufstand, in dem die Kluft zwischen Alt und Jung zutage tritt, verstanden werden“,⁴⁷ konstatiert Frische. Ähnliches stellen auch der Wirtschaftsgeograf Jörg Gertel und der Marburger Politologe Rachid Ouaisa fest. Jugendliche in der MENA-Region würden zunehmend international beeinflusst, woraus sich „Generationenbrüche und (...) [die] Ablösung von traditionellen Bindungen und Werten“⁴⁸ ergäben. Resultierend hieraus würden „die Alltagspraxen der unterschiedlichen Generationen weiter auseinander“⁴⁹ driften.

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, wie sich dieser Entfremdungsprozess in den tagtäglichen Beziehungen der jungen Heranwachsenden und den Angehörigen der Erwachsenengeneration in den Ländern Ägypten und Tunesien ausdrückte und welche Implikationen sich hieraus für das Aufkommen des Arabischen Frühlings ergeben.

Jugendlichkeit als formative Phase

Der Lebensabschnitt Jugendlichkeit ist eine Phase der Persönlichkeitsformation und

Identitätsfindung. Bestimmend für das gesellschaftliche Klima, in das die Jugend hineinwächst, ist dabei die ältere Generation. Sie gibt die gesellschaftlichen Strukturen vor, mit denen sich die Jugendlichen auseinandersetzen müssen und innerhalb derer sie ihre Persönlichkeit ausbilden und zu Subjekten werden.

Die arabische Welt zeichnet sich durch patriarchale Gesellschaftsstrukturen aus. Diese patriarchalen Denkweisen geben u.a. eng begrenzte Vorstellungen von Mann- und Frauen sein vor, innerhalb derer sich ein Individuum als Subjekt positionieren kann. Internalisiert werden solche Normen vor allem während der Formationsphasen Kindheit und Jugend durch Sozialisationsinstanzen wie der Familie.

Die Jugend soll ihre eigenen Wege gehen, aber ein paar Wegweiser können nicht schaden.

/ Pearl S. Buck /

Die Einwirkungen der älteren Generation auf die Heranwachsenden werden jedoch im medialen Zeitalter teilweise von anderen Einflussquellen beschnitten, wie etwa der Soziologe Klaus Hurrelmann erläutert. Er verweist hier insbesondere auf die Bedeutung der Medien bei der Persönlichkeitsbildung Jugendlicher: „Das gilt auch für die Massenmedien [...]. In vielen Bereichen sind die Impulse dieser heimlichen Sozialisationsinstanz effektiver als die der öffentlichen.“⁵⁰

Hier ist vor allem das Internet zu nennen, das Möglichkeiten einer globalen Vernetzung bietet und daher viele neue Orientierungspunkte liefern kann. Es ermöglicht die Aneignung neuer Referenzialitäten und Diskurse, die dafür sorgen, dass Jugendliche sich zunehmend anders verorten, als es in den Ländern der MENA-Region lange Zeit üblich war. Diese Differenz kann potenziell dazu führen, dass Generationenkonflikte entstehen.

Globale Orientierung

In meiner 2014 durchgeführten Umfrage unter tunesischen Jugendlichen gaben rund 95 Prozent der Befragten an, dass es einen deutlichen Unterschied in den Einstellungen zwischen der jüngeren und der älteren Generation gebe, der sich dadurch auszeichne, dass sich Jugendliche vermehrt global orientierten und insofern einen moderneren Lebensstil befürworteten als die Erwachsenengeneration. Prägnant ist hier-

bei wiederum, dass ebenfalls 94,12 Prozent angaben, nicht der Meinung zu sein, dass die ältere Generation die Art und Weise, wie die Jungen ihr Leben gestalten wollten, verstehe oder akzeptiere.

In Bezug auf die Identitätsbildung ägyptischer Jugendlicher bemerkt der Anthropologe Marc Peterson, dass diese verstärkt kosmopolitisch orientiert seien.⁵¹ Demnach würden sich die Jugendlichen Lebensweisen und Werteorientierungen, die sie einem u.a. medial vermittelten globalen Bezugssystem entnähmen, aneignen und in der lokalen Lebenswelt neu interpretieren.⁵²

Diese neue Form der Persönlichkeitsbildung wurde in Diskursen der MENA-Region bereits als „kulturelle Bastelei“⁵³ problematisiert. In dieser Sprachsemantik wird der kreative Subjektivierungsprozess Jugendlicher, der sich aus der Kombination spezifischer Elemente der eigenen Kultur mit Versatzstücken von globalen Einflüssen auszeichnet, negativ konnotiert, indem er in die Nähe von Assoziationen wie ‚Unvollkommenheit‘ und ‚Provisorium‘ gerückt wird.

Im Folgenden soll gezeigt werden, dass in Ländern wie Tunesien oder Ägypten Jugendlichkeit als Lebensphase mit starken Einschränkungen verbunden ist. Ausgehend hiervon soll illustriert werden, dass ein Ziel der Massenproteste der nordafrikanischen Jugendlichen darin bestand, Jugendlichkeit als freiheitliche und experimentelle Lebensphase zu behaupten. In eine ähnliche Richtung zielt auch der ägyptische Soziologe Asef Bayat mit seiner Andeutung, ein Ziel der rebellierenden Jugendlichen habe darin bestanden, „Jugendlichkeit (wieder) zu erobern.“⁵⁴

Die Entstehung einer neuen Generationenphase

Generationengerechtigkeit impliziert, den spezifischen Anforderungen, die mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Generation verbunden sind, gerecht zu werden. Mit Jugendlichkeit wird wiederum in der Regel ein spezieller Habitus assoziiert, der sich durch ein hohes Maß an Experimentierfreudigkeit und das Bestreben, Autonomie zu erlangen, auszeichnet.

Der Diskurs über die Bastelidentitäten der Heranwachsenden und die hierin anklingende Problematisierung eines solchen experimentellen Gestus zeigt, dass den mit Jungsein verbundenen Verhaltensweisen, wie etwa dem Austesten alternativer Rollenmodelle, in den arabischen Ländern durch die existierenden normativen Beschränkun-

gen enge Grenzen gesetzt sind.

In der patriarchal strukturierten Gesellschaft des Nahen Osten üben „moralische und politische Autoritäten eine extreme gesellschaftliche Kontrolle über junge Menschen“ aus. Die Sozialisation in der Familie oder Schule ist dabei von einer Erziehungstradition geprägt, die dem Entstehen von Individualität wenig Raum gibt und primär dazu dient, die existierenden normativen Beschränkungen zu internalisieren.

Jugendlichkeit mit ihren verhaltensspezifischen Aktivitäten wird auf diese Weise sukzessive unterdrückt, wohl auch, weil Jugend im Nahen Osten ein Phänomen noch jungen Datums ist. Wie Bayat beschreibt, gab es lange Zeit in der arabischen Welt wenige Möglichkeiten, Jugendlichkeit als Phase im Lebenslauf zu erfahren: „Die Zeit zwischen Kindheit, einer Phase der Verletzbarkeit und Abhängigkeit, und Erwachsenenalter, hin zur Welt der Arbeit, der Familie und der Verantwortung, war kurz. [...] Es gab wenig ‚relative Autonomie‘, besonders für junge Mädchen nicht, die erst der Autorität des Vaters und sofort danach der des Ehemanns unterstanden.“

Was bei der Jugend wie Grausamkeit aussieht, ist meistens Ehrlichkeit.

/ Jean Cocteau /

Parallel mit der demografischen Entwicklung in den 1990er Jahren und der hieraus resultierenden Zunahme junger Bevölkerungsanteile ging jedoch eine stetige Urbanisierung einher. In den Städten wiederum verbreitete sich, wie bereits expliziert, mehr und mehr die allgemeine Schulbildung. Mit dem Eintritt in Schulen und insbesondere mit der Verlängerung der Schullaufbahn durch den Besuch weiterführender Schulen wurde auch die Zeitspanne der Jugendlichkeit verlängert und entwickelte sich so zu einer eigenständigen Lebensphase. Zudem sorgte die vermehrt einsetzende Schulbildung in Ländern wie Tunesien und Ägypten für das Entstehen einer gebildeten und akademischen Jugend. Institutionen wie Schulen oder Universitäten konnten zudem zu Räumen werden, in denen mit der Gleichaltrigengruppe⁵⁵ eine wichtige Sozialisationsinstanz, die die Persönlichkeitsbildung beeinflusst und zur Entstehung spezifischer Jugendidentitäten führen kann, hinzukam. Auch Bayat hält fest, dass sich im Zuge der wachsenden Bildung unter den jungen Ägyptern „eine neue Generation globalisierter Jugendlicher, die zunehmend

weltweiten kulturellen Strömungen ausgesetzt war“,⁵⁶ entwickelt habe.

Vor diesem Hintergrund lässt sich der während der Demonstrationen in Ägypten und Tunesien hervorgebrachte Ruf nach Freiheit als die Forderung verstehen, Jugendlichkeit als eine Phase der autonomen und individuellen Lebensgestaltung leben zu können.

Subjektivierung als Form von Kritik

In einem Interview mit Asef Bayat konstatiert eine 21-jährige Ägypterin: „Die Jugend in diesem Land rebelliert gegen die alten Traditionen. Wir lösen uns von euren Ketten, wir wollen nicht das Leben der älteren Generationen führen. Dass Frauen Shisha rauchen, ist noch die am wenigsten schockierende Form dieser Rebellion. Stellt euch diesen Veränderungen und akzeptiert unsere Generation.“⁵⁷

Die Aneignung neuer global vermittelter Referenzialitäten und die hieraus entstehenden Formen alternativer Subjektivierung können als Ausdruck einer Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen verstanden werden, deren Entfaltungsraum mit den existierenden Beschränkungen als zu eng empfunden wird. Die Jugendlichen setzten sich auf diese Weise dafür ein, Jugendlichkeit mit individuellem Verhalten entgegen doktrinären Vorschriften leben zu dürfen und auf diese Weise Autonomie über die eigene Lebensgestaltung erlangen zu können.

Der Kampf um eine eigenständige jugendliche Subjektivität und deren Durchsetzung findet desweiteren in der Tatsache Begründung, dass mit dem Status ‚Jugendlicher‘ bestimmte Rechte allgemein verwehrt gewesen zu sein schienen. So scheint den nordafrikanischen Jugendlichen das Recht auf Anerkennung aufgrund von Vorbehalten der Erwachsenengeneration verweigert gewesen zu sein. Das Entstehen von Vorurteilen Erwachsener gegenüber Jugendlichen beschreibt der Soziologe Klaus Hurrelmann wie folgt: „Die [...] Lebensphase Jugend wird von den Angehörigen der so genannten ‚Erwachsenengeneration‘ oft als eine Zeit des Moratoriums, des zwecklosen Verweilens in der Gesellschaft ohne feste Perspektiven [...] wahrgenommen. Hierin liegt ein Ausgangspunkt für viele stereotype [...] Vorurteile gegenüber den Angehörigen der Lebensphase Jugend. [...] Jugendlichen wird oft ein marginaler (randständiger) sozialer Stellenwert im gesellschaftlichen Gefüge zugesprochen.“⁵⁸ Ein ähnliches Bild zeigt auch der in Tunesien vor der Protestbewegung geführte Diskurs über Jugendlichkeit, der den

Entfremdungsprozess zwischen den Generationen deutlich illustriert.⁵⁹ Jung zu sein wurde in der Gesellschaft durchgängig mit einer rein materiell orientierten Lebensführung gleichgesetzt, wie es u.a. in der Bezeichnung Jugendlicher als „Khobzisten“⁶⁰ zum Ausdruck kommt.⁶¹ Zudem galten Jugendliche allgemein als „apathisch [...] [und] lethargisch.“⁶²

Vergleichbare Eindrücke evozieren auch einige der Aussagen Jugendlicher in meiner Studie: „Jung zu sein ist sehr schwierig (insbesondere für Frauen), es gibt viele Einschränkungen, es mangelt an Gleichberechtigung und Chancengleichheit. Junge Leute gelten als Menschen, die noch nichts erreicht haben und sich ständig beweisen müssen (in der Schule zum Beispiel hat man kein Recht auf ‚Privilegien‘ wenn die Leistung nicht stimmt). Umso ländlicher die Region, umso größer sind die Probleme.“⁶³ Ein anderer Jugendlicher äußerte sich wie folgt: „Jung zu sein bedeutet, sich vielen Einschränkungen gegenüber zu sehen. Es ist sehr schwer, Arbeit zu finden. Man bekommt auch wenig Unterstützung von den Eltern, wenn man nicht eine traditionelle Ausbildung macht. Moderne Verhaltensweisen werden nicht gerne gesehen.“

In einem anderen Statement heißt es: „[In Tunesien] jung zu sein bedeutet wenig Freiheit zu haben. Es gibt sehr viele Vorschriften. Wenn man sich anders verhält, wird man von den älteren Leuten oder der Polizei schlecht behandelt.“

**Eine Seele, die in der Jugend
besudelt wird, kann man nicht
wieder reinwaschen.**

/ Mark Twain /

Derartige Aussagen deuten an, dass es Jugendliche schwer hatten, Anerkennung zu bekommen und dass in der Gesellschaft ein mit Jugendlichkeit verbundener Habitus sukzessive eingeschränkt und unterdrückt wurde. Junge Menschen können daher als in Tunesien und Ägypten marginalisierte Gruppe gelten, denen nur eine randständige Position in der Gesellschaft zugestanden wurde.

Vor diesem Hintergrund erhält auch das Wort ‚Jugendbewegung‘ eine weitere Bedeutungskomponente. Im Vorigen ist der Arabische Frühling als eine solche ‚Jugendbewegung‘ beschrieben worden, weil die Proteste von Jugendlichen initiiert wurden. Mit Blick auf den gerade beschriebenen Aspekt lässt sich Jugendbewegung im An-

schluss an Asef Bayat darüber hinaus als eine Bewegung für Jugendlichkeit verstehen.⁶⁴

Fazit

Der Jugend in den Ländern der MENA-Region ist es im Jahr 2011 gelungen, revolutionäre Veränderungen anzustoßen. Als Angehörige der jungen, herangewachsenen Generation hatten sie wie nur wenige andere soziale Gruppen unter den autoritären Regimen zu leiden und wurden zudem zu den Verlierern internationaler Liberalisierungsstrategien.

Dennoch arbeiteten die Jugendlichen nicht mit dem Ausdruck der Generationengerechtigkeit, sondern operierten mit allgemeineren Forderungen nach Gerechtigkeit. Sie problematisierten hierdurch die Repression, die Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Diese Anliegen wurden jedoch auch vor dem Hintergrund einer wachsenden Entfremdung zwischen den Generationen artikuliert und fanden ihren Nährboden nicht zuletzt in dem Gefühl einer Generationenungerechtigkeit. Dieses Empfinden speiste sich aus dem Eindruck, als Jugendlicher generell vom Status der Anerkennung ausgeschlossen zu sein, sowie der Tatsache, dass Jugendlichkeit als Lebensphase nicht nach dem gewünschten Maße ausgelebt werden durfte. Ebenso können der Verdacht, als junger, aufgeschlossener Mensch besonders häufig mit Polizeigewalt konfrontiert zu sein, wie auch die Konsequenz, durch die hohe Jugendarbeitslosigkeit nicht den Übertritt in den Erwachsenenstatus vollziehen zu können, unter dieses Gefühl gefasst werden. Die Artikulation eines allgemeineren Gerechtigkeitsappells sicherte den Jugendlichen zudem die Unterstützung und Solidarität breiter Bevölkerungsteile wie subalterner Schichten oder Arbeitern, die für den Erfolg der Proteste in Form des Sturzes zweier alteingesessener Autokraten von entscheidender Bedeutung war. In den Ländern Tunesien und Ägypten entwickelten sich die Proteste zu einem „Laboratorium [...], in dem Frauen und Männer, Alte und Junge, Reiche und Arme gemeinsam [...] für einen revolutionären Neuanfang kämpften.“⁶⁵ Den jungen Menschen gelang folglich „die Rückeroberung des Politischen als Raum der kollektiven friedlichen Aushandlung, um die wünschenswerte gesellschaftliche Ordnung.“⁶⁶ Vor dem Hintergrund einer auf die Depolitisierung der Gesellschaft ausgerichteten repressiven Politikführung der herrschenden Elite ist dies als bedeutende Errungenschaft zu bezeichnen.

Der Jugend in der MENA-Region ist es gelungen, den Status quo zu überwinden und Veränderung in Gang zu setzen. Die alltäglichen Probleme der Menschen gerieten durch die Protestwelle auch ins Blickfeld internationaler Akteure. In Tunesien können die Protestierenden sogar eine zunehmende Demokratisierung als Erfolg verbuchen. Für die nahöstlichen Länder wird es in Zukunft wichtig bleiben, die Jugend in gesellschaftliche und politische Fragen mit einzubeziehen. Die Jugendlichen wiederum sollten nicht müde werden, für eine bessere Zukunft zu kämpfen. Um es mit den Worten Eleonore Roosevelts zu sagen: „Die Zukunft gehört denen, die an die Wahrhaftigkeit ihrer Träume glauben.“⁶⁷

Anmerkungen

- 1 Dieser bezeichnet die vor allem in der Politikwissenschaft vertretene Ansicht, dass die Regime im Nahen Osten „überdurchschnittlich resilient gegen politischen Wandel seien“ (Zorob/Jünemann 2013: 11).
- 2 Ouaisa 2014: 166.
- 3 Beck/Hüser 2014: 200.
- 4 Birke/Henniger 2012: 8.
- 5 Bei den Jugendlichen handelt es sich vor allem um Migranten und Flüchtlinge im Alter zwischen 17 und 30 Jahren, die zum größten Teil in den vergangenen fünf Jahren nach Deutschland gekommen sind.
- 6 Tremmel 2012: 26.
- 7 Tremmel 2012: 45.
- 8 Heubach, zitiert nach Tremmel 2012: 31.
- 9 Zorob 2013; Harders 2013.
- 10 Zorob 2013: 230.
- 11 Birke/Henniger 2012: 19.
- 12 Der folgende Abschnitt basiert auf Gertel 2014.
- 13 Zorob 2013: 236.
- 14 Gertel 2014: 102.
- 15 Preysing 2013: 46.
- 16 Frische 2014: 103.
- 17 Zorob 2013: 237.
- 18 Zorob 2013: 237.
- 19 Kraushaar 2012: 108.
- 20 Hurrelmann 2007: 106.
- 21 Hurrelmann 2007: 31.
- 22 Frische 2014: 106.
- 23 Der folgende Abschnitt basiert auf Hurrelmann 2007.
- 24 Bayat 2012: 177.
- 25 Harders 2013: 24.
- 26 Harders 2013: 24.
- 27 Der folgende Abschnitt basiert auf Frische 2014.
- 28 Eigene Umfrage.
- 29 Preysing 2013: 47.

- 30 Dietrich 2012: 45.
- 31 Kraushaar 2012: 156.
- 32 Zorob 2013: 240.
- 33 Der folgende Abschnitt basiert auf Gertel 2014.
- 34 Frische 2014: 106.
- 35 Zorob 2013: 243.
- 36 Dietrich 2012: 46.
- 37 Arendt 1995: 46.
- 38 Preysing 2013: 44.
- 39 Preysing 2013: 44.
- 40 Der folgende Abschnitt basiert auf Dietrich 2012.
- 41 Lübben 2014: 222.
- 42 Lübben 2014: 222.
- 43 Sonay 2014: 211.
- 44 Sonay 2014: 212.
- 45 Der folgende Abschnitt basiert auf Lübben 2014.
- 46 Der folgende Abschnitt basiert auf Preysing 2013.
- 47 Frische 2014: 99.
- 48 Gertel/Ouaisa/Ganeforth 2014: 28.
- 49 Gertel/Ouaisa/Ganeforth 2014: 28.
- 50 Hurrelmann 2007: 70.
- 51 Sonay 2014: 210.
- 52 Sonay 2014: 210.
- 53 Gertel 2014: 155.
- 54 Der folgende Abschnitt basiert auf Bayat 2012.
- 55 Hurrelmann 2007: 70.
- 56 Bayat 2012: 178.
- 57 Bayat 2012: 182.
- 58 Hurrelmann 2007: 23f.
- 59 Frische 2014: 100.
- 60 Wortneuschöpfung, die vom arabischen Wort „khubz“ (zu Deutsch: Brot) abgeleitet ist (Frische 2014: 100).
- 61 Frische 2014: 100.
- 62 Frische 2014: 100.
- 63 Die folgenden Aussagen entstammen der eigenen Umfrage.
- 64 Bayat 2012: 159.
- 65 Harders 2013: 34.
- 66 Harders 2013: 20.
- 67 Rudolf/Bischoff/Leiderer 2011: 143.

Literaturverzeichnis

- Arendt, Hannah (1995): Macht und Gewalt. München: Piper.
- Bayat, Asef (2012): Leben als Politik. Berlin: Assoziation A.
- Beck, Martin / Hüser, Simone (2013): Politischer Wandel im Nahen Osten. In: Jünemann, Annette / Zorob, Anja (Hg.): Arabellions. Wiesbaden: Springer Verlag, 197-227.

- Birke, Peter / Henniger, Max (2012): Krisen und Proteste. In: Birke, Peter / Henniger, Max (Hg.): Krisen Proteste. Berlin: Assoziation A, 7-38.
- Dietrich, Helmut (2012): Die tunesische Revolte als Fanal – Kommentar und Chronik. In: Birke, Peter / Henniger, Max (Hg.): Krisen Proteste. Berlin: Assoziation A, 39-77.
- Frische, Johannes (2014): Jugendliche in Tunesien – Zwischen prekären Alltag und kollektiver Mobilisierung. In: Gertel, Jörg / Ouaisa, Rachid (Hg.): Jugendbewegungen – Städtischer Widerstand und Umbrüche in der arabischen Welt. Bielefeld: Transcript Verlag, 98-111.
- Gertel, Jörg / Ouaisa, Rachid / Ganeforth, Sonja (2014): Jugend in der Arabischen Welt. In: Gertel, Jörg / Ouaisa, Rachid (Hg.): Jugendbewegungen – Städtischer Widerstand und Umbrüche in der arabischen Welt. Bielefeld: Transcript Verlag, 12-29.
- Gertel, Jörg (2014): Krise und Widerstand. In: Gertel, Jörg / Ouaisa, Rachid (Hg.): Jugendbewegungen – Städtischer Widerstand und Umbrüche in der arabischen Welt. Bielefeld: Transcript Verlag, 32-75.
- Gertel, Jörg (2014): Jugendliche Lebenswelten – Wer leistet eigentlich Widerstand in Rabat? In: Gertel, Jörg / Ouaisa, Rachid (Hg.): Jugendbewegungen – Städtischer Widerstand und Umbrüche in der arabischen Welt. Bielefeld: Transcript Verlag, 150-173.
- Harders, Cilija (2013): Revolution I und II – Ägypten zwischen Transformation und Restauration. In: Jünemann, Annette / Zorob, Anja (Hg.): Arabellions. Wiesbaden: Springer Verlag, 19-42.
- Hecking, Britta (2014): Die Besetzung der Straße – Jugendliche am Platz der Märtyrer. In: Gertel, Jörg / Ouaisa, Rachid (Hg.): Jugendbewegungen – Städtischer Widerstand und Umbrüche in der arabischen Welt. Bielefeld: Transcript Verlag, 130-147.
- Hurrelmann, Klaus (2007): Lebensphase Jugend. Weinheim: Juventa Verlag.
- Jünemann, Annette / Zorob, Anja (2013): Einleitung. In: Jünemann, Annette / Zorob, Anja (Hg.): Arabellions. Wiesbaden: Springer Verlag, 9-17.

Kraushaar, Wolfgang (2012): Der Aufbruch der Ausgebildeten. Hamburg: Hamburger Edition.

Lübben, Ivessa (2014): Coffee-Shop-Salafis und rebellische Muslimbrüder: Die Revolution der islamistischen Jugend in Ägypten. In: Gertel, Jörg / Ouaisa, Rachid (Hg.): Jugendbewegungen – Städtischer Widerstand und Umbrüche in der arabischen Welt. Bielefeld: Transcript Verlag, 220-243.

Nussbaum, Martha (1996): Gerechtigkeit oder das gute Leben. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Ouaisa, Rachid (2014): Jugend Macht Revolution: Die Genealogie der Jugendproteste in Algerien. In: Gertel, Jörg / Ouaisa, Rachid (Hg.): Jugendbewegungen – Städtischer Widerstand und Umbrüche in der arabischen Welt. Bielefeld: Transcript Verlag, 114-126.

Preysing, Domenica (2013): Tunesien: Vorreiter des Aufbruchs, Vorbild des Wandels? In: Jünemann, Annette / Zorob, Anja (Hg.): Arabellions. Wiesbaden: Springer Verlag, 43-65.

Rudolf, René / Bischoff, Ringo / Leiderer, Eric (Hg.) (2011): Protest. Bewegung. Umbruch. Hamburg: VSA Verlag.

Sonay, Ali (2014): Das Recht auf Kairo: Die Jugendbewegung des 6. April. In: Gertel, Jörg / Ouaisa, Rachid (Hg.): Jugendbewegungen – Städtischer Widerstand und Umbrüche in der arabischen Welt. Bielefeld: Transcript Verlag, 204-216.

Tremmel, Jörg (2012): Eine Theorie der Generationengerechtigkeit. Münster: Mentis Verlag.

Zorob, Anja (2013): Der Zusammenbruch des autoritären Gesellschaftsvertrags. In: Jünemann, Annette / Zorob, Anja (Hg.): Arabellions. Wiesbaden: Springer Verlag, 229-256.



Sonja Thau studiert seit 2013 an der Universität Bielefeld Germanistik und Politikwissenschaften auf Bachelor. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich der

Politischen Philosophie, der Politischen Ideengeschichte sowie der Gender Studies.

Kontaktdaten:

E-Mail: sonja.thau@uni-bielefeld.de

Bewegung im Verzug. Was begünstigt, was lähmt den Protest?

von Paul Schulmeister

Zusammenfassung: Protestbewegungen sind zugleich Reaktionen und Antworten auf den beschleunigten sozialen Wandel – beide Phänomene sind vielfach miteinander verwoben. Dieser Essay untersucht diverse ermöglichende und erschwerende Bedingungen für erfolgreichen Protest: die Unsicherheit der nach 1980 Geborenen, die Irritationen der Jugendphase und die soziale Exklusion. Strukturelle, ideologische und statistische Protesthemmnisse werden an den Bewegungsverläufen der Arabellions und Occupy veranschaulicht. Am Ende erweist sich einzig die Klimaschutzbewegung als Jugendbewegung für Generationengerechtigkeit *par excellence*.

Einleitung: Kinetik und Zeit

In seinem Buch *Modernisierung und neue soziale Bewegungen* liefert der Protestforscher Dieter Rucht die wohl kompakteste Definition einer sozialen Bewegung, verstanden als „Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests [...] herbeiführen, verhindern oder rück-

gängig machen wollen.“¹ In dieser Bestimmung drücken sich die für die Moderne insgesamt konstitutiven Prinzipien aus, nämlich Bewegung und Zeit, deren eigentümliche Verschränkung die Koordinaten dieses Essays vorgibt. So ist es auch kein Zufall, dass nahezu alle politischen Gruppierungen, die im Anschluss an die 68er entstanden, sich selbst als ‚neue soziale Bewegungen‘ begreifen.² Die Prinzipien der Verdichtung, Beschleunigung und Vernetzung der sozialen Welt, die man unter den Begriffen des ‚sozialen Wandels‘ und der ‚Globalisierung‘ subsumiert, gehen einher mit einer beispiellosen Veränderung temporaler Strukturen. Der Generationenbegriff ist zum Maßstab für die Veränderungsrate der sozialen Welt geworden. Die immer schnellere Taktung des sozialen Wandels wird besonders „am Verhältnis der Generationen zueinander“³ deutlich.

Wenn der Wind des Wandels weht,
bauen die einen Schutzmauern, die
anderen bauen Windmühlen.

/ Chinesische Weisheit /

Die gegenwärtigen Bewegungen lassen sich über miteinander verwobene Zeit-Bezüge als Reflexe des sozialen Wandels verstehen, nicht nur wegen des inhärent dynamischen Moments beider (bereits an den Worten ‚Wandel‘ und ‚Bewegung‘ ablesbar), sondern vor allem, weil sich alle ‚neueren‘ Bewegungen direkt zum sozialen Wandel verhalten, durch Akzeptanz, Abwehr oder Widerruf. Die Jugendphase ist in ganz besonderer Weise von den Veränderungen betroffen. Längst kein ‚Moratorium‘ mehr, ist sie zu einem prekären Gebilde mutiert, das zwei grundverschiedene Verhaltensweisen der Jugendlichen zur Folge hat. Die Hypothese lautet, dass die *Unsicherheit*, die sich aus der Erfahrung der Desynchronisation von individuellem Lebenstempo, gesellschaftlichen Funktionssystemen und globalen ökonomischen Strukturen ergibt, ein Generationenspezifikum ist und damit auch als wesentliche, wenn auch oft subkutan schwelende Gemeinsamkeit aller Proteste der Gegenwart gelten kann.

Struktur und Funktion von Protestbewegungen

Proteste (vom lateinischen *pro testari*: ‚für etwas eintreten‘) fungieren als das zentrale politische Mittel von Bewegungen.⁴ Sie lassen sich systemtheoretisch als Kommunikationen verstehen, „die *an andere* adressiert sind und *deren* Verantwortung annehmen.“⁵ Allerdings hat diese Kommunikationsform keinen eröffnenden Charakter im ursächlichen Sinne, sondern ist wesentlich responsiv. Um die Verschiedenheit in den zeitlichen Bezügen auseinander zu halten, kann analytisch unterschieden werden zwischen a) einer negativen Reaktion auf faktische Entwicklungen, die bereits in der Vergangenheit liegen (korrektive Protest-Funktion), und b) einer negativen Reaktion auf gedanklich vorweggenommene Entwicklungen oder Ereignisse, die in Zukunft befürchtet werden (präventive Protest-Funktion). Neben ihrer instrumentellen Funktion beinhalten Proteste eine expressive Komponente, denn sie sind stets auch ein „Ausdruck von Unzufriedenheit.“⁶

Die Bindung innerhalb einer Bewegung wird durch drei Aspekte erzeugt: 1) gemeinsame Ziele, 2) das Gefühl von Zusammengehörigkeit und 3) kollektive Identität, zu der ihrerseits a) gemeinsames Handeln, b) geteilte Normen, c) Symbole und, als negatives Moment der Identitätsstiftung und Zielausrichtung zugleich, d) Gegnerschaften gehören.⁷

Fünf Hauptmerkmale gegenwärtiger Jugendbewegungen

Es lassen sich insgesamt fünf idealtypische Merkmale der gegenwärtigen Jugendbewegungen benennen. Demnach sind Jugendbewegungen solche Netzwerke, deren Kerngruppe

1) aus jungen Menschen im *Alter von 15 bis 30 Jahren* besteht. Besonders in der Anfangsphase sorgen sie für die Initialzündung der Protestbewegung, sowie für die Mobilisierung und Verbreitung der Protestanliegen. Dieser Kerngruppe verdankt sich im Grunde bereits die Spezifizierung der *Jugendbewegung*, wenngleich die Bewegung im Ganzen nicht auf junge Menschen beschränkt zu sein braucht.

2) Das Hauptmittel ist das *Internet*, wobei vornehmlich auf *sozialen Netzwerken* rekrutiert und kommuniziert wird. Typischerweise geht die Bedeutung dieses Mediums für junge Menschen über die eines bloßen Hilfsmittels hinaus. Sie begreifen das Internet auch als eine Verlängerung des öffentli-

chen Raumes.

3) Gegenwärtige Jugendbewegungen betonen ihren *nicht-hierarchischen Aufbau*.⁸ Dies hängt auch mit dem ausgeprägten *Individualismus* der gegenwärtigen Jugendgeneration zusammen, die sich gegen die Einbettung in größere Kontexte unter Vernachlässigung der Diversität sperrt: sie wollen weder als Teil einer Generation noch einer Bewegung wahrgenommen werden.⁹ Dies wird durch den sozialpsychologisch diagnostizierten Grundzug aller Jugendlichen noch eigens verstärkt, insofern ihnen eine ausgeprägte Wahrnehmungsfähigkeit gegenüber vereinnahmenden Strukturen zugeschrieben wird.¹⁰ Die Individualisierung als sozialer Prozess ist ihrerseits auf doppel-sinnige Weise mit dem sozialen Wandel verbunden: „*Individualisierung* ist eine Ursache ebenso wie eine Folge sozialer Beschleunigung, insofern Individuen mobiler, flexibler in der Anpassung an sozialen Wandel und schneller im Fällen von Entscheidungen sind als Kollektive.“¹¹

4) Ferner kann ein ausgeprägter *Pragmatismus* als generationsspezifisch ausgemacht werden, der eine Reaktion auf die strukturelle Unsicherheit darstellt.

Diese Unsicherheit wird darum von soziologischer Prominenz zu Recht als „grenzübergreifende Schlüsselerfahrung“ gewertet, „die eine Generationenspezifität schafft.“¹² Mit dem pragmatischen Zug geht auch der Mangel an Radikalität einher, und zwar im wörtlichen Sinne von *radix* (lat.: ‚Wurzel‘).¹³ Anstelle des Grundsätzlichen ist das tastende und adaptive Experiment getreten, das sich etwa in der Weiterentwicklung einer gewaltfreien Protestkultur und überhaupt in der Suche nach neuen Protestformen manifestiert.

5) Schließlich wäre noch die *höhere Bildung* der Kern-Aktivisten zu nennen.

Zum Begriff der Generation

Um das gemeinsame Erleben von historischen Ereignissen und sozioökonomischen Umbrüchen hervorzuheben, werde ich mit dem ‚gesellschaftlichen Generationenbegriff‘ operieren, der 1928 von Karl Mannheim eingeführt wurde.¹⁴ Dieser Begriff ist nicht unumstritten, denn sowohl die Abgrenzung einzelner Generationen voneinander, wie auch die Bestimmung von Übergängen zwischen den Generationen stellen sich mit ihm als problematisch dar. Da hier aber keine Abgrenzungen durch einen Vergleich zwischen Generationen angestrebt werden, sondern zunächst nur die *intragenerationalen*

Merkmale herauszustellen sind, können diese Bedenken getrost übergangen werden. Zum einen erlaubt die intragenerationale Schau den veränderten Erfahrungsraum der Jungen zu thematisieren, zum anderen spiegelt sich in dieser Perspektive das Veränderungstempo der sozialen Welt wider, deren Takt wiederum auf die individuellen und kollektiven Identitätsstrukturen zurückwirkt. Den Zusammenhang erläutert Rosa wie folgt: „In traditionellen Gesellschaften mit *niedrigen* Veränderungs-raten finden sich die Individuen durch vorgängige und überdauernde Strukturen und damit gewissermaßen durch ‚intergenerationale‘ Identitäten bestimmt, während stabile und auf Dauer hin angelegte individuelle Identitäten in der spätmodernen Gesellschaft dem hohen Veränderungstempo nicht standhalten können und gleichsam ‚aufgebrochen‘ werden, sodass es zu ‚intragenerationalen (bzw. *intrapersonalen*)‘ Identitätssequenzen‘ kommt.“¹⁵ Dadurch kommt es nicht etwa nur zu einer Veränderung „in dem, was Individuen tun und erleben, sondern auch in dem, was sie *sind*.“¹⁶

Es ist das Schicksal jeder Generation,
in einer Welt unter Bedingungen
leben zu müssen, die sie nicht
geschaffen hat.

/ John F. Kennedy /

Man kann nun, in Mannheims Diktion, noch feinere Unterscheidungen treffen. Die ‚Generationenlagerung‘ beschreibt dabei die zeitliche Überschneidung zwischen der Jugendphase und historischen Ereignissen, die eine oder mehrere Generationen prägen können, aber nicht zwingend prägen müssen. Es sind „nur potentielle Möglichkeiten“, die entweder ihren Einfluss entfalten oder aber „verdrängt werden“.¹⁷

Die Möglichkeit zur Verdrängung besteht bei einem ‚Generationszusammenhang‘ bereits nicht mehr. Die jungen Menschen können sich dem prägenden Einfluss gravierender historischer Ereignisse nicht entziehen. Ein schlagendes Beispiel ist die Globalisierung, die hier durch Beschleunigung, Vernetzung und Simultanität gekennzeichnet sei: während ein Teil der Jugendlichen darauf mit Protesten reagiert, die sich zu globalisierungskritischen Bewegungen ausrollen, reagiert ein anderer Teil „mit Anpassung und macht sich lieber fit für den globalen, neoliberalen Wettbewerb. Ein Generationszusammenhang – zwei Generationenseinheiten.“¹⁸

Eben dies ist der Dreh- und Angelpunkt aller folgenden Überlegungen zu Jugendbewegungen. Denn trotz eines gemeinsamen Hintergrundes ist die Jugend gleich in mehrfacher Hinsicht gespalten und das sowohl in ihren Interessen, den sozialen Chancen als auch in ihrer Bereitschaft zum Protest. Nicht dass ‚die Jugend‘ auch nur im Naturzustand jemals in Eintracht gelebt hätte, aber die verschobenen Horizonte der ‚Generation Y‘, um nur ein beliebiges Etikett zu wählen, scheinen mir zu rechtfertigen, dass man den Entzweigungen besondere Aufmerksamkeit widmet.

Genese und Expansion der Protestbewegung

Grund und Anlass für Protest

Zu der Unzufriedenheit, mit der die Protestdynamik einsetzt, muss noch ein bestimmter Anlass hinzukommen. Mit dem Anlass verbunden ist auch ein möglicher Adressat, an den sich der Prozess richtet. Grund der Unzufriedenheit und Anlass für Protest müssen in keiner sachlichen Beziehung zueinander stehen, und gerade das macht Proteste so unvorhersagbar. Die stärkste emotionale Wirkung haben naheliegenderweise Ereignisse, bei denen jemand zu Tode kommt und dabei irgendeine Verbindung zur Staatsgewalt ausgemacht werden kann: die Selbstverbrennung von Mohammed Bouazizi in Tunesien 2011 war nicht der Grund, aber der Anlass, mit dem der sogenannte ‚Arabische Frühling‘ seinen Lauf nahm; ebenfalls im Jahr 2011 wurde die Ermordung von Mark Duggen durch einen Polizisten zum Anlass der heftigen Krawalle in London; die Tötung eines 15-jährigen Jugendlichen in Griechenland – wiederum durch einen Polizisten – führte 2008 zu „den schwersten Unruhen im Land seit 30 Jahren“;¹⁹ das Gleiche gilt auch für die Ermordung von Benno Ohnesorg im Jahr 1967.²⁰ In allen diesen Fällen fungierte der Anlass als Katalysator, der eine bereits im Vorfeld angestaute Wut und Unzufriedenheit in eruptive Aktivität verwandelte.

Mediale Ausbreitung und Interpretation

Das Internet spielt bei allen Protesten der letzten Jahre eine entscheidende Rolle. Die Organisation und Kommunikation der Protestbewegungen erfolgt meist über soziale Netzwerke (Facebook, Twitter). Das Internet wird vor allem für die Mobilisierung neuer Teilnehmer gebraucht und ermöglicht eine rapide Verbreitung der Protestinhalte über nationale Grenzen hinweg. Proteste

diffundieren nicht mehr „langsam aus den Zentren in die Fläche, sondern entstehen fast flächendeckend“.²¹

Das Fehlen der diskursiven Tiefendimension, das sich zum Teil aus der für soziale Netzwerke eigentümlichen Logik der knappen Rede ergeben mag, kann für die rasche Verbreitung von Vorteil sein, insofern die Interessensunterschiede nicht in den Vordergrund treten und aktivitätslähmende Verzögerungen minimiert werden können. Auch die Organisation gestaltet sich über das Internet einfacher, denn sehr „heterogene Interessenslagen lassen sich so leichter mobilisieren. Ideologische Konflikte bleiben zwar nicht aus, doch sind diese vor dem Hintergrund der Aktionsfokussierung nachrangig.“²²

Für viele jüngere Protestteilnehmer aber sind die Grenzen zwischen dem virtuellen und dem öffentlichen Raum keineswegs so klar abtrennbar, sondern hochgradig fließend.²³ Die Netzproteste bieten insgesamt sehr niedrigschwellige Partizipationsangebote und sind deshalb besonders für jüngere Protestteilnehmer anziehend, denn eine „nennenswerte Sachkenntnis der Materie ist hierbei keine zwingende Voraussetzung für das Engagement.“²⁴ Zudem wird der Zeitaufwand verringert, weil „Proteste im Netz punktueller und zufälliger“²⁵ verlaufen.

Freilich bleibt die physische Präsenz bei Protestbewegungen auch in digitalen Zeiten unumgänglich, da es zum wirkmächtigsten Mittel gehört, um Öffentlichkeit zu erzeugen. Den Maßstab und im buchstäblichen Sinne *locus classicus* aller Proteste bildet noch immer das ‚Massenmedium Straße‘.²⁶

Der Protest in seinen Bildern

Allerdings sind die Protestteilnehmer nicht mehr allein darauf angewiesen, dass Journalisten sie *in actu* wahrnehmen und sie so für das breitere öffentliche Bewusstsein überhaupt erst zu existieren beginnen. Stattdessen bringen sie das Verbreitungsmedium gleich selbst mit, in Form von foto-, video- und internetfähigen Mobilgeräten.

Das Internet ist ideal für Leute, die sagen, jetzt reicht es uns.

/ William H. Dutton /

Die drastischen Bilder der Gewalt ihrerseits bergen ein starkes Solidarisierungspotenzial. So beispielsweise im Falle Tunesiens, wo gleich zu Beginn die Kommunikationsversuche der Demonstranten mit scharfen Schüssen seitens der Polizei erwidert

wurden. In prädigitalen Zeiten hätte diese Versammlung der Diktatur keinen Abbruch getan und bliebe zunächst nur ein lokales Ereignis. Das Staatsfernsehen in Tunesien berichtete auch diesmal nicht über den Protest. Weil aber fast 90 Prozent der Bevölkerung über ein internetfähiges Mobiltelefon verfügten, gingen die Bilder mit Lichtgeschwindigkeit um die ganze Welt. Die Rolle der sozialen Netzwerke wurde von den Machthabern der alten Schule als harmlos verkannt. Weil aber ein Drittel der zehn Millionen Tunesier online waren, dienten die Bilder nicht nur der Verbreitung, sondern auch der Erzeugung eines kollektiven Bewusstseins.²⁷ Dabei kam es den Protestierenden sehr entgegen, dass Tunesien mit einer der besten Internet-Infrastrukturen der ganzen arabischen Welt ausgestattet war.

Einmal auf ihn aufmerksam geworden, greift die Presse den Protest auf und hebt ihn damit auf die Ebene der öffentlichen Wahrnehmung. Er wird kontextualisiert und bewertet, was wiederum die Sichtweise auf die Protestbewegung prägt.

Sichere Ungewissheiten der Jugendgeneration

Die Jugend – eine unzeitgemäße Kategorie?

Will man sich der Frage widmen, was die verbindenden Merkmale von Jugendbewegungen sein könnten, findet man sich unversehens auf einem akademischen Minenfeld wieder. Die in der Forschung zusammengetragenen Einsichten verdichten sich zur Verlegenheit, überhaupt angeben zu können, was Jugend eigentlich ist. Für viele Jugendsoziologen gilt es zumindest seit langem als „unbestreitbar, dass [...] nicht mehr von einer strikten Abgrenzung zwischen Jugend- und Erwachsenenkulturen ausgegangen werden kann“.²⁸

Was genau lässt den Jugend-Begriff aber so unscharf werden, dass so manch ein Soziologe ihn kaum mehr in den Mund zu nehmen wagt, ohne ihn sogleich im eiligen Nachtrag seiner Beschränktheit zu relativieren? Hartmut Rosa gibt aus zeitsoziologischer Perspektive den Hinweis, dass sich die Geschwindigkeit des sozialen Wandels ungefähr ab 1989 von einer „*intergenerationalen* Veränderungsgeschwindigkeit [...] zu einem in der Spätmoderne tendenziell *intragenerational* gewordenen Tempo gesteigert“²⁹ habe. Auf die Jugendgeneration bezogen bedeutet dies, dass sich seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert jede Generation in einer ‚neuen‘ sozioökonomischen Welt wiederfindet und die Erfahrungen der

Eltern und Großeltern sich nicht mehr ohne Weiteres auf die neuen Verhältnisse übertragen lassen. Die Geburtsjahrgänge der 1980er können sich noch weniger auf das tradierte und gesicherte Erfahrungswissen berufen, sondern müssen ihr Leben stets flexibel und offen gestalten, ohne jegliche Sicherheit eines gelingenden Ausgangs ihrer Pläne. Es handelt sich bei ihnen um die erste Generation, die in diesen bislang letzten Dynamisierungsschub der Spätmoderne hineingeboren wurde. Die Verflüssigung sozialer Praktiken, die wachsenden Flexibilitätserwartungen und die geforderte Bereitschaft, sich möglichst früh und am besten lebenslang in einem permanenten Optimierungsmodus ‚lernbereit‘ zu halten, all dies führt zur ‚Entstrukturierung des Lebenslaufs‘ der Jugendlichen.³⁰ Hinzu kommt eine zunehmende Spreizung zwischen Eintritts- und Austrittsalter der Jugendphase: biologische Indikatoren, wie die geschlechtliche Reife, weisen darauf hin, dass die Jugend sehr viel früher beginnt als bei vorangegangenen Generationen. Bei der Bestimmung des Austrittsalters erweisen sich auch die biologischen Merkmale als notorisch uninformativ. Es handelt sich mehr um kulturelle, soziale und psychologische Kriterien, anhand derer man als ‚Erwachsener‘ gilt.

Der Berufseinstieg, die finanzielle Unabhängigkeit und die Gründung einer Familie waren seit jeher die traditionellen Anhaltspunkte dafür, wann sich junge Menschen als Erwachsene fühlen durften. Hinzu kamen besondere politische Mitbestimmungsrechte und eine andere Behandlung seitens der Gesellschaft. Mit irritierender Konsequenz dehnt sich nicht nur die Jugendphase aus, sondern auch das Idealbild des Alten ‚verjüngt‘ sich zunehmend zu einem ‚immer noch flexiblen, wandlungsfähigen *Nichtwirklich-Alten*‘.³¹

Im Grunde haben die Menschen nur zwei Wünsche: Alt zu werden und dabei jung zu bleiben. /

/ Peter Bamm /

Es ist unbedenklich, wenn aus all dem der Schluss gezogen wird, dass ‚die Jugend‘ als *soziologische* Kategorie oder als geschlossene psychosoziale Phase konturlos geworden ist. Aus wissenschaftstheoretischer Sicht ist es vielleicht tatsächlich angebrachter, nicht mehr von ‚der‘ Jugend zu sprechen, sondern sie „in Hinblick auf soziale Ungleichheiten und Geschlechterdifferenzen zu unterschei-

dende Jugendlichen“³² zu perspektivieren, wie es der Jugendsoziologe Albert Scherr kürzlich vorschlug. Auch Scherr spricht sich letztlich gegen die Abschaffung des Jugendbegriffs in der Soziologie aus und man möchte hinzufügen, dass es auch in *politischer* Hinsicht eine fatale Entscheidung sein könnte, sich den Jugendbegriff abgewöhnen zu wollen. Die Jugendlichen sind bei gegenwärtigen politischen Entscheidungsprozessen deutlich unterrepräsentiert. Wenn man keine Politik speziell für ‚die Jugend‘ machen kann, weil es diese Jugend gar nicht mehr gibt, dann müsste das fairerweise auch für ‚die Alten‘ gelten. Wer also von der Jugend nicht reden will, sollte auch vom Rentner schweigen. Stattdessen wenden sich die Politiker aber zunehmend und wortreich den Bedürfnissen der Alten zu – nicht selten zu Ungunsten der Jungen.

Hinter dem Schleier der Bildung oder: der Einbruch ins ‚Moratorium‘

Den Ausgangspunkt der Überlegungen zur Spaltung der Jugend bildet der Doppelbefund einer unsicheren Situation, den ich zunächst nur auf Deutschland beziehen werde. Ich möchte fragen, was hierzulande *nicht* zu einem ‚Aufstand der Jungen‘ führt und welche *zeittypischen* Protestthemennisse sich ausmachen lassen.

Die Vermutung ist, dass mit der einen Unsicherheit eine potenziell verbindende und damit für den Protest förderliche, mit der anderen hingegen eine spaltende und den Protest hemmende Kraft einhergeht:

1) Die Zerfaserung der Jugendphase durch Beschleunigung und Entstrukturierung führt bei den Jugendlichen – und nicht nur bei ihnen – zu der Unsicherheit darüber, wann sie die Jugendphase überwunden haben und mit welchen Mitteln sie den Status eines mündigen Erwachsenen selbst herbeiführen können, aber auch ganz allgemein: wie sie ihr Leben als ein gelingendes erfahren können. Angesichts veränderter Bedingungen kann sich eine stabile Identität kaum entwickeln, ja die Zeit selbst scheint geradezu nach einem ‚transistorischen Subjekt‘ zu verlangen: „Subjekte müssen sich entweder von vornherein als offen, flexibel und veränderungsfreudig konzipieren, oder sie laufen Gefahr, permanente Frustration zu erleiden, wenn ihre auf Stabilität ausgerichteten Identitätsentwürfe an einer sich schnell verändernden Umwelt zu scheitern drohen.“³³ Die These von der Jugendphase als einem ‚Moratorium‘, die man zu Beginn der 1990er Jahre mit bereits schwindender

Plausibilität vielleicht gerade noch behaupten konnte, hat ihren Sinn nun gänzlich eingebüßt. Oder positiv ausgedrückt: „Die These vom Zerfall der einheitlichen kollektiven Statusphase Jugend und ihre Überführung in eine Vielzahl von Teilübergängen, die einer eigenen zeitlichen Logik folgen [...] findet also auch heute noch ihre volle Berechtigung.“³⁴ Die geschützte Phase der Jugend wurde traditionellerweise durch Bildung zusätzlich stabilisiert und beeinflusst. Bis heute gilt Bildung als alles entscheidende Kraft im Sozialisationsprozess, mit dem entscheidenden Unterschied aber, dass man die Bildungsphase (nach Bologna) in einer beschleunigten und schlanken Form anzubieten pflegt: schnell durch die Schule, noch schneller durch das Studium und am Ende des Schnelldurchlaufs durch die Institutionen solle der mündige Bürger stehen. Die Idee dabei scheint zu sein, dass die zunehmende Komplexität der Welt nun einmal nach hochqualifizierten Problemlösern verlangt. Jedoch ist dabei in den Hintergrund getreten, dass ‚Bildung‘ sich nicht im mühsamen und raschen Erwerb von Bildungszertifikaten erschöpft und die Arbeitsmarktchancen nicht individuell, sondern vor allem politisch ermöglicht werden müssen.³⁵ Zu der ersten, *strukturellen* Unsicherheit, die alle Jugendlichen betrifft, hat sich also nun eine zweite, eine *ideologische* Unsicherheit, gesellt.

2) Diese ideologische Unsicherheit hat keine verbindende, sondern eine tendenziell spaltende Wirkung, denn sie überwölbt und verzerrt die strukturelle Unsicherheit durch eine individualistische Umdeutung derselben. Diese zweite Unsicherheit betrifft die Frage, in welchem Maße man für seine Lage selbst verantwortlich ist. Während Vorgängergenerationen noch eher daran glauben konnten, dass man mit viel Fleiß nahezu alles erreichen kann, steht diese Behauptung zwar auch heute noch im Raum, sie scheitert aber immer öfter an der Erfahrung. Damit hat sich der soziale Graben zwischen bildungsbereiten und bildungsfernen Jugendlichen um eine ideologische Dimension erweitert.

Erst bilden wir uns etwas, dann bilden wir uns etwas ein.

/ Michael Richter /

Es ist seit langem bekannt, dass ein höheres Bildungsniveau zwar keine hinreichende, aber eine notwendige Bedingung für politisches Interesse und politische Aktivität ist.

Für eine Protestbereitschaft ist aber nicht minder entscheidend, ob man den möglichen Misserfolg und die Stagnation als ein strukturelles Problem begreift oder ob man sich persönlich für den Misserfolg verantwortlich macht. Je geringer das formale Bildungsniveau, desto größer scheint auch die Wahrscheinlichkeit, dass Jugendliche ihre Lage als persönliches Versagen deuten und keine politischen Handlungsmöglichkeiten und Zusammenhänge erkennen – oder aber die Schuld bei anderen Minderheiten oder Arbeitslosen suchen.³⁶

Diese Jugendlichen machen sich gleichwohl „längst Sorgen um ihre Zukunft“. ³⁷ Tendenziell nimmt die Anzahl derer zu, die glauben, „dass sie ganz für sich allein mit Leistungsdruck und Arbeitsmarktunsicherheit fertig werden müssten. [...] Sie sind also nicht politikverdrossen, ihnen ist oft nur nicht bewusst, dass ihre Probleme auch politische sind.“³⁸ Woher rührt dieses Denken aber? Mit dem Rekurs auf mangelnde Bildung jedenfalls lässt sich das nicht befriedigend erklären.

Eher scheint es sich um eine Ideologie zu handeln, die nicht nur unter den bildungsfernen Jugendlichen verbreitet ist, sondern alle Altersgruppen und Schichten umfasst. In nuce lautet sie: „Wer sich anstrengt, kann alles schaffen. Wer etwas nicht schafft, hat sich wohl nicht genug angestrengt.“ Einige Jugendsoziologen vermuten dahinter einen „neuen Zeitgeist des unternehmerischen Universalismus“, ³⁹ formale Logiker würden es nüchtern als Fehlschluss bezeichnen und beides zusammengefasst führt uns zum Begriff der Ideologie.

Für eine Ideologie ist gerade die „Verschränkung des Wahren und Unwahren“⁴⁰ charakteristisch, um es mit Adorno ganz schlicht zu halten.⁴¹ ‚Wahr‘ ist sicherlich, dass Bildung grundsätzlich gut und empfehlenswert ist. Bezieht man sich aber implizit auf einen sehr engen Bildungsbegriff und mutet sie allen Menschen gleichermaßen zu, ungeachtet ihrer sonstigen Qualitäten, dann überdehnt man diese wohlgemeinte Wahrheit, bis sie sich mit dem Unwahren verschränkt. Das Ergebnis ist nicht einfach wieder ‚falsch‘ oder ‚unwahr‘, sondern viel gefährlicher, weil subtiler.

Man lässt sich damit nämlich auf ein angstvolles Spiel mit der sozialen Exklusion ein: die von vornherein Exkludierten können nicht mitspielen, sind zwangsgeschleunigt und abgehängt; die anderen *müssen* mitspielen, weil die Angst vor der Exklusion zum starken Handlungsantrieb wird.

*Dabei-Sein oder Dabei-Bleiben,
das ist hier die Frage*

Im schlimmsten Fall erschöpft sich die Kraft und Zeit derer, die am ehesten etwas ändern könnten, im permanenten Desintegrationsvermeidungsverhalten. Man muss nach Optimierungsmöglichkeiten Ausschau halten, nicht mehr um etwas Großes zu verändern, sondern um den Status quo aufrechterhalten zu können. Gefährlich wird das Ganze, wenn die eigentlichen strukturellen Probleme verdeckt werden, die sich auch mit noch so viel Bildung nicht lösen lassen. Um die Grundsätzlichkeit der Problematik hervorzuheben, sei nochmals Rosa zitiert: „Wenn soziale Exklusion als Erfahrung von Missachtung zu subjektivem Leiden führt, dann lässt sich für die moderne Gesellschaft eine progressive *Dynamisierung* des Leidens an Exklusion konstatieren, die ohne Zweifel auf Seiten der nicht (oder *noch nicht*) Exkludierten Angst erzeugt und deshalb die Handlungsorientierungen der Subjekte entscheidend prägt. Denn die vormoderne Erfahrung des kategorischen Ausgeschlossenen-*Seins* (etwa in Form der Verweigerung bestimmter Rechte und Wertschätzungen aufgrund der Standeszugehörigkeit) wird in der Moderne ersetzt durch die stets präsente, angsterzeugende Möglichkeit des Ausgeschlossen-*Werdens* in Gestalt eines ‚Abgehängt-Werdens‘.“⁴²

Angst macht Sorgen machen Angst.
/ Manfred Hinrich /

Statistische Protestverhinderung

Es gibt aber noch einen statistischen Grund, warum sich die deutsche Jugend nicht erhebt. Es ist nämlich sehr schwierig einen Adressaten für mögliche Proteste zu finden. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in Deutschland im einstelligen Bereich. In Spanien oder Griechenland, wo die Jugendarbeitslosigkeit jenseits der 50 Prozent liegt, sind so viele junge Menschen betroffen und die Zahlen so enorm hoch, dass klar ist, dass es nicht nur an ihnen liegen kann. Bei unter zehn Prozent könnte man sehr wohl auf den Gedanken kommen, dass einige wenige schlichtweg versagt haben. Klaus Hurrelmann, der die Shell-Jugendstudien ausgewertet hat, kommt zum ähnlichen Ergebnis: „Wie die letzte Shell-Jugendstudie zeigt, sehen fast 20 Prozent der Jugendlichen in Deutschland keine Perspektive für sich. [...] Sie sehen die 80 Prozent ihrer Altersgenossen, die mehr oder weniger gut durchkommen, und weil sie sich selbst für den

Misserfolg mitverantwortlich fühlen, fehlt ihnen bei allem Unbehagen die Wut im Bauch.“⁴³ Bekanntlich verdanken sich die niedrigen Zahlen den befristeten Verträgen und Anstellungen, die mit sehr geringen Gehältern verbunden sind. Das Statistische Bundesamt selbst konstatierte bereits 2011 „eine generationsspezifische Aufspaltung des Arbeitsmarktes“. ⁴⁴ Sowohl beim direkten, wie auch beim indirekten Vergleich zwischen den Generationen treten Ungerechtigkeiten zutage, die vor allem die Jugendlichen betreffen. So besteht beispielsweise auch nach der Einführung des Mindestlohnes noch immer ein ‚Generational Pay Gap‘.⁴⁵

Verlassen wir Deutschland und wenden uns im Folgenden den zwei prominentesten Bewegungen der letzten Jahrzehnte zu, die unterschiedlicher nicht sein könnten, und fragen – die extremste Veränderung durch Protestbewegungen vor Augen – nach den ermöglichenden und verunmöglichenden Bedingungen für eine System-Opposition.

Von echten und neuen Demokraten: Occupy und Arabellions

Könnten die jungen Eliten von Occupy die soziale Kluft innerhalb ihrer Generation überwinden? Treten wir historisch einen kleinen Schritt zurück, an die Geburtsstätte der Globalisierungskritiker in den USA: Bei den globalisierungskritischen Protesten im Dezember des Jahres 1999 in Seattle, die vor allem wegen gewalttätiger Ausschreitungen als ‚Battle in Seattle‘ zweifelhaften Ruhm erlangten, fiel einigen bereits „als neues Element dieser Mobilisierung vor allem das niedrige Durchschnittsalter der Demonstranten auf, das Beobachter von einer neuen politischen Generation sprechen ließ“. ⁴⁶

Dennoch handelte es sich um eine protestologisch halbierte ‚politische Generation‘, denn zu einer gemeinsamen politischen Agenda kam es nicht, mit der sich eine kritische Masse hätte aktivieren lassen. Dies änderte sich auch in den Folgejahren kaum. Immer wieder überlagerten sich verschiedenste Motive, dann trat wieder Uneindeutigkeit an Stelle des geschlossenen Protests. Sieben Jahre nach dem Chaos in Seattle hieß es, die jungen Globalisierungskritiker hätten es „bisher [2006, Anmerkung des Verfassers] nicht geschafft, ihr Anliegen in den Aufmerksamkeitsfokus der Mehrheit der Jugendlichen zu rücken“, weil die meisten Jugendlichen der kapitalistischen Länder eher darauf bedacht seien, „ihr eigenes

Leben angesichts [...] der Unsicherheitserfahrungen vor dem Hintergrund der Krise der Arbeitsgesellschaft zu gestalten.“⁴⁷ Bei der Occupy-Bewegung 2011 schließlich war es wieder „in ihrer überwiegenden Mehrheit [...] die Gruppe der 18- bis 29-Jährigen“,⁴⁸ die den aktivistischen Glutkern stellte. Wenn zuvor das Problem tatsächlich darin bestand, zu wenig Leute mobilisiert zu haben, so wurde diese Schwäche nun geradezu überkompensiert, indem diesmal nicht nur alle Jugendlichen, sondern nahezu alle Menschen symbolisch vereinnahmt wurden, denen ein sehr kompakter, einprozentiger Gegner entgegen stehen sollte. Dankbar wurden die Worte des Star-Ökonomen Joseph Stiglitz aufgenommen und zum Symbol der ‚99 Prozent‘ verdichtet. Die meisten von ihnen verfügten typischerweise „über höhere Qualifikationen“, diese aber hätten „sich für ihre Besitzer zumeist als wertlos erwiesen.“⁴⁹

Konservative und progressive Demokraten

Die jugendlichen Agenten des Wandels eint also weniger eine antikapitalistische Ideologie, nicht der Kampf gegen globale Ungleichheit und finanzielle Fehlverteilungen, sondern vor allem eine tiefgreifende gemeinsame Erfahrung der Unsicherheit, die im Zuge des strukturellen Wandels die gesellschaftliche Mitte Nord-Amerikas erreichte.

Unter Demokratie verstehe ich, dass sie dem Schwächsten die gleichen Chancen einräumt wie dem Stärksten.

/ Mahatma Gandhi /

Eine Gemeinsamkeit liegt zweifelsohne in den sehr ähnlich beschaffenen Kohorten. Auch gründete sich Occupy unter dem Eindruck der Arabellions, die eine Art Erweckungserlebnis bei den baldigen Wallstreet-Besetzern auslöste. Generationsspezifisch ist aber vor allem auch die fehlende gesellschaftliche Perspektive und die Angst vor Desintegration. Das war es aber auch schon an Parallelen. Das Leben in prekären Verhältnissen war für Occupy und die Arabellions eine wichtige Voraussetzung, nur ergaben sich für die Akteure daraus völlig verschiedene Optionen und Konsequenzen. Die Occupier wollten das demokratische System durch die Besinnung auf basisdemokratische Werte revitalisieren, damit gutqualifizierte Menschen (d.h. sie selbst) eine Arbeit finden konnten. Eine demokratische

Grundlage war im Prinzip vorhanden, nur habe sie sich durch die gefährliche Liaison mit der unberechenbaren Finanzwelt von ihrem demokratischen Ursprung entfernt. In Tunesien hingegen, dem einzigen Land des Arabischen Frühlings, dessen revolutionäre Bestrebungen tatsächlich in einen Verfassungsstaat mündeten, war ein Schulterschluss von einfachen Arbeitern und prekarierten Ausgebildeten leichter, da beide Schichten gleichermaßen an dem unterdrückerischen Regime litten. Weil es sich bei den Adressaten in der arabischen Welt meist um diktatorische und kleptokratische Systeme handelte, deren Macht sich zudem in einer einzigen Figur ballte, konnte man sich recht schnell vorstellen, das ganze System zu kippen.

Im Falle von Occupy war die Lage ungleich schwieriger. Das ganze System zu ersetzen war aus strukturellen Gründen eigentlich keine echte Option und vor allem wegen der komplexen transnationalen Vernetzungen wenig aussichtsreich: „Die in den Diagnosen der Globalisierung [...] identifizierte neue Weltordnung ist daher nicht frei von Macht- und Herrschaftsverhältnissen, aber diese sind nicht mehr demokratisch legitimiert und politisch nicht mehr zurechenbar, sie erweisen sich aus der Sicht der individuellen und kollektiven Akteure als unkontrolliert, ungesteuert und unsteuerbar.“⁵⁰

Die arabischen Diktaturen hingegen waren in der Tat erst noch zugunsten der Demokratie ‚umzudrehen‘, weshalb man in ihrem Fall im wahrsten Sinne von einer Revolution sprechen kann. Ein hellhöriger Journalist des *Stern* meinte bei Occupy Wallstreet – etwas pathetisch, aber dadurch nicht unrichtig – den „Hilfeschrei einer vergessenen Jugend“⁵¹ herauszuhören. Was diesen ‚Hilfeschrei‘ seiner Meinung nach ausgerechnet in Amerika so spannend mache, sei „die kuriose Tatsache, dass er trotz aller Unterschiede ähnliche Wurzeln hat wie die Proteste in Spanien, in Israel, mit Abstrichen auch jene in Ägypten. Viele Amerikaner fühlen sich wirtschaftlich chancenlos und politisch machtlos.“⁵² Wie zu zeigen war, ist die Sache auf den zweiten Blick gar nicht mal so kurios, wenn man den ‚sozialen Wandel‘ und die ‚Globalisierung‘ in ihrer Entfesselung struktureller und temporaler Dynamiken ernst nimmt. Der Aufsatz des *Stern*-Journalisten trägt übrigens den Titel *Eine Frage der Gerechtigkeit* – aber ist es vielleicht auch eine Frage der *Generationengerechtigkeit*?

Nach uns die ... Nachwelt?

Protest für die Zukunft

In jedem Protest ist auch ein Bezug zur Zukunft angelegt. Entweder man protestiert, weil ein nicht-wünschenswerter Zustand sich bereits eingestellt hat oder weil man gewisse Zustände befürchtet, die sich aus gegebenen Entwicklungen ergeben könnten. Dieser antizipative Ausgriff auf die Zukunft ist auch das Bindeglied zur Generationengerechtigkeit. Die im Protest geäußerte Kritik richtet sich gegen all die Situationen, „in denen man das Opfer des riskanten Verhaltens anderer werden könnte.“⁵³

Von hier aus wird eine Gemeinsamkeit sichtbar zwischen den gesellschaftlich bereits Exkludierten und solchen, die befürchten, in Zukunft Ausgeschlossene zu werden. Das betrifft sowohl die ausgeschlossenen Jugendlichen in den französischen Vorstädten⁵⁴ wie auch die gutausgebildeten Akteure aller Protestbewegungen der letzten Jahre.⁵⁵ In ganz besonderer Weise gilt das für die jungen Menschen, bei denen der Zukunftsbezug gewissermaßen von Natur aus eingebaut ist und zwar schon allein deshalb, weil mehr ‚Leben‘ vor als hinter ihnen liegt: „Sie beurteilen intuitiv die politischen Verhältnisse danach, welche Zukunftschancen sie haben.“⁵⁶

Um Jugendbewegungen für Generationengerechtigkeit im genuinen Sinne aber handelt es sich nur dann, wenn eine junge Kerngruppe von Aktivisten sich für die *Ermöglichung* von Besserstellung oder Weiterentwicklung einer nachrückenden oder zukünftigen Generation einsetzt.⁵⁷ Dasjenige, was potentiell verbessert werden soll, ist nicht finanzielles, kulturelles oder sonstiges Kapital, sondern das axiologische Gut ‚Wohl‘.⁵⁸ Die ‚nachrückende Generation‘, das sind oft die jungen Aktivisten selbst. Sie kämpfen also dafür, dass es ihnen in der Zukunft möglich sein kann, ihre Bedürfnisse später mindestens im gleichen Maße befriedigen zu können, wie es den älteren Generationen gegenwärtig möglich ist (temporal-direkter Vergleich) oder möglich war, als sie jung waren (temporal-indirekter Vergleich). In diesem Sinne ist Harald Welzer Recht zu geben, wenn er sagt, es seien schlichtweg „alle sozialen Bewegungen immer auch Generationsprojekte: Das war bei der Anti-Atomkraftbewegung so und ist auch in der ‚Arabellion‘ der Fall.“⁵⁹ Das aber bedeutet nicht, dass es in allen Generationsprojekten auch um Generationengerechtigkeit gehen muss. Dafür braucht es den expliziten Bezug zum Wohlergehen zukünftiger Generationen.

Protest für Generationengerechtigkeit

Man könnte bei dem Aspekt der Antizipation einhakend danach fragen, wie weit sich der Erwartungshorizont bei allen bekannten Protestbewegungen im Allgemeinen in die Zukunft hineinreckt, deren Verdüsterung man befürchtet, und wie groß der Kreis der Betroffenen ist.

Es zeigt sich, dass von allen Bewegungen vor allem die junge Klimaschutzbewegung als *die* genuine Bewegung für Generationengerechtigkeit bezeichnet zu werden verdient. Bei allen anderen Bewegungen ist der Wille zur Veränderung auf die Gegenwart und die nächste Zukunft gerichtet. Man kämpft für eine ‚neue‘ Demokratie oder gegen die Finanzwirtschaft, weil man sich in der Gegenwart benachteiligt und ausgeschlossen fühlt. Aber kaum jemand argumentiert dabei ernsthaft, dass er seine Enkelkinder in einer basisdemokratisch verfassten Gesellschaft aufwachsen sehen will.

Auch die Klimaschützer arbeiten natürlich in diesem Sinne gegen die Zeit und wollen möglichst rasche Veränderungen. Das aber gerade deshalb, weil der anvisierte Fluchtpunkt der Klimabewegung in ungleich weiterer Zukunft liegt und damit auch das Bewusstsein dafür ungleich größer ist, dass nicht nur das Wohl der nachrückenden, sondern auch der fernzukünftigen Generationen zur Disposition steht. Der Weitläufigkeit des zeitlichen Erwartungshorizontes entspricht die maximale räumliche Ausdehnung auf den gesamten Planeten samt Bewohnern und atmosphärischer Umhüllung. Neben Raum und Zeit besteht nicht zuletzt auch eine kaum zu überbietende Grundsätzlichkeit und Asymmetrie in der thematischen Materie, denn angesichts eines lebensfeindlichen Klimas müssen auch alle politischen Bestrebungen das Nachsehen haben. Schließlich werden in einer überheizten Atmosphäre auch keine noch so ideale Demokratie und Wirtschaft gedeihen können.

Weltweit ist das Potential der jungen Menschen nicht zu unterschätzen. Während junge Europäer in demografischen Verzeichnissen als Schwundphänomen geführt werden, kehren sich die Verhältnisse auf globaler Sichtachse geradezu um. Über die Hälfte der Weltbevölkerung ist unter 35 Jahre alt und alle von ihnen sind in eine Welt hineingeboren worden, in der seit dem ersten Earth Overshoot Day im Dezember 1987 der Ressourcenverbrauch die Regenerationskapazitäten der Erde zunehmend übersteigt.

Alle sind der Meinung, man müsse den Gürtel enger schnallen, und dann fängt jeder an, am Gürtel des anderen herumzufummeln.

/ Helmut Kohl /

Unterhalb des massenmedialen Radars setzen sich junge Menschen auf allen Kontinenten für ein intaktes Klima ein. Der erstaunlich hohe internationale Vernetzungsgrad spiegelt die Größe der Aufgabe wider, weshalb Beobachter wie Daniel Boese mit einigem Recht davon sprechen, dass die Klimabewegung „nur die Vorhut einer globalen Generation“⁶⁰ sei.

Erstaunlich genug, dass es den jungen Aktivisten trotz des dramatischen Settings ihrer Aufgabe weitestgehend gelingt, einen hochfahrenden Ton und dieses rasselnd moralische Tremolo zu meiden, das Umweltbewegungen seit jeher begleitet. Im feinen Unterschied zu traditionellen Umweltbewegungen ist auch das Thema straffer gefasst: es geht ihnen nicht mehr zusätzlich noch um freie Liebe, Kapitalismuskritik, Artenschutz und sozialistische Utopien, sondern nur noch um den Klimawandel – soweit sich ein Thema dieses Formats überhaupt isolieren lässt.⁶¹ Der thematische Zugriff ist weniger idealistisch und kulturevolutionär, sondern betont pragmatisch: „Sie sind radikal wissenschaftlich, denn sie fordern [...], dass Politiker den Empfehlungen ihrer klügsten Wissenschaftler folgen und Kohlendioxid-Emissionen radikal senken.“⁶² Zu einer ‚professionellen Deformation‘ kommt es durch die Themenverengung anscheinend nicht, so dient etwa die „ökologisch motivierte Generationengerechtigkeit [...] [auch als] das zentrale Motiv in der Verteilungsgerechtigkeitsdebatte, an der die Akteure teilnehmen.“⁶³ Große und zeitraubende ideologische Debatten werden aber nicht mehr geführt, auch begibt man sich nicht erst auf die lange Suche nach Lösungen. Die Klimaschützer sind überzeugt: „Alle Lösungen für die Ökokrise sind längst gefunden.“⁶⁴ Von hier aus wird vielleicht auch verständlich, warum sie lieber abseits politischer Weltbühnen operieren: „Längst haben sich viele der zivilgesellschaftlichen Initiativen von den UN-Verhandlungen enttäuscht abgewandt und setzten sich auf lokaler Ebene für Klimagerechtigkeit, die Energiewende und eine nachhaltige Welt ein.“⁶⁵ Dies aber als Resignation oder eine Rückzugsbewegung zu werten, wäre verfrüht. Die Klimaschützer folgen keinem Alles-oder-nichts-Prinzip, weil lokales und globales Engagement für sie

keine Gegensätze sind, sondern einander bedingende Optionen. Deshalb verfolgen sie von vornherein eine zweigleisige Strategie. Die entscheidende Akzentverschiebung lässt sich an den veränderten Mottos heraushören, die nahelegen, dass nach über 40 Jahren hitziger Umweltdebatten sich mittlerweile genug brauchbare Denkansätze angesammelt haben und die besten Argumente und Lösungen schon lange im Umlauf sind, sodass nun alle Kraft auf die Umsetzung zu richten sei: während man noch in den 1990er Jahren zu sagen pflegte ‚Think global. Act local.‘, klingt der Spruch heute weit aus energischer: ‚Act! Global & Local!‘.⁶⁶

Anmerkungen

1 Rucht 1994: 76f.

2 Vgl. Rosa 2005: 401.

3 Rosa 2005: 184.

4 Vgl. Rucht 2001: 9.

5 Luhmann 1991: 135.

6 Luhmann 1991: 136.

7 Vgl. <https://www.bewegungsstiftung.de/bewegung.html>. Abruf am 11.10.2014.

8 Vgl. Kraushaar 2012: 11.

9 Vgl. Beitzer 2013: 70: „Die nach 1980 Geborenen haben sich nie als Teil einer Bewegung betrachtet. Sie vertrauen aus gutem Grund weder dem Markt noch einer politischen Ausrichtung. Sie vertrauen nur sich selbst.“ Gegen die Beschreibung als gesellschaftliche ‚Generation‘ vgl. Kerbusk (2014): 55.

10 Vgl. Schäfer/Witte 2007.

11 Rosa 2005: 441.

12 Beck/Beck-Gernsheim 2007: 69.

13 Sie drückt sich etwa in der Betonung der Gewaltfreiheit aus. Das unterscheidet sie bspw. von politischen Aktivisten um 1968/69, wo die Möglichkeit der Gewaltanwendung als durchaus ernsthafte Option diskutiert wurde (z.B. bei Marcuse, Dutschke). Occupy hingegen versteht sich explizit als „Vertreter der Gewaltfreiheit“ (Kraushaar 2012: 11). Ebenso ist die Gewaltfreiheit auch die „große Konstante der Klimabewegung.“ – „Denn eigentlich sind die Jugendlichen nicht wirklich radikal. Sondern sehr konservativ.“ (Boese 2011: 223 und 225).

14 Vgl. Mannheim 1928/29.

15 Rosa 2005: 239.

16 Rosa 2005: 240.

17 Mannheim 1928: 309.

18 Tremmel 2012: 40.

19 Friederichs 2008: o.S.

20 Vgl. Kraushaar 2008: 150-157.

21 Hensel et al. 2013: 295.

22 Hensel et al. 2013: 290.
 23 Vgl. Beitzer 2013: 135.
 24 Hensel et al. 2013: 288.
 25 Hensel et al. 2013: 288.
 26 Vgl. Warneken 1991.
 27 Vgl. Reißmann et al. 2012: 158.
 28 Scherr 2009: 64.
 29 Rosa 2005: 178.
 30 Vgl. Hurrelmann 2003.
 31 Rosa 2005: 189.
 32 Scherr 2014: 38.
 33 Rosa 2005: 240.
 34 Heitmeyer/Mansel/Olk 2011: 12.
 35 Vgl. Zitat von Klaus Hurrelmann: „Ob die Lebensphase Jugend wieder kürzer und straffer wird, hängt entscheidend damit zusammen, ob die Jungen wieder früher auf den Arbeitsmarkt kommen.“ (zitiert nach Schlieben 2010: o.S.).
 36 Die Jugendforscher stellen zwar eine stärkere Solidarisierung mit Ausländern und Migranten fest, zugleich aber und zwar vor allem bei den Jüngeren auch eine neue Tendenz zur Entsolidarisierung mit Arbeitslosen, die teilweise menschenverachtende Züge annimmt. Vgl. Heitmeyer/Groß/Krause 2011: 143.
 37 Vgl. Fadranski 2014: o.S.
 38 Vgl. Fadranski 2014: o.S.
 39 Heitmeyer/Groß/Krause 2011: 129.
 40 Adorno 1979: 465.
 41 Ich behaupte damit natürlich weder, dass es sich dabei um einen ‚totalen Verblendungszusammenhang‘, noch, dass es sich um ein ‚notwendiges falsches Bewusstsein‘ handelt. Ebenso wenig lege ich diesem Ideologie-Begriff irgendeine marxistischen Hintergrundannahmen zugrunde. Es handelt sich schlicht um eine Form der Rechtfertigung des Bestehenden, die die Realität überstrahlt: „Denn Ideologie ist Rechtfertigung.“ (Adorno 1979: 465).
 42 Rosa 2005: 482.
 43 Zitiert nach Kerstan/Schenk 2011: o.S. Vgl. auch: Heitmeyer/Mansel/Olk 2011: 12.
 44 Petropoulos 2011: o.S.
 45 Vgl. Gründinger 2015: o.S.
 46 Andretta et al. 2003: 24f.
 47 Schäfer et al. 2007: 224.
 48 Kraushaar 2012: 14.
 49 Kraushaar 2012: 14.
 50 Rosa 2005: 351.
 51 Güßgen 2011: o.S.
 52 Güßgen 2011: o.S.
 53 Luhmann 1991: 146.
 54 Der französische Soziologe Alain Touraine hat die Studenten- und Schülerproteste in Frankreich mit den Krawallen in den Banlieus in Beziehung gesetzt: „Die Im-

migrantenkinder und die Studenten verbindet das Gefühl von Diskriminierung und Exklusion. Die Vorstadtjugend steht längst außerhalb der Gesellschaft, während die Studenten fürchten, dass ihre Zukunft verbaut ist und sie morgen ebenfalls zu Ausgeschlossenen gemacht werden.“ (zitiert nach Mönninger 2007: o.S.).

55 Vgl. Kraushaar 2012: 207: „Sind die aus der ‚Mitte der Gesellschaft‘ stammenden Akteure nicht bereits dabei, selbst zu den Exkludierten zu gehören, zum ‚Prekariat‘ und damit zu den ‚Überflüssigen‘ der nächsten Zukunft?“. Selbst die älteren Protestierenden, die nach dem bösen Satz von George Bernard Shaw gefährlich seien, weil sie keine Angst vor der Zukunft hätten, beweisen gerade das Gegenteil und fühlen sich ebenfalls von der Zukunft bedroht: „Aber oft geht es den demonstrierenden Bürgern gar nicht um eine große umstürzlerische Alternative, um einen weiteren hochmodernen Zukunftsentwurf. Ihnen ist die Gegenwart schon viel zu sehr von Zukunft durchdrungen, da seit Jahren in immer kürzeren Abständen Innovationsbedarf angemeldet wird.“ (vgl. Franz 2013: 336).

56 Klaus Hurrelmann im Zeit-Interview mit Thomas Kerstan und Arnfrid Schenk (vgl. Kerstan/Schenk 2011: o.S.).

57 Tremmel 2012: 291.

58 Tremmel 2012: 291.

59 Welzer 2011: 10.

60 Boese 2011: 28.

61 Vgl. Boese 2011: 41.

62 Boese 2011: 17.

63 Thadden 2014: 20.

64 Thadden 2014: 20.

65 Brunnengräber 2014: 308.

66 Vgl. Boese 2011: 51.

Literaturverzeichnis

Adorno, Theodor W. (1979): Beitrag zur Ideologienlehre. In: Gesammelte Schriften. Bd. 8. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Andretta, Massimiliano / Della Porta, Donatella / Mosca, Lorenzo / Reiter, Herbert (2003): No Global – New Global. Identität und Strategien der Antiglobalisierungsbewegung. Frankfurt am Main: Campus.

Beck, Ulrich / Beck-Gernsheim, Elisabeth (2007): Generation global und die Falle des methodologischen Nationalismus. In: Villányi, Dirk / Witte, Matthias D. / Sander, Uwe (Hg.): Globale Jugend und Jugendkulturen. Aufwachsen im Zeitalter der Globalisierung. München: Beltz Juventa, 55-74.

Beitzer, Hannah (2013): Wir wollen nicht unsere Eltern wählen. Warum Politik heute anders funktioniert. Hamburg: Rowohlt Polaris.

Bewegungsstiftung. Anstöße für soziale Bewegungen: <http://www.bewegungsstiftung.de/bewegung.html>. Abruf am 11.10.2014.

Boese, Daniel (2011): Wir sind jung und brauchen die Welt. Wie die Generation Facebook den Planeten rettet. München: oekom-Verlag.

Brunnengräber, Achim (2014): Eine Weltbürgerbewegung ohne Realitätsbezug. Zum WBGU-Sondergutachten Klimaschutz als Weltbürgerbewegung“. In: GAIA, Jg. 23 (4). S. 306-308.

Bude, Heinz (25.08.2011): No future war gestern. Weltweit gehen die Jungen auf die Straße. Aber erleben wir eine neue 68er-Bewegung? In: Die Zeit (35/2011), o.S.

Fadranski, Jenny (13.09.2014): Wahl in Brandenburg: Nee, Politik ist doch total asozial. In: Zeit Online. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-09/brandenburg-wahl-jugendliche>. Abruf am 07.10.2014.

Friederichs, Hauke (09.12.2008): Die Wut der jungen Generation. In: Zeit Online. <http://www.zeit.de/online/2008/50/griechenland-ausschreitung>. Abruf am 10.10.2014.

Gründinger, Wolfgang (03.02.2015): Generational Pay Gap – späte Geburt heißt geringes Gehalt. In: Vorwärts. <http://www.vorwaerts.de/blog/generational-pay-gap-spaete-geburt-heisst-geringes-gehalt>. Abruf am 03.03.2015.

Güßgen, Florian (05.10.2011): Besetzt die Wall Street-Proteste: Eine Frage der Gerechtigkeit. In: Der Stern. <http://www.stern.de/politik/ausland/besetzt-die-wall-street-proteste-eine-frage-der-gerechtigkeit-1735284.html>. Abruf am 03.02.2015.

Heitmeyer, Wilhelm / Mansel, Jürgen / Olk, Thomas (2011): Individualisierung heute: Verdichtung und Vernichtung? In: Heitmeyer, Wilhelm / Mansel, Jürgen / Olk, Thomas (Hg.): Individualisierung von Jugend. Zwischen kreativer Innovation, Gerechtigkeitssuche und gesellschaftlichen Reaktionen. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 7-26.

Heitmeyer, Wilhelm / Groß, Eva / Krause, Daniela (2011): Jugend im politischen Generationenkontext. In: Heitmeyer, Wilhelm / Mansel, Jürgen / Olk, Thomas (Hg.): Individualisierung von Jugend. Zwischen kreativer Innovation, Gerechtigkeitssuche und gesellschaftlichen Reaktionen. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 128-147.

Hensel, Alexander / Klecha, Stephan / Schmitz, Christopher (2013): Vernetzt euch – das ist die einzige Waffe, die man hat. In: Walter, Franz / Marg, Stine / Geiges, Lars / Butzlaff, Felix (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen? Hamburg: Rowohlt, 267-301.

Hurrelmann, Klaus (2003): Der entstrukturierte Lebenslauf. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, Jg. 23 (2). S. 115-126.

Kerbusk, Simon (21.08.2014): Generation Y: Jetzt reicht's mal! In: Die Zeit (35/2014), o.S.

Kerstan, Thomas / Schenk, Arnfrid (01.09.2011): Jugendproteste: Keine Wut im Bauch. In: Die Zeit (36/2011).

Klimaschutzbewegung 350.org: <http://350.org/de/>. Abruf am 11.10.2014.

Kraushaar, Wolfgang (2012): Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung. Hamburg: Hamburger Edition.

Kraushaar, Wolfgang (2008): Achtundsechzig. Eine Bilanz. Berlin: Propyläen/Ullstein.

Luhmann, Niklas (1991): Soziologie des Risikos. Berlin/New York: de Gruyter.

Mannheim, Karl (1928/1929): Das Problem der Generationen. In: Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie, Jg. 7 (1928), S. 157-185 und (1929), S. 309-330.

Mönninger, Michael (15.02.2007): Mittelschicht: Generation ‚Non‘, in: Die Zeit (08/2007), o.S.

Petropoulos, Kostas (19.08.2011): Demografie: Die Jugendproteste verlangen Umbau der Arbeitsgesellschaft. In: Zeit Online. <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2011-08/jugend-europa-demografie-arbeitsmarkt>. Abruf am 10.10.2014.

Reißmann, Ole / Stöcker, Christian / Lischka, Konrad (2012): We are Anonymous. Die Maske des Protests: Wer sie sind, was sie antreibt, was sie wollen. München: Goldmann.

Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Rucht, Dieter (2001): Protest und Protestanalyse: Einleitende Bemerkungen. In: Rucht, Dieter (Hg.): Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Frankfurt: Campus, 7-27.

Rucht, Dieter (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Schäfer, Arne / Witte, Matthias D. (2007): Globaler Jugendprotest. In: Villányi, Dirk / Witte, Matthias D. / Sander, Uwe (Hg.): Globale Jugend und Jugendkulturen. Aufwachsen im Zeitalter der Globalisierung. München: Beltz Juventa, 213-232.

Scherr, Albert (2014): Jugend als soziale Kategorie. Oder: Warum Jugend keine Gruppe und auch kein soziales Problem ist. In: Groenemeyer, Axel / Hoffmann, Dagmar (Hg.): Jugend als soziales Problem – soziale Probleme der Jugend? Diagnosen, Diskurse und Herausforderungen. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 29-50.

Schlieben, Michael (30.12.2010): Shell-Jugendstudie 2010: Die Jugend wird wieder politischer. In: Zeit Online. <http://www.zeit.de/gesellschaft/generationen/2009-12/interview-hurrelmann-shellstudie-2010>. Abruf am 10.10.2014.

Schmilowski, Frank (2003): „Jugend und Politik. Politik(er)verdrossenheit vs. Jugendverdrossenheit. In: Generationengerechtigkeit! Wahlrecht ohne Altersgrenzen?, Nr. 3. S. 5-7.

Thadden, Elisabeth von (2014): Auf neuem Terrain. Wie lassen sich die ökologischen Akteure des Übergangs beschreiben? In: Thesenpapiere des Kolleg Postwachstumsgeellschaften, Januar 2014. <http://www.kolleg-postwachstum.de/sozwmmedia/dokumente/Thesenpapiere+und+Materialien/Essay+Thadden-p-263.pdf>. Abruf am 01.03.2015.

Tremmel, Jörg (2012): Eine Theorie der Generationengerechtigkeit. Münster: Mentis.

Villányi, Dirk (2007): No link, no future! Über die Zukunft globaler Jugend und Jugendforschung. In: Villányi, Dirk / Witte, Matthias D. / Sander, Uwe (Hg.): Globale Jugend und Jugendkulturen. Aufwachsen im Zeitalter der Globalisierung. München: Beltz Juventa, 397-406.

Walter, Franz (2013): Bürgerlichkeit und Protest. In: Walter, Franz / Marg, Stine / Geiges, Lars / Butzlaff, Felix (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen? Hamburg: Rowohlt, 301-337.

Warneken, Bernd Jürgen (Hg.) (1991): Massenmedium Straße. Zur Kulturgeschichte der Demonstration. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Welzer, Harald (2011): Vorwort. In: Boese, Daniel: Wir sind jung und brauchen die Welt. Wie die Generation Facebook den Planeten rettet. München: oekom-Verlag, 9-11.



Paul Schulmeister hat Philosophie, Neuere Deutsche Literatur und Psychologie in Freiburg im Breisgau und in Hagen auf Bachelor studiert. Seit 2013 ist er an der Humboldt-Universität zu Berlin im Masterstudiengang Philosophie eingeschrieben. Von 2012 bis 2014 war Paul Schulmeister Mitarbeiter der Heidelberger Akademie der Wissenschaften an der Nietzsche-Forschungsstelle in Freiburg. Derzeit ist er Stipendiat des Deutschlandstipendiums 2014-2015 der Humboldt-Universität. Seine Studienschwerpunkte liegen im Bereich der Natur- und Wissenschaftsphilosophie. Aktuell forscht Paul Schulmeister zum Konzept der Maschine und zu den Selbst- und Weltverhältnissen in der technologischen Zivilisation, insbesondere zum Verhältnis von Natürlichkeit und Künstlichkeit.

Kontakt Daten:
Paul Schulmeister
Beusselstraße 17
10553 Berlin
E-Mail: paul.schulmeister@gmx.de

Occupy als Jugendbewegung für Generationengerechtigkeit? Mediatisierte Aushandlungen des ‚Politischen‘ durch junge Menschen

von Dr. Miriam Stehling und Merle-Marie Kruse, M.A.

Zusammenfassung: Ausgehend von der Debatte um eine ‚Politikverdrossenheit‘ der Jugend diskutiert der Artikel, welche Bedeutung Generationengerechtigkeit bei den Occupy-Protesten zukommt. Vor dem Hintergrund eines erweiterten Begriffs des ‚Politischen‘ wird zum einen argumentiert, dass junge Menschen gegenwärtig in einen Bereich neuartiger Politikformen und Praktiken eingebunden sind, der eng mit der Omnipräsenz digitaler Medien verknüpft ist. Zum anderen wird herausgearbeitet, wie Medien bei den Occupy-Protesten genutzt werden, um Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit zu artikulieren.

Einleitung: Politik – für Jugendliche ein ‚No-Go‘?

Ob als ‚Generation Facebook‘, ‚Generation Praktikum‘ oder als ‚Generation Y‘ etikettiert¹ – die Jugend von heute gilt als medienaffin, aber politikverdrossen. Diese Auffassung ist seit geraumer Zeit in Deutschland weit verbreitet. Insbesondere in der medialen Öffentlichkeit, aber auch unter den älteren Generationen herrscht augenscheinlich Konsens darüber, dass junge Menschen heute kaum Interesse an Politik zeigen und Parteien, Wahlen und Bundestagsdebatten gleichgültig bis distanziert gegenüberstehen. Gelegentlich äußern sich auch Jugendliche selbst in ähnlicher Weise, wie dieses Statement einer 14-jährigen Teilnehmerin der Sinus-Jugendstudie von 2012 zeigt: „Politik ist No-Go [...]. Boah, Politik, nee, danke!“²

Wir möchten diese gesellschaftlich wie wissenschaftlich kontrovers geführte Debatte als Ausgangspunkt für diesen Beitrag nehmen und zeigen, welche spezifische Form die Occupy-Proteste in Deutschland und den USA besitzen und welche Implikationen dies auch für die Frage nach Generationengerechtigkeit hat.³ Konkret geht es um die Frage, wie bei den Occupy-Protesten Medien von den Beteiligten genutzt werden, um Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit zu artikulieren und wie

junge Menschen über Medien an diesen Protesten teilhaben.

Dabei gilt es aus unserer Sicht, das in Untersuchungen zu Jugendlichen und ihren politischen Orientierungen immer noch vorherrschende enge, institutionenzentrierte Politikverständnis um einen Begriff des ‚Politischen‘ zu erweitern. Mit dem Begriff des ‚Politischen‘ wird anerkannt, dass Jugendliche gegenwärtig in einen weitläufigen und komplexen Bereich neuartiger Politikformen und Praktiken eingebunden sind, der zudem eng mit der Omnipräsenz digitaler Medien in ihren alltäglichen Lebenswelten verknüpft ist.⁴

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Zunächst werden aktuelle Positionen und Herausforderungen zum Themenfeld „Jugendliche – Politik – digitale Medien“ erläutert und es wird herausgestellt, warum ein erweiterter Begriff des ‚Politischen‘ sinnvoll ist, um Aushandlungen von ‚Politik‘ durch junge Menschen zu fassen, die nicht nur auf institutionalisierter Ebene stattfinden, sondern auch im mediatisierten⁵ Alltag jugendlicher. Daran anschließend wird diskutiert, inwiefern Occupy als eine Jugendbewegung bzw. als ein Jugendprotest gekennzeichnet werden kann und es werden Ergebnisse der Analyse verschiedener (mediatisierter) Formen der Occupy-Proteste präsentiert. Am Ende des Beitrags werden Handlungsempfehlungen zur Förderung von und der Forderung nach Generationengerechtigkeit formuliert.

Jugendliche, digitale Medien und das ‚Politische‘

Auseinandersetzungen mit Jugendlichen, digitalen Medien und Aspekten des ‚Politischen‘ haben gegenwärtig nicht nur in der Jugendforschung, sondern disziplinübergreifend Konjunktur. Während weitestgehend Einigkeit darüber herrscht, dass sich die Beziehungen dieser drei Elemente in einem grundlegenden Wandel befinden, wird kontrovers verhandelt, in welchem Maße diese Wandlungsprozesse demokrati-

sche Beteiligung und politisches Engagement bereichern – oder sogar verhindern.

Bezüglich des *Verhältnisses von Jugendlichen und Politik* wird einerseits eine allgemeine Politikverdrossenheit unter jungen Menschen behauptet.⁶ Andererseits wird hervorgehoben, dass nicht von einem generellen Desinteresse an Politik die Rede sein kann, sondern dass sich außerhalb der Grenzen institutioneller Parteipolitik neuartige Politikformen entwickeln, die eng mit den alltäglichen Lebens- und Medienwelten jugendlicher verschränkt sind.⁷

Hinsichtlich der *Relation von Politik und digitalen Medien* sind die Einschätzungen ähnlich gespalten: Einerseits wird behauptet, dass mit der Ausdifferenzierung und Veralltäglichung der ‚neuen‘ digitalen Medien kein fundamentaler Wandel von politischem Engagement einherginge. So ist beispielsweise kritisch von ‚Slackivism‘, der bloßen Illusion von Partizipation oder von einer ‚Klick-Demokratie‘ die Rede.⁸ Andererseits werden grundlegend neuartige Politikformen wie E-Democracy und politische Teilhabe im Netz hervorgehoben, für die das Internet von elementarer Bedeutung ist.⁹ Schließlich konkurrieren bezüglich des *Zusammenhangs von Jugendlichen und digitalen Medien* wiederum zwei konträre Deutungsweisen miteinander. Auf der einen Seite steht das Argument, die Allgegenwart mobiler, digitaler Medien in den Lebenswelten junger Menschen führe zu einer Dominanz von Unterhaltung und der Ablenkung von ‚sinnvoller‘ gesellschaftlicher oder politischer Teilhabe.¹⁰ Auf der anderen Seite legen Konzepte wie ‚Digital Natives‘ oder ‚Generation Facebook‘ häufig die Vorstellung nahe, Jugendliche könnten wie von selbst virtuos und kompetent mit digitalen Medien umgehen und würden diese quasi natürlicherweise für politische Involvierung nutzen.¹¹

Alltag und Zivilgesellschaft als Felder des ‚Politischen‘

Die Frage nach dem Verhältnis von Jugend-

lichen, Politik und digitalen Medien wird gegenwärtig also ambivalent verhandelt. Ungeachtet der unterschiedlichen Positionen liegt einem Großteil der Forschung in diesem Themenfeld ein ‚traditionelles‘ Politikverständnis zu Grunde, das auf institutionalisierte Politik im Sinne einer Beteiligung in politischen Institutionen oder das Handeln vor dem Hintergrund explizit politischer Intentionen bzw. Motive fokussiert. Damit wird ‚Politik‘ als etwas konstruiert, das vermeintlich wenig mit den Lebenswelten, dem Alltag und der Kultur junger Menschen zu tun hat. Dies hat zur Folge, dass Formen des Engagements und der Beschäftigung mit gesellschaftlichen Verhältnissen und Kontroversen, die sich außerhalb der Grenzen institutionalisierter Politik abspielen, aus dem Blick geraten.¹² Um diesen Aspekten mehr Beachtung zukommen zu lassen, knüpfen wir an ein Verständnis des ‚Politischen‘ an, das auf aktuelle Diskussionen und kritische Ansätze innerhalb der Politischen Theorie, der Citizenship Studies und der British Cultural Studies zurückgeht. Im Anschluss u.a. an Antonio Gramsci, Michel Foucault und Chantal Mouffe konturieren diese Diskussionsstränge das ‚Politische‘ als gesellschaftlichen Widerstreit, als Prozesse der Produktion, Reartikulation und Transformation sozialer Ordnung, legitimer Weltansichten und gesellschaftlicher Machtverhältnisse, die nicht nur auf dem Feld ‚traditioneller‘ Politik stattfinden, sondern auch auf den Feldern von Zivilgesellschaft und Alltagskultur ausgefochten werden.¹³

Widerstand kommt aus Empörung.
/ Stéphane Hessel in „Empört Euch!“ /

Vor dem Hintergrund eines so konturierten Verständnisses des ‚Politischen‘ werden in den folgenden Abschnitten die Occupy-Proteste genauer in den Blick genommen.

Wer sind die 99 Prozent? Beteiligte an Occupy

In diesem Abschnitt soll zunächst geklärt werden, wer eigentlich die Menschen sind, die sich an den Occupy-Protesten beteiligen. Es zeigt sich, dass bei den Occupy-Protesten überproportional viele junge Menschen mit hoher Qualifikation, allerdings in prekären Beschäftigungen, beteiligt sind.¹⁴ Die größte Gruppe der Teilnehmenden befindet sich in einem Alter zwischen 26 und 35 Jahren, während die Occupy-Proteste im Bereich der Älteren eher wenig Aktive verzeichnen.¹⁵

Fast 70 Prozent der Teilnehmenden an den Occupy-Protesten haben ein Hochschulstudium begonnen und knapp 50 Prozent sind erwerbstätig.¹⁶ Bei Occupy in Deutschland sind überproportional viele Beteiligte atypisch beschäftigt.¹⁷ Nur ca. 40 Prozent der Erwerbstätigen, die an Occupy beteiligt sind, befinden sich in einem klassischen Normalarbeitsverhältnis; der Rest ist entweder selbstständig bzw. freiberuflich oder atypisch beschäftigt.¹⁸ Wie die Studie von Brinkmann/Nachtwey/Décieux außerdem zeigt, bestimmt sich Prekarität vor allem über den Lohn der Erwerbsarbeit und nicht zwangsläufig über die Arbeitsplatzsicherheit.¹⁹ Die Unzufriedenheit besteht vor allem darin, dass der jeweilige Lohn als nicht angemessen im Vergleich zur jeweiligen Qualifikation gesehen wird.²⁰ Interessant ist außerdem die Tatsache, dass ca. ein Drittel der an den Occupy-Camps Beteiligten zuvor nicht politisch aktiv im klassischen Sinne war.²¹

Occupy – eine Jugendbewegung?

Hinsichtlich dieser Zahlen ist es nun interessant zu fragen, inwiefern Occupy als eine Jugendbewegung bzw. als ein Jugendprotest bezeichnet werden kann.²² In Anlehnung an Roth/Rucht kann die Frage, ob Occupy eine Jugendbewegung ist, nicht eindeutig beantwortet werden.²³ Zum einen ist jugendlichen Protestbewegungen nach den beiden Autoren gemeinsam, dass sie den Anspruch erheben, Geschichte selbst zu gestalten, jedoch oft Kritik an ihren Aktionsformen geübt und somit die Frage gestellt wird, ob es sich überhaupt um eine Protestbewegung handelt.²⁴ Dies ist unseres Erachtens gerade im Hinblick auf die Camps und die aktive Nutzung von digitalen Medien bei Occupy zutreffend. Zum anderen kann man eine enge Verbindung von Jugendlichen und sozialem Protest herstellen, wenn man betrachtet, dass bei dem Großteil aller zeitgenössischer sozialen Bewegungen die aktionsbereite Kerngruppe meist von Personen gebildet wird, die sich in einem weit gefassten Jugendalter (bis ca. 30 Jahre) befinden. Nach Roth/Rucht sind in diesem Sinne also die meisten sozialen Bewegungen Jugendbewegungen, und auch Occupy kann als solche interpretiert werden.²⁵

**Wenn die Welt eine Bank wäre,
hätten wir sie längst gerettet.**
/ Occupy Together /

Offen bleibt dabei allerdings, ob und inwie-

weit sich die Altersstruktur der Beteiligten auf die Prägung von Protesten durchschlägt und ihnen einen spezifischen Stempel aufdrückt. In Anlehnung an Roth/Rucht kann an dieser Stelle jedenfalls konstatiert werden, dass auch Jugendbewegungen bzw. Jugendproteste permanenten Veränderungsprozessen ausgesetzt sind und dass ihnen ein Moment von Unberechenbarkeit eigen ist, das zwischen „spielerischer Selbsterprobung und politischer Botschaft“ schwankt.²⁶ Genau dieses Moment ist unseres Erachtens auch bei Occupy zu spüren.

Die Occupy-Proteste als Ausdruck der Lebenssituation junger Menschen

Die Occupy-Proteste sind in unseren Augen vor allem Ausdruck der aktuellen Lebenssituation junger Menschen. Eine Ernüchterung über Zukunftschancen der nachwachsenden Generation ist eingetreten, weil Jugendliche nicht mehr mit den Lebenschancen und sozialen Sicherheiten ihrer Eltern rechnen können.²⁷ Es besteht eine zunehmende Unsicherheit der Jugend allgemein und ein Frust der Jugend über die „einseitige Aufkündigung des Generationenvertrags“.²⁸ Die Jugend erlebt soziale Benachteiligung und Ausgrenzungserfahrungen und teilt das Gefühl, nicht gebraucht und nicht gewünscht zu werden. Dies führt nach Roth/Rucht zu einer besonderen Generationenlagerung.²⁹ Diese Diagnose, obwohl sie bereits im Jahr 2000 von Roth/Rucht getroffen wurde, scheint seit dem Jahr 2011 die Grundlage für die Occupy-Proteste in verschiedenen Ländern der Welt zu bilden. Und auch wenn Occupy das Thema Generationengerechtigkeit nicht direkt anspricht, kann die Frustration und Wut über soziale Ungleichheit durchaus auch als ein Thema der Generationen interpretiert werden.

Festhalten kann man weiter, dass Jugendliche im Kontext neuer Proteste oder sozialer Bewegungen häufig Netzwerke und Aktionsformen nutzen, die ihrem Lebensstil entsprechen.³⁰ Dies zeigt sich bei Occupy u.a. durch die starke Nutzung digitaler Medien und sozialer Netzwerke wie Twitter, Facebook, usw. Dennoch ist Occupy vor allem durch eine Mischung der Nutzung digitaler Medien und der Präsenz an öffentlichen Plätzen gekennzeichnet, die wiederum zu einer erstaunlich hohen Reichweite und hohen Inklusionsraten insbesondere junger Menschen führt. Unsere These ist schlussfolgernd, dass die Form der Occupy-Proteste, d.h. sowohl on- als auch offline, aber auch die Missstände, die von Occupy

adressiert werden, anschlussfähig an die Lebenswelten von jungen Menschen sind. Im Gegensatz zur Lebenswelt der sogenannten ‚Babyboomer‘-Generation³¹, die in Deutschland weniger von Armut und Prekarisierung betroffen ist, scheint Occupy also insbesondere eine junge Generation – ausgestattet mit hoher formaler Bildung und sehr guten Medienkompetenzen, aber in prekären Lebensbedingungen – anzusprechen.

Occupy als mediatisierter Protest im Kampf um soziale Gerechtigkeit

Die Occupy-Proteste sind als *mediatisierte* Proteste zu kennzeichnen, da sie erstens durch eine länder- und kulturübergreifende Vernetzung insbesondere durch Medien und den Einsatz visueller Kommunikationsformen gekennzeichnet sind, und zweitens weil sie zahlreiche Möglichkeiten zur Partizipation auch über Medien bieten.³² Bei den Occupy-Protesten spielen verschiedene mediatisierte Praktiken eine wichtige Rolle. Dies sind u.a. bekannte Praktiken der Verbreitung von Informationen, z.B. über das Hashtag #occupy auf Twitter oder über Seiten des sozialen Netzwerks Facebook, aber auch weniger verbreitete Praktiken des geografischen Mapping³³ oder der Persiflage³⁴. Interessant ist hierbei aber auch, dass die Ausweitung der Occupy-Proteste nicht allein auf digitalen Medien basiert, sondern dass Occupy seinen Ursprung in der Verbreitung einer printmedialen Werbeanzeige im Magazin Adbusters nahm.³⁵ Auch basieren die Occupy-Proteste auf dem weltweit verbreiteten Slogan „We Are The 99 Percent“, der über Länder- und Kulturgrenzen hinweg geteilt und teils lokalisiert wurde. Die verschiedenen Occupy-Proteste einzelner Länder arbeiteten dabei vor allem mit verschiedenen visuellen Medien, wie Plakaten und Postern, Fotos, über die einzelne Personen ihre jeweilige Geschichte visuell inszenieren, und Videos.³⁶

#occupywallstreet:
Are you ready for a Tahrir moment?
/ Adbusters Magazine /

Dabei wird deutlich, dass es nicht den *einen* Occupy-Protest oder die *eine* Occupy-Bewegung gibt, sondern dass verschiedene Proteste – oft medial vermittelt, aber auch non-medial über Straßenproteste, Camps, Aktionen, etc. – in verschiedenen Städten und Regionen der Welt in unterschiedlichen Ausprägungen existieren, die die Grundideen von Occupy teilen. Wie beispielsweise

Kraushaar zeigt, haben die Proteste des ‚Arabischen Frühlings‘, der ‚Indignados‘ und ‚Occupy Wall Street‘ aber vor allem eines gemeinsam: Obwohl die Akteure oft sehr gut ausgebildet und weder verarmt noch verelendet sind, obwohl sie jung, internetaffin und qualifiziert sind, sehen sich die Mitglieder dieser Generation einer Perspektivlosigkeit gegenüber, die mit einer durchdringenden Prekarisierung einhergeht.³⁷

(Mediatisierte) Forderungen von Occupy und die Adressierung von Generationengerechtigkeit

Im Folgenden wird nun thematisiert, welche gesellschaftlichen Missstände Occupy adressiert und welche Forderungen gestellt werden, über welche Medien dies getan und wie ggf. auch das Thema Generationengerechtigkeit adressiert wird. Dazu wurde eine qualitative Analyse verschiedener medialer Daten durchgeführt. Insbesondere sind für diesen Beitrag folgende Quellen analysiert worden: 1) die Webseite occupydeutschland.de, 2) der Tumblr-Blog „We Are The 99 Percent“ und 3) die Webseite des Blockupy-Bündnisses blockupy.org. Zusätzlich wurden ausgewählte (online erschienene) Artikel aus überregionalen Tageszeitungen in Deutschland in die Analyse einbezogen. Im Folgenden werden exemplarisch einige Befunde präsentiert.

Auf der Webseite von Occupy Deutschland finden sich verschiedene Texte zu den Ausgangspunkten und Forderungen von Occupy.³⁸ Die Aktivisten von Occupy Deutschland artikulieren hier vor allem Kritik an der Regierung und dem zeitgenössischen Wirtschaftssystem und sehen diese sogar als „Hindernis für menschlichen Fortschritt“. Sie kritisieren weiter die Ungleichheit, die Menschen in arm und reich spaltet, die Fokussierung auf Wirtschaftlichkeit und die Verschwendung von Ressourcen, die zu Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit führten. Im Anschluss daran wird auf der Webseite von Occupy Deutschland die Forderung nach „Gleichheit, Fortschritt, Solidarität, kulturelle Freiheit, Nachhaltigkeit und Entwicklung, sowie das Wohl und Glück der Menschen“ artikuliert.⁴⁰ Auf einem Flyer wird dabei auch die Frage gestellt, wie man sich eine gute Gesellschaft und das Zusammenleben in einer Gemeinschaft vorstellt.⁴¹ Dabei fällt auf, dass Occupy Deutschland Menschen direkt anspricht und dabei das „Du“ benutzt, um so eine Gemeinschaft herzustellen, die eine junge Zielgruppe erreichen soll.

Die Texte von Occupy Deutschland lassen allerdings nicht auf eine *direkte* Forderung nach Generationengerechtigkeit schließen. Das heißt, dass der Begriff ‚Generationengerechtigkeit‘ in den Occupy-Materialien nicht genutzt wird, sehr wohl aber Forderungen nach Solidarität und Nachhaltigkeit artikuliert werden, die auch in der Debatte um Generationengerechtigkeit eine Rolle spielen.⁴²

Mediatisierter Protest: „We Are The 99 Percent“

Sätze wie „Ich weiß, dass wir es gemeinsam schaffen können“ stehen paradigmatisch für den ‚Geist‘ von Occupy.⁴³ Dieser ‚Geist‘ zielt insbesondere auf die Inklusion einer breiten Masse der Gesellschaft ab, nämlich der sogenannten 99 Prozent. Um dies zu erreichen, setzen alle Occupy-Proteste digitale Medienplattformen wie Facebook, Twitter und Blogs ein, über die Menschen, die selbst nicht am Straßenprotest teilnehmen, Teil von Occupy werden können. Im US-amerikanischen Kontext spielte neben dem Twitter-Hashtag #occupywallstreet, über das zu den Protesten an der New Yorker Wall Street aufgerufen wurde, der Tumblr-Blog „We Are The 99 Percent“ für die Occupy Wall Street-Bewegung eine wichtige Rolle. Mit dem Slogan „We don’t claim to speak for anyone, we merely present stories“ zielt der Blog auf die Repräsentation von persönlichen Geschichten der sogenannten 99 Prozent ab.⁴⁴ An den folgenden Bildern erkennt man, dass Menschen den Blog nutzen, um ihre eigene, teils sehr persönliche Geschichte zu erzählen. Wie sich exemplarisch an dem folgenden Bild zeigt, präsentieren junge Menschen auf dem Blog ihre prekären Lebensbedingungen in spezifischer Form. In Abbildung 1 zeigt sich eine junge Studentin in den USA mit einem beschriebenen Blatt Papier, auf dem sie „ihre Geschichte“ präsentiert. Die prekäre Lage junger Menschen ist in den USA vor allem geprägt durch hohe Studiengebühren und den Druck, auch neben dem Studium eine Vollzeitbeschäftigung z.B. als Kellnerin auszuüben, um den Lebensunterhalt zu finanzieren. In der Geschichte der jungen Studentin wird auch der Frust junger Menschen deutlich, eine Beschäftigung ausüben zu müssen, für die sie eigentlich überqualifiziert sind. Frust und Unzufriedenheit wird in diesem Beispiel anhand eines sarkastischen Untertons besonders deutlich, wenn geschrieben steht: „I enjoy when people talk to me like an idiot because you got the wrong cheese on your burger. I know

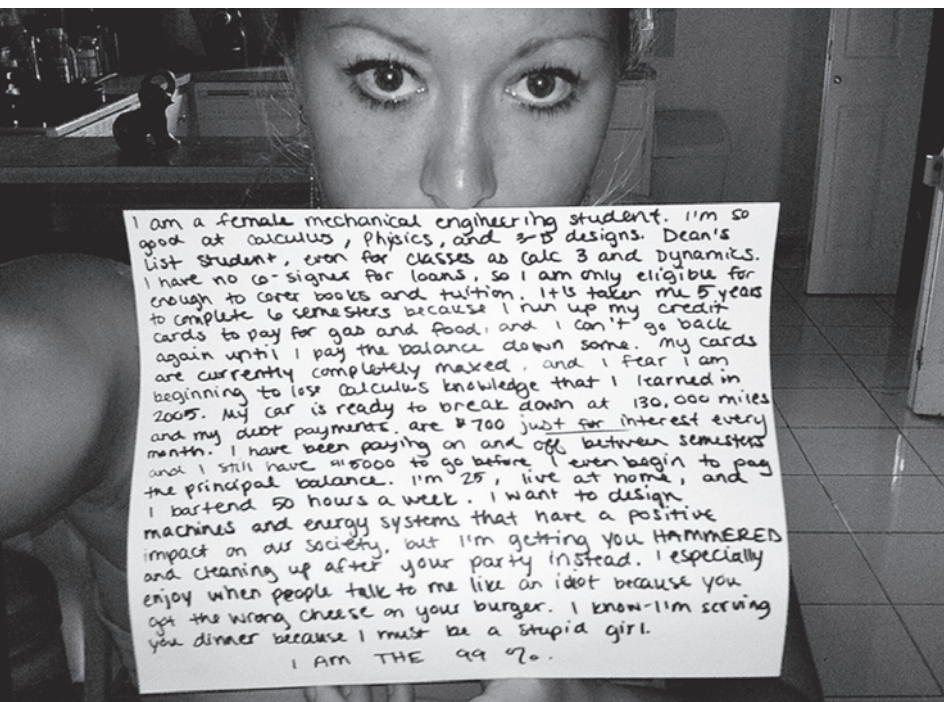


Abbildung 1: Geschichte der jungen Studentin.

Quelle: <http://wearethe99percent.tumblr.com/image/32595023918>.

– I'm serving you dinner because I must be a stupid girl.“ (vgl. Abbildung 1).

Die auf dem Blog repräsentierten personalisierten Geschichten, die über ein Foto mit einem beschriebenen Blatt Papier vor dem Gesicht oder Körper erzählt werden, stellen eine spezifische Form des mediatisierten Protests von Occupy dar. Es scheint, als ob sich gerade junge Menschen von dieser

Form des Protests angesprochen fühlen und sich auch gerade deshalb solidarisieren und Occupy unterstützen, weil sie sich in ähnlich prekären Lebensbedingungen befinden. Allerdings ist interessant, dass auf dem Tumblr-Blog, an dem sich hauptsächlich US-Bürger beteiligten, auch zahlreiche Geschichten von Menschen älterer Generationen repräsentiert sind. Das Beispiel in Abbildung 2 zeigt, dass sich ältere Menschen

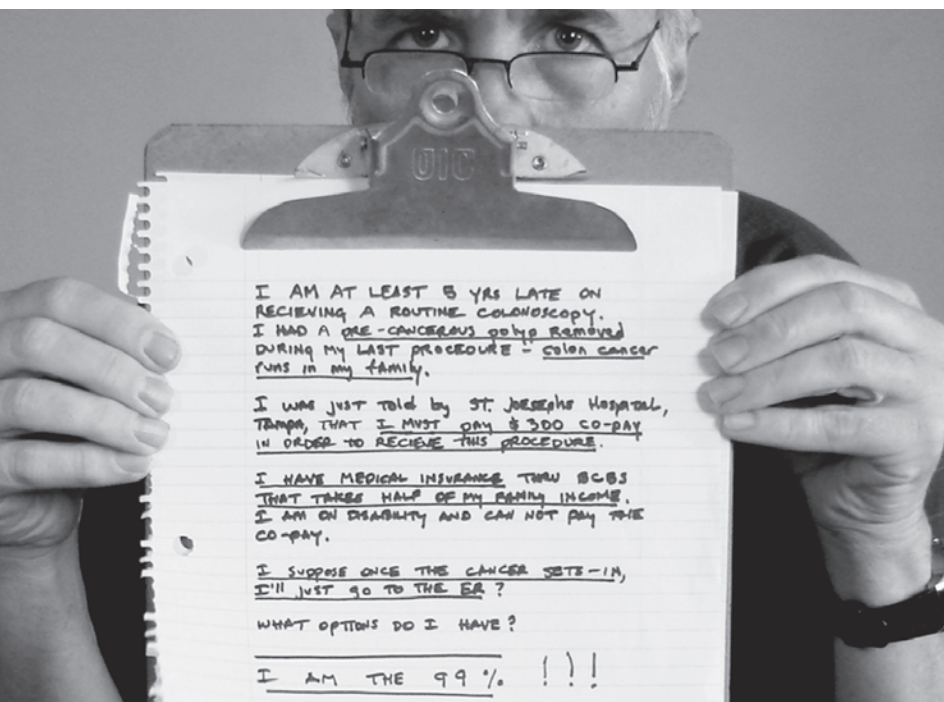


Abbildung 2: Geschichte des älteren Mannes. Quelle:

<http://wearethe99percent.tumblr.com/image/42061640517>.

in den USA von Occupy angesprochen fühlen, weil sie unter ähnlich ausweglosen und prekären Bedingungen leben wie junge Menschen. Ein älterer Mann stellt hier die Bedingungen dar, unter denen er krankenversichert ist und die ihn daran hindern, eine Vorstufe von Krebs behandeln zu lassen, bevor sich dieser weiterentwickelt.

Kontextualisierungen der Occupy-Proteste

Beide hier aufgezeigten Geschichten scheinen spezifisch für die USA, wo andere kontextuelle Bedingungen des Bildungs- und Gesundheitssystems vorherrschen als in Deutschland. Eine höhere Beteiligung von älteren Personen an Occupy in den USA als in Deutschland kann also auch durch die unterschiedlichen Lebensbedingungen der älteren Generation in beiden Ländern erklärt werden. Wie Blasberg aufzeigt, hat die ‚Babyboomer-Generation‘ in Deutschland sämtlichen Reichtum konzentriert.⁴⁵ Die Einkommen der über 50-Jährigen steigen kontinuierlich, während die Einstiegsgehälter für junge Menschen sinken oder stagnieren. 50- bis 60-jährige Arbeitnehmer verdienen rund fünfzig Prozent mehr als ihre 20- bis 30-jährigen Kolleginnen und es gibt viermal so viele befristet Beschäftigte unter den Jüngeren. Dies zeigt eine soziale Ungerechtigkeit zwischen den Generationen auf, die scheinbar dazu führt, dass sich die ältere Generation in Deutschland, die in sicheren Arbeits- und Einkommensverhältnissen lebt, nur in Ausnahmefällen den Occupy-Protesten anschließt. Eine solche abgesicherte Generation ist in den USA nicht (mehr) präsent, weshalb sich in den USA scheinbar auch Menschen älterer Generationen mit Occupy identifizieren können.

Hey, Wall Street! Are you so blind
that you cannot see? We are the 99%.
/ Occupy Together /

Festzuhalten ist, dass das vereinnahmende Moment von Occupy in dem Teilen von prekären und perspektivlosen Arbeits- und Lebensbedingungen liegt. Dieses Moment kann auch über Generationen hinweg bestehen, allerdings wird dies von den verschiedenen Occupy-Protesten nicht explizit adressiert. Vielmehr zeigt sich in der Analyse, dass sich Occupy-Bündnisse entweder auf sehr allgemeine Art und Weise an Menschen richten und ihre Ansprache eben auf die sogenannten 99 Prozent zielt, oder im Falle von Blockupy eine Solidarität zwischen

den europäischen Ländern („Solidarity Beyond Borders“) gefordert und aktiv gefördert wird.⁴⁶

Die öffentliche Wahrnehmung der Occupy-Proteste und die Frage nach ‚Erfolg‘

Wie sich also zeigt, möchte Occupy gesellschaftliche Veränderungen anregen, die zu mehr Demokratie, Gleichheit und Solidarität führen. Die Botschaften bleiben jedoch stets sehr allgemein, was beispielsweise auch bedeutet, dass der Aspekt von *Generationengerechtigkeit* nicht explizit von Occupy adressiert wird. Das Dilemma besteht nun darin, dass allgemein gehaltene Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit zwar von vielen Menschen geteilt und sie so für den Protest mobilisiert werden können, dies jedoch im Gegenzug dazu führt, dass der Protest oft punktuell bleibt und keine nachhaltigen gesellschaftlichen Veränderungen herbeiführen kann. Narrative wie z.B. der Slogan der 99 Prozent können leicht Grenzen überschreiten und werden von vielen Menschen, die unterschiedliche Positionen in der Gesellschaft einnehmen, geteilt. Solche Globalisierungs- und ‚Branding‘-Prozesse können jedoch auch zu einer Depolitisierung von Protest beitragen, in dessen Rahmen den Protesten oft das Potenzial für gesellschaftliche und/oder politische Veränderungen abgesprochen wird.

Bei solchen Prozessen und der öffentlichen Wahrnehmung von Protest spielt auch die Presseberichterstattung eine entscheidende Rolle. Dass diese im Fall von Occupy einem Wandel unterlegen ist, zeigt sich exemplarisch an der Berichterstattung überregionaler Tagungszeitungen in Deutschland.⁴⁷ Die *Süddeutsche Zeitung* prämierte den Slogan der 99 Prozent und die Praxis des Tumblr-Blogs, sich selbst mit einem Blatt Papier vor dem Gesicht auf dem Blog zu präsentieren, im Jahr 2011 als eines der besten Memes.⁴⁸ Ein Jahr später fragte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* bereits, was aus Occupy geworden sei und kommentierte kritisch: „Erst redeten sie über Kapitalismus, später vor allem über sich selbst.“⁴⁹ Dieses Beispiel zeigt exemplarisch, dass für den ‚Erfolg‘ eines Protests nicht nur Sichtbarkeit (meist durch Aufmerksamkeit und Präsenz in den Massenmedien erzeugt) eine wichtige Rolle spielt, sondern auch Zustimmung und das Hervorbringen konkreter Veränderungen. Solche Zuschreibungen von Depolitisierung und auch die Kritik an der *Form* der Proteste von Occupy können vor dem Hinter-

grund der Betrachtung von Occupy als Jugendbewegung bzw. Jugendprotest als eine Problematik von jugendspezifischen Bewegungen gelesen werden.

Eine echte Demokratie braucht eine unabhängige Presse.
/ Stéphane Hessel in „Empört Euch!“ /

Zusammenfassend möchten wir argumentieren, dass sich angesichts der hier aufgezeigten Prozesse der Mediatisierung von Protest eine neue ‚Generation‘ von Protestierenden und politisch Involvierten entwickelt, die geprägt ist durch die kompetente und auch kritische Nutzung von Medien sowie die spezifischen Lebensbedingungen, die durch zunehmende berufliche Unsicherheit beeinflusst werden. Zugleich haben wir zeigen können, dass Jugendliche und junge Menschen keineswegs ‚politikverdrossen‘ oder desinteressiert sind. Ausschlaggebend scheint für uns – und das zeigt sich an der hohen Beteiligung an Occupy, auch von zuvor nicht politisch aktiven Menschen – die Anschlussfähigkeit des Protests an die Lebensbedingungen der Menschen im Alltag.

Fazit: Handlungsempfehlungen zur Förderung von und Forderung nach Generationengerechtigkeit

Abschließend möchten wir die Schlussfolgerungen aus unseren Analysen noch einmal zusammenfassen und aufzeigen, welche konkreten Handlungsempfehlungen sich aus unserer Sicht daraus ableiten lassen. Diese Handlungsempfehlungen beziehen sich vor allem auf die Förderung von und Forderung nach Generationengerechtigkeit.

In unserem Beitrag konnten wir zeigen, dass Aushandlungsprozesse des ‚Politischen‘ ausgehend von der jeweiligen Lebenswirklichkeit junger Menschen und in ihren alltäglichen, von diversen Medienpraktiken durchzogenen Lebenswelten stattfinden. Medien besitzen auch bei Occupy (und anderen zeitgenössischen Protesten) einen herausragenden Stellenwert. Seien es die Artikulationen von Forderungen über Webseiten, aber auch Poster und Videos, oder die Beteiligung auf einem Blog oder der Facebook-Seite von Occupy – all dies sind Protestformen, die nach unseren Befunden spezifisch für die junge Generation sind, die sich an Occupy beteiligt. Occupy-Beteiligte verstehen sich dabei aber nicht zwangsläufig als ‚politisch aktiv‘, wenn man ein traditionellen Verständnis dessen zugrunde legt. So

deutet die Tatsache, dass sich Occupy explizit dagegen ausspricht, eine Partei zu sein oder zu werden und darum bittet, bei den Occupy-Aktionen keine politischen Abzeichen zu tragen oder Partei-Werbung zu machen, auf eine Abgrenzung zu traditionellen Partei- und Politikformen hin.⁵⁰

We are not a loan – our democracy is not for sale.
/ Occupy Together /

Unsere Ergebnisse zu den Occupy-Protesten zeigen weiterhin, dass das Thema Generationengerechtigkeit bei Occupy zwar nicht explizit adressiert wird, wohl aber, dass auch bei Occupy gesellschaftliche Werte wie Solidarität und Nachhaltigkeit eingefordert werden und dass die gesellschaftlichen Missstände, auf die im Namen von Occupy aufmerksam gemacht werden soll, zu einer generationenübergreifenden Thematik werden können. Dies zeigt beispielsweise die Beteiligung älterer Menschen an dem Blog „We Are The 99 Percent“ in den USA. In unseren Augen besitzt Occupy deshalb das Potenzial, auch generationenübergreifend Menschen zu mobilisieren, um für soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft einzustehen.

Offen bleibt aus unserer Sicht, inwiefern es der jungen Generation insgesamt als notwendig erscheint – und zukünftig gelingen kann –, eine nachhaltige Kollektivität und Solidarisierung herauszubilden, um gemeinschaftlich in politische Entscheidungsprozesse zu ihren Gunsten eingreifen zu können, die heute mehrheitlich noch in den „Parlamenten der Alten“⁵¹ verhandelt werden.

Mit diesen Befunden gehen aus unserer Sicht bestimmte Handlungsempfehlungen auf verschiedenen Ebenen einher, auf die wir abschließend eingehen möchten.

1. Konkreten Handlungsbedarf sehen wir zunächst bei der jungen Generation selbst und vor allem bei den Beteiligten an Occupy Deutschland. Unseres Erachtens müssen die Beteiligten expliziter Forderungen an diejenigen Generationen richten, die sich in machtvollen gesellschaftlichen Positionen befinden, und konkreter formulieren, welche Veränderungen an Institutionen, Politik, aber auch der Generationenbeziehung sie sich wünschen. Andererseits plädieren wir an die sogenannte ‚Babyboomer‘-Generation in Deutschland, die schwierigen Lebensbedingungen junger Menschen in Deutschland anzuerkennen und sie zu un-

terstützen, um gemeinsam gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken.

2. Des Weiteren sollten sich Schulen, politische Bildungseinrichtungen und politische Akteure zum Ziel machen, bei Jugendlichen ein Bewusstsein dafür zu stärken, dass das, was in der etablierten Politik verhandelt wird, durchaus mit ihren Anliegen und ihrer Lebenswirklichkeit zu tun hat. Wenn Jugendlichen deutlicher wird, dass sich Politik eben nicht nur um Zahlen, Paragraphen und Gesetze dreht, sondern zum Beispiel auch um für die junge Generation interessante Aspekte wie soziale Gerechtigkeit, Berufschancen oder Bildungspolitik, könnte ein erster Schritt in Richtung Ent-Distanzierung in Gang gesetzt werden. Dafür gilt es aus unserer Sicht, in der schulischen wie außerschulischen Bildung Diskussions- und Informationsräume für Jugendliche zu schaffen, die zudem in der Lage sein sollten, die über digitale Medien und Social Media ablaufenden Aushandlungsprozesse der Jugendlichen zu integrieren.

3. Nicht zuletzt richtet sich der Handlungsbedarf aus unserer Sicht auch an die etablierte Politik und die Öffentlichkeit, Jugendliche als vollwertige politische Subjekte ernst zu nehmen und ihre spezifischen, zunehmend mediatisierten Formen der Auseinandersetzung mit dem ‚Politischen‘ als Ausdruck sich wandelnder Politik- und Protestformen anzuerkennen – und diese eben nicht pauschal als ‚depolitisiert‘ abzuwerten. Mit den Protestforschern Roland Roth und Dieter Rucht möchten wir daher abschließend für die Wichtigkeit plädieren, jungen Menschen und ihren Artikulationen im Hinblick auf das ‚Politische‘ genau zuzuhören. Denn wie die Autoren treffend formulieren: „Wenn die etablierte Politik [...] Jugendlichen die Erfahrung vermittelt, dass es auf sie nicht ankommt, dann darf es nicht verwundern, wenn große Teile der jungen Generation nicht für diese Politik gewonnen werden können“.⁵²

Angesichts dieser Handlungsempfehlungen für die junge sowie ältere Generation sprechen wir uns abschließend dafür aus, einen Dialog zwischen den Generationen über Medien und das ‚Politische‘ zu initiieren, der in Bildungseinrichtungen und/oder gemeinnützigen Organisationen stattfinden kann und der dazu beiträgt, eine Anerkennung und Wertschätzung der verschiedenen Formen und Verständnisse von Politik und dem ‚Politischen‘ zu erreichen.

Anmerkungen

1 Diese Etiketten stellen nur eine Auswahl der Bezeichnungen dar, die aktuell für die junge Generation verwendet werden. Vgl. zu diesen und weiteren Generationenbezeichnungen z.B. Boese (2011); Leistert/Rohleder (2011); Hurrelmann/Albrecht (2014); Milner (2010); Prensky (2001); Albert/Hurrelmann/Quenzel (2011). Vgl. für eine Problematisierung solch öffentlichkeitswirksamer Generationen-Labels z.B. Schäffer (2010).

2 Calmbach et al. 2012: 243.

3 Wir beziehen uns hier auf das Verständnis von Generationengerechtigkeit, wie es die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen ausweist: „Generationengerechtigkeit ist für uns erreicht, wenn die Chancen zukünftiger Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse mindestens so groß sind wie die der heutigen Generation. Dem Konzept liegt der Gedanke zugrunde, dass man nicht auf Kosten seiner Nachkommen leben sollte.“

(vgl. http://www.generationengerechtigkeit.de/index.php?option=com_content&task=view&id=3&Itemid=23. Abruf am 09.10.2014; vgl. auch Tremmel 2003: 34f.).

4 Vgl. z.B. Albert/Hurrelmann/Quenzel 2011; Bakardjieva 2010; Calmbach et al. 2012; Fenton 2010; Hasebrink/Paus-Hasebrink 2007; Pfaff 2006; Schorb/Theunert 2000.

5 Mit dieser Begrifflichkeit beziehen wir uns auf den Mediatisierungsansatz, wie ihn im deutschsprachigen Raum Friedrich Krotz konturiert und gesellschaftstheoretisch fundiert hat (vgl. vor allem Krotz 2007), sowie auf das damit verschränkte Konzept mediatisierter Welten (vgl. z.B. Krotz 2014). Aus der Perspektive der Mediatisierung werden die vielschichtigen Wechselwirkungen zwischen Medien- und Kommunikationswandel und sozialem Wandel in den Blick genommen.

6 Vgl. Milner 2010: 5.

7 Vgl. z.B. Dahlgren 2007: 6; Hurrelmann/Albrecht 2014: 128ff., 142.

8 Vgl. z.B. Morozov 2009; Schudson 2003. Der Begriff ‚Slackivism‘ setzt sich aus ‚slack-er‘ (engl. für ‚Nichtstuer‘/‚Rumhänger‘) und ‚activism‘ zusammen und bezeichnet in abschätziger Weise ‚Wohlfühl‘-Praktiken um eine ‚gute Sache‘ zu unterstützen, die – so die Kritik – zwar ohne großen Aufwand durchzuführen sind und ein zufriedenstellendes Gefühl, sich beteiligt zu haben, hinterlassen, jedoch keine oder nur geringe gesellschaftliche Auswirkungen haben. Dazu

wird u.a. ‚Clicktivism‘ als eine Form der Online-Beteiligung (bspw. durch das ‚Liken‘ von Seiten, Projekten etc. oder das Unterzeichnen von Online-Petitionen) gezählt.

9 Vgl. Olsson 2007; Coleman 2010.

10 Vgl. hierzu kritisch Jones 2006: 366.

11 Vgl. zu dieser Kritik Olsson/Dahlgren 2010: 10. Der Begriff ‚politische Involvement‘ wird in diesem Beitrag im Anschluss an Gaiser/Gille/Rijke (2006: 213) verwendet, um eine grundlegende Hinwendung bzw. Distanz von Jugendlichen zum ‚Politischen‘ zu fassen.

12 An dieser Stelle sei angemerkt, dass in den letzten Jahren wichtige Forschungsprojekte durchgeführt wurden, die sich diesem Desiderat angenommen haben; vgl. z.B. Couldry/Livingstone/Markham (2007); Int-horn/Street/Scott (2013); Kaun (2012). Dennoch kann als Grundtenor festgehalten werden, dass in dieser Richtung noch einiger Forschungsbedarf besteht.

13 Vgl. z.B. Bargetz/Sauer 2010; Bedorf/Röttgers 2010; Bröckling/Feustel 2010; Clarke 2007; Hall 1996; Jenkins/Carpentier 2013; Marchart 2010; Mouffe 1993, 2007; Nash 2001.

14 Vgl. Brinkmann/Nachtwey/Décieux 2013: 3.

15 Vgl. Brinkmann/Nachtwey/Décieux 2013: 5.

16 Vgl. Brinkmann/Nachtwey/Décieux 2013: 6.

17 Der Begriff ‚atypisch Beschäftigte‘ bezeichnet zum Beispiel Teilzeitbeschäftigte in unbefristeten Arbeitsverhältnissen, Beschäftigte in befristeten Arbeitsverhältnissen, usw. Nicht notwendigerweise befinden sich alle atypisch Beschäftigten in einer prekären Lage, meist zeichnet sich ihre Situation jedoch durch weniger feste Strukturen des Arbeitsalltags und soziale Unsicherheit aus (vgl. Brinkmann/Nachtwey/Décieux 2013: 8).

18 Vgl. Brinkmann/Nachtwey/Décieux 2013: 8.

19 Brinkmann/Nachtwey/Décieux 2013: 11.

20 Vgl. Brinkmann/Nachtwey/Décieux 2013: 10.

21 Vgl. Brinkmann/Nachtwey/Décieux 2013: 3.

22 An dieser Stelle soll kurz darauf hingewiesen werden, dass die Definitionen von Protest und sozialer Bewegung relativ fließend sind. In diesem Beitrag kann keine ausführliche Diskussion der Begriffe erfolgen, es soll aber darauf hingewiesen werden, dass in der Literatur zu Occupy diese Begriffe oft synonym verwendet werden. Da es noch zu

klären gilt, ob Occupy als eine soziale Bewegung oder als Protest gekennzeichnet werden kann (vgl. für entsprechende Begriffsbestimmungen Rucht 2007; 2011), verwenden wir beide Begriffe für Occupy.

23 Roth/Rucht 2000.

24 Vgl. Roth/Rucht 2000: 13.

25 Roth/Rucht 2000: 14.

26 Roth/Rucht 2000: 20.

27 Vgl. zu dieser Argumentation auch Hurrelmann/Albrecht 2014: 121ff.

28 Roth/Rucht 2000: 26.

29 Roth/Rucht 2000: 27.

30 Vgl. Roth/Rucht 2000: 16.

31 Mit dem Begriff sind in Deutschland die Geburtenjahrgänge etwa zwischen Mitte der 1950er und Mitte der 1960er Jahre bezeichnet. Vgl. Blasberg 2013.

32 Vgl. z.B. Castells 2012; Mörttenbock/Mooshammer 2012; Tejerina et al. 2013.

33 Vgl. <http://map.occupy.net/>. Abruf am 15.10.2014.

34 Vgl. <http://wearethe1percent.tumblr.com/>. Abruf am 15.10.2014.

35 Vgl. dazu z.B. Graeber 2012 oder Banu 2012.

36 Vgl. Milkman et al. 2012.

37 Kraushaar 2012: 206-208.

38 Vgl. <http://www.occupydeutschland.de/>. Abruf am 15.10.2014.

39 <http://www.occupydeutschland.de/>. Abruf am 15.10.2014.

40 <http://www.occupydeutschland.de/>. Abruf am 15.10.2014.

41 Vgl. http://www.occupydeutschland.de/bilder/occupy_letterstorm_A5_back.pdf. Abruf am 13.10.2014.

42 Vgl. Tremmel 2003: 55ff.

43 <http://www.occupydeutschland.de/>. Abruf am 15.10.2014.

44 <http://wearethe99percent.tumblr.com/>. Abruf am 15.10.2014.

45 Blasberg 2013: 9.

46 Blockupy bezeichnet sich selbst als ein „Teil eines europaweiten Netzwerks“, das koordiniert wird von unterschiedlichen Akteuren aus unterschiedlichen Ländern Europas (vgl. <http://blockupy.org/>. Abruf am 09.10.2014).

47 Vgl. dazu auch Geiges/Neef/van Dijk 2013.

48 Als Meme wird ein Inhalt bezeichnet, der sich im Internet von Nutzerin zu Nutzerin ausbreitet und dabei verändert wird (vgl. Börzsei 2013). Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/digital/internet-phaenomene-die-besten-meme-des-jahres-1.1238805-9>. Abruf am 09.10.2014.

49 [http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/occupy-in-frankfurt-was-uebrig-bleibt-](http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/occupy-in-frankfurt-was-uebrig-bleibt-11925773.html)

[11925773.html](http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/occupy-in-frankfurt-was-uebrig-bleibt-11925773.html). Abruf am 09.10.2014.

50 Vgl. <http://www.occupydeutschland.de/aktionen.html>. Abruf am 15.10.2014.

51 Hurrelmann/Albrecht 2014: 236.

52 Roth/Rucht 2000: 30.

Literaturverzeichnis

Albert, Mathias / Hurrelmann, Klaus / Quenzel, Gudrun (2011): Jugend 2010: Selbstbehauptung trotz Verunsicherung. In: Albert, Mathias / Hurrelmann, Klaus / Quenzel, Gudrun (Hg.): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Frankfurt am Main: Fischer, 37-51.

Bakardjieva, Maria (2010): The Internet and Subactivism. Cultivating Young Citizenship in Everyday Life. In: Olsson, Tobias / Dahlgren, Peter (Hg.): Young People, ICTs and Democracy. Theories, Policies, Identities, and Websites. Göteborg: Nordicom, 129-146.

Banu, Lisa S. (2012): Anarchy and Adbusters: Branding the Occupy Wall Street Movement. Paper presented at the International Conference on Communication, Media, Technology and Design in Istanbul. <http://www.cmdconf.net/2012/makale/7.pdf>. Abruf am 10.03.2014.

Bargetz, Brigitte / Sauer, Birgit (2010): Politik, Emotionen und die Transformation des Politischen. Eine feministisch-machtkritische Perspektive. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 39 (2). S. 141-155.

Bedorf, Thomas / Röttgers, Kurt (Hg.) (2010): Das Politische und die Politik. Berlin: Suhrkamp.

Blasberg, Anita (20.04.2013): Die schon wieder! In: Die Zeit (17/2013), o.S.

Boese, Daniel (2011): Wir sind jung und brauchen die Welt. Wie die Generation Facebook unseren Planeten retten will. München: oekom-Verlag.

Börzsei, Linda K. (2013): Makes a Meme Instead. A Concise History of Internet Memes. http://works.bepress.com/linda_borzsei/2. Abruf am 14.10.2014.

Brinkmann, Ulrich / Nachtwey, Oliver / Décieux, Fabienne (2013): Wer sind die 99%? Eine empirische Untersuchung der Occupy-Proteste. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung. [https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/Ar-](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/Arbeitspapier_06_Occupy_01.pdf)

[beitspapier_06_Occupy_01.pdf](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/Arbeitspapier_06_Occupy_01.pdf). Abruf am 14.10.2014.

Bröckling, Ulrich / Feustel, Robert (Hg.) (2010): Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen. Bielefeld: transcript.

Calmbach, Marc / Thomas, Peter Martin / Borchard, Inga / Flaig, Bodo (2012): Wie ticken Jugendliche? 2012 – Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

Castells, Manuel (2012): Networks of Outrage and Hope. Social Movements in the Internet Age. Cambridge/Malden: Polity Press.

Clarke, John (2007): Introduction to Section 2: Popular culture and youth subculture. In: Gray, Ann et al. (Hg.): CCCS Selected Working Papers. Volume 2. London/New York: Routledge, 141-145.

Coleman, Stephen (2010): Making Citizens Online. From Virtual Boy Scouts to Activist Networks. In: Olsson, Tobias / Dahlgren, Peter (Hg.): Young People, ICTs and Democracy. Theories, Policies, Identities, and Websites. Göteborg: Nordicom, 71-89.

Couldry, Nick / Livingstone, Sonia M. / Markham, Tim (2007): Media Consumption and Public Engagement. Beyond the Presumption of Attention. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Dahlgren, Peter (2007): Introduction: Youth, Civil Engagement and Learning via New Media. In: Dahlgren, Peter (Hg.): Young Citizens and New Media. Learning for Democratic Engagement. London, New York: Routledge, 1-18.

Fenton, Natalie (2010): Re-imagining Democracy. New Media, Young People, Participation and Politics. In: Olsson, Tobias / Dahlgren, Peter (Hg.): Young People, ICTs and Democracy. Theories, Policies, Identities, and Websites. Göteborg: Nordicom, 19-34.

Gaiser, Wolfgang / Gille, Martina / Rijke, Johann de (2006): Politische Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In: Hoecker, Beate (Hg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen: Budrich, 211-234.

- Geiges, Lars / Neef, Tobias / van Dijk, Pepijn (2013): „Wir hatten es irgendwann nicht mehr im Griff“ – Occupy und andere systemkritische Proteste. In: Marg, Stine / Geiges, Lars / Butzlaff, Felix / Walter, Franz (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? BP-Gesellschaftsstudie. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 180-218.
- Graeber, David (2012): Inside Occupy. Frankfurt am Main: Campus.
- Hall, Stuart (1996): Cultural Studies and the Politics of Internationalization: an Interview with Stuart Hall by Kuan-Hsing Chen. In: Morley, David / Chen, Kuan-Hsing (Hg.): Stuart Hall. Critical Dialogues in Cultural Studies. London/New York: Routledge, 393-409.
- Hasebrink, Uwe / Paus-Hasebrink, Ingrid (2007): Young People's Identity Construction and Media Use: Democratic Participation in Germany and Austria. In: Dahlgren, Peter (Hg.): Young Citizens and New Media. Learning for Democratic Engagement. London/New York: Routledge, 81-101.
- Hurrelmann, Klaus / Albrecht, Erik (2014): Die heimlichen Revolutionäre. Wie die Generation Y unsere Welt verändert. Weinheim: Beltz.
- Inthorn, Sanna / Street, John / Scott, Martin (2013): Popular Culture as a Resource for Political Engagement. In: Cultural Sociology, Jg. 7 (3). S. 336-351.
- Jenkins, Henry / Carpentier, Nico (2013): Theorizing Participatory Intensities: A Conversation About Participation and Politics. In: Convergence: The International Journal of Research into New Media Technologies, Jg. 19 (3). S. 265-286.
- Jones, Jeffrey P. (2006): A Cultural Approach to the Study of Mediated Citizenship. In: Social Semiotics, Jg. 16 (2). S. 365-383.
- Kaun, Anne (2012): Civic Experiences and Public Connection. Media and Young People in Estonia. Dissertation, Södertörns högskola. <http://oru.diva-portal.org/smash/get/diva2:512500/FULLTEXT02.pdf>. Abruf am 03.03.2015.
- Kraushaar, Wolfgang (2012): Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung. Hamburg: Hamburger Edition.
- Krotz, Friedrich (2014): Einleitung: Projektübergreifende Konzepte und theoretische Bezüge der Untersuchung mediatisierter Welten. In: Krotz, Friedrich / Despotović, Cathrin / Kruse, Merle-Marie (Hg.): Die Mediatisierung sozialer Welten. Synergien empirischer Forschung. Wiesbaden: Springer VS, 7-32.
- Krotz, Friedrich (2007): Mediatisierung. Fallstudien zum Wandel von Kommunikation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Leistert, Oliver / Rohleder, Theodor (Hg.) (2011): Generation Facebook. Über das Leben im Social Net. Bielefeld: transcript.
- Marchart, Oliver (2010): Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben. Berlin: Suhrkamp.
- Milkman, Ruth / Bamyeh, Mohammed A. / Wilson, William Julius / Williams, Dana / Gould, Deborah B. (2012): Understanding "Occupy". In: Contexts, Jg. 11 (2). S. 12-21.
- Milner, Henry (2010): The Internet Generation. Engaged Citizens or Political Dropouts. Medford, Mass, Hanover [N.H.]: Tufts University Press; Published by University Press of New England.
- Morozov, Evgeny (19.05.2009): Brave New World of Slacktivism. In: Foreign Policy, 19.05.2009. http://neteffect.foreignpolicy.com/posts/2009/05/19/the_brave_new_world_of_slacktivism. Abruf am 13.01.2014.
- Mörtenbock, Peter/Mooshammer, Helge (2012): Occupy. Räume des Protests. Bielefeld: transcript.
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal (1993): The Return of the Political. London/New York: Verso.
- Nash, Kate (2001): The 'Cultural Turn' in Social Theory: Towards a Theory of Cultural Politics. In: Sociology, Jg. 35 (1). S. 77-92.
- Olsson, Tobias / Dahlgren, Peter (2010): Introduction. In: Olsson, Tobias / Dahlgren, Peter (Hg.): Young People, ICTs and Democracy. Theories, Policies, Identities, and Websites. Göteborg: Nordicom, 9-16.
- Olsson, Tobias (2007): An Indispensable Resource: The Internet and Young Civic Engagement. In: Dahlgren, Peter (Hg.): Young Citizens and New Media. Learning for Democratic Engagement. London, New York: Routledge, 187-204.
- Pfaff, Nicolle (2006): Jugendkultur und Politisierung. Eine multimethodische Studie zur Entwicklung politischer Orientierungen im Jugendalter. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Prensky, Marc (2001): Digital Natives, Digital Immigrants. In: On the Horizon, Jg. 9 (5). S. 1-6.
- Roth, Roland / Rucht, Dieter (2000): Jugendliche heute: Hoffnungsträger im Zukunftsloch? In: Roth, Roland / Rucht, Dieter (Hg.): Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz? Opladen: Leske + Budrich, 9-34.
- Rucht, Dieter (2011): Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 24 (3). S. 20-47.
- Rucht, Dieter (2007): Einführung. Vom Elend der „Latschdemos“. In: Geiselberger, Heinrich (Hg.): Und jetzt? Politik, Protest und Propaganda. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 183-201.
- Schäffer, Burkhard (2010): Die Konstruktion der Generation PR(ekär/aktikum). Zur medialen Transformation essayistischer Generationenkonzepte und ihrer Rezeption im Horizont konjunktiver Erfahrungsräume. In: Busch, Michael / Jeskow, Jan / Stutz, Rüdiger (Hg.): Zwischen Prekarisierung und Protest. Die Lebenslagen und Generationenbilder von Jugendlichen in Ost und West. Bielefeld: transcript, 221-242.
- Schorb, Bernd / Theunert, Helga (Hg.) (2000): „Ein bisschen wählen dürfen...“. Jugend – Politik – Fernsehen. Eine Untersuchung zur Rezeption von Fernsehinformation durch 12- bis 17-Jährige. München: KoPäd.
- Schudson, Michael (2003): Click Here for

Democracy: A History and Critique of an Information-Based Model of Citizenship. In: Jenkins, Henry / Thorburn, David (Hg.): Democracy and New Media. Cambridge, Mass: MIT Press, 49-59.

Tejerina, Benjamin / Perugorria, Ignacia / Benski, Tova / Langman, Lauren (2013): From Indignation to Occupation: A New Wave of Global Mobilization. In: Current Sociology, Jg. 61 (4). S. 377-392.

Tremmel, Jörg (2003): Generationengerechtigkeit – Versuch einer Definition. In: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hg.): Handbuch Generationengerechtigkeit.



München: oekom-Verlag, 27-79.

Miriam Stehling ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Medienwissenschaft mit dem

Schwerpunkt Transformationen der Medienkultur an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Sie war Visiting Scholar am Center for Global Communication Studies der Annenberg School for Communication, University of Pennsylvania in Philadelphia, USA. Ihre Forschungsschwerpunkte sind u.a. Medienrezeption, Medien und Partizipation, transkulturelle Kommunikation, Fernsehformate sowie Cultural Studies, Gender Studies und Governmentality Studies.

Kontaktdaten:

Dr. Miriam Stehling
Eberhard Karls Universität Tübingen
Institut für Medienwissenschaft
Wilhelmstraße 50 · 72074 Tübingen
E-Mail: miriam.stehling@uni-tuebingen.de

Merle-Marie Kruse ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Koordinationsprojekt des DFG-Schwerpunktprogramms 1505 „Mediatisierte Welten“ am Zentrum für Medien-, Kommu-



©Brinkhoff-Mögenburg/Leuphana

nikations- und Informationsforschung (ZeMKI) der Universität Bremen. In ihrer Dissertation beschäftigt sie sich mit Konstruktionen des ‚Politischen‘ im mediatisierten Alltag Jugendlicher. Merle-Marie

Kruse studierte Angewandte Kulturwissenschaften (Magister) in Lüneburg und Växjö, Schweden. Ihre Schwerpunkte in Forschung und Lehre liegen in den Bereichen Cultural (Media) Studies, mediatisierte politische Involvierung, Medienaneignung sowie Diskursforschung.

Kontaktdaten:

Merle-Marie Kruse, M.A.
Universität Bremen, Fachbereich 9
Zentrum für Medien-, Kommunikations- & Informationsforschung (ZeMKI)
Linzer Straße 4 · 28359 Bremen
E-Mail: m.kruse@uni-bremen.de

Sven Kuntze: Die schamlose Generation – Wie wir die Zukunft unserer Kinder und Enkel ruinieren

Rezensiert von Bernhard Winkler

Noch ein Generationenbuch! Es ist am deutschsprachigen Buchmarkt so etwas wie ein Trend geworden, Titel zu publizieren, die bei einem Teil der Bevölkerung ein „Wir“-Gefühl hervorrufen sollen. Meist wird das Genre gewählt, um der Leserschaft eine Möglichkeit zu geben, in Nostalgie zu verfallen und sich als Teil einer ganz besonderen Bevölkerungsschicht zu fühlen: „Wir waren dabei!“. Ob Mauerfall, die Jahre des Wirtschaftswunders oder der erste Computer mit Internet – es finden sich immer zeitgeschichtliche Zäsuren, die als Bezugspunkt dienen können.

Das vorliegende Werk verfolgt ein anderes Ansinnen. Es blickt zwar in die Vergangenheit und erzeugt mit einem neu formulierten Generationenbegriff das beschriebene „Wir“-Gefühl. Nostalgie will aber nicht so recht aufkommen. Vielmehr ist es in Buchform gegossene Selbstkritik. Der Autor ist Angehöriger der titelgebenden „schamlosen Generation“ und nutzt die 256 Seiten, um

Menschen in ähnlichem Alter wie er kurz vor ihrem Eintritt in den Ruhestand noch entgegenzurufen: „Seht, was wir angerichtet haben!“ Ganz ohne Schwelgen in persönlichen Erinnerungen kommt das Buch naturgemäß nicht aus. Wie sonst die angegriffene Leserschaft bei der Stange halten? Und so lässt der Autor allerhand Erlebnisse Revue passieren und ordnet sie in den jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang ein.

Etwas verstört ist man gleich zu Beginn des Buchs, wenn der Autor im Prolog ankündigt: „Im Folgenden werde ich nur in Ausnahmen nach Ursachen suchen [...], sondern vor allem Behauptungen anstellen.“ (15). Damit stellt er ein bedeutendes Motiv dafür, ein solches Buch zur Hand zu nehmen, in Frage: Nämlich jenes, die in den Medien immer wieder fragmentarisch aufgegriffene Generationendifferenzen näher zu betrachten und mithilfe eines einschlägigen, sorgsam recherchierten und durchdachten Buchs besser einordnen zu können.

Man tut gut daran, die genannte Bemerkung zu übergehen und weiter zu lesen, denn so schlimm wie befürchtet kommt es nicht. Alles in allem ist der Aufbau des Buches klar und es macht nachdenklich. Begonnen wird mit einer Definition der „schamlosen Generation“. Dabei handele es sich um „die Vierziger“, die in den Vierzigerjahren des 20. Jahrhunderts geboren wurden. „Die Vierziger wuchsen als Wirtschaftswunderkinder in einer Atmosphäre grenzenloser Zuversicht auf. Es ging ständig aufwärts, und das Gespenst wiederkehrender Wirtschaftskrisen schien ein für alle Mal gebannt.“ (24). Zwischendurch ist beschrieben, wie einige „Vierziger“ reagiert haben, als der Autor sie mit seinen kritischen Gedanken konfrontierte. Er sei auf Unverständnis gestoßen, hitzige Diskussionen seien entstanden. Das mag daran liegen, dass Kuntze oft überzeichnet. So heißt es etwa in anderem Zusammenhang: Wesentlich Neues sei seit den Entdeckungen der 50er-Jahre kaum dazugekommen, „wenn man

einmal von der zeitweiligen Wiederentdeckung des Sozialismus in Teilen Europas ab sieht“ (42). Dass in den vergangenen zwei Jahrzehnten durch die Erfindung des Internets eine nie da gewesene technologische Entwicklung – mit allen Vor- und Nachteilen – eingesetzt hat, die bis in den Alltag jedes Einzelnen hineinreicht, wird völlig außer Acht gelassen.

Was wirft der Autor sich selbst und seinen Altersgenossen nun vor? Das macht er recht deutlich, da jedes Kapitel einen konkreten Kritikpunkt verkörpert. Unter dem Hinweis auf eine notwendige Geburtenrate von 2,2 Kindern pro Familie, um „die höchste Form der Nachhaltigkeit“ (55) – also den Erhalt der eigenen Spezies – zu schaffen, wird konstatiert: „Die Generation der Vierziger hat durchschnittlich 1,4 Kinder in die Welt gesetzt.“ (55). Es werden allerlei mögliche Ursachen dafür genannt. Am meisten Leidenschaft und Platz erhält aber diese Erklärung: „Viele Vierziger hatten schlicht keine Lust auf Nachwuchs.“ (57). Die Vierziger seien nicht damit zurecht gekommen, dass mit einem Kind anstelle von Hedonismus und Leichtigkeit Verantwortung und Verzicht treten: „Die Entscheidung für eine Familie hätte den Bruch mit einer Gegenwart bedeutet, in der sich viele Vierziger behaglich und bequem niedergelassen hatten.“ (60). Dieser Vorwurf wiegt schwer, greift er doch die höchstpersönliche Entscheidung der Familienplanung an. Der Autor nimmt der Familienplanung ihre Privatheit und wirft seiner Generation deren gesamtgesellschaftliche Auswirkungen vor. Das ist hart. Und doch hat er Recht. Ohne Kinder kein Generationenvertrag. Was diese Diagnose wertvoll macht: Käme sie in dieser Deutlichkeit nicht von einem „Vierziger“ selbst, sondern aus der Jugend, könnte sie von den brüskierten Altvorderen als respektlose Torheit abgetan werden. Das funktioniert bei Selbstkritik aus den eigenen Reihen nicht. „Zu den erstaunlichsten und folgenreichsten Hinterlassenschaften der Vierziger gehört die Dominanz der Märkte“ (77), meint Kuntze. Beim Thema Wirtschaft macht der Autor die Doppelzüngigkeit seiner Generation deutlich. Es sei eine Generation, „die vom Umsturz redete, während man nebenbei die Scheine erwarb und Examen ablegte, die eine bürgerliche Karriere zur Voraussetzung hat.“ (90). Die neue Protestkultur, das Aufbegehren gegen die Eltern – all das, was man der heutigen Jugend als nicht zu haben vorwirft – sei in den späteren Phasen des eigenen Lebens einem neuen Gott geopfert



worden: dem Neoliberalismus. „Aus dem einst heroischen Freiheitsbegriff wurde unmerklich die Freiheit, das zu erwerben, wonach es einen verlangte“, kritisiert Kuntze (96). Es wird die Enträuschung über die eigene Generation deutlich, die ihre Ideale über den Haufen geworfen und ihr Lebensmodell um 180 Grad gedreht hat: Kleinfürgerlich, zurückgezogen, materialistisch. Jahrzehntlang blieb keine Zeit, um darüber nachzudenken. Die Karriere ging vor. Nun, am Ende des Berufslebens, ist auf einmal Platz, um die Vergangenheit aufzuarbeiten. Viel Platz. Das niedrige Renteneintrittsalter und die hohe Lebenserwartung kann so zum Fluch werden – nicht nur für die Nachkommen, die das finanzieren müssen. Mit dem Thema Geld befasst sich im Buch auch der dritte große Vorwurf an die „schamlose Generation“. Betitelt ist er mit „Leben auf Pump“ (141). Beklagt wird das Faktum sprunghaft steigender Staatsschulden in der Nachkriegszeit. Dass die über die Jahrzehnte angehäuften Passiva vorwiegend zur Schaffung bleibender Werte verwendet worden sind, bezweifelt der Autor: „Was aber hinterlassen wir unseren Kindern und Enkeln als Gegenleistung? Hinterlassen wir ausreichend Kitaplätze, ein konkurrenzfähiges Bildungssystem, eine funktionierende Infrastruktur und volle Rentenkassen? Tun wir nicht!“ (147). Das genannte Zitat greift einen wesentlichen Punkt in der Diskussion über die Hinterlassenschaft der gegenständlichen Generation auf: Der Kritik an der Entwicklung des Staatsschuldenstandes wird häufig entgegnet, dass damit auch langfristig bedeutsame Investitionen getätigt wurden.

Der Autor verwehrt sich klar gegen diese Erklärung und legt nach: „Juristisch gesehen machen wir uns der Konkursverschleppung schuldig, deren Ziel es ist, ahnungslose Gläubiger – unsere Enkel – um ihre Einlagen zu betrügen.“ (150). Die Verantwortlichen seien sich dieses Problems voll bewusst, aber weder in der Lage, noch überhaupt dazu bereit, gegenzusteuern. Sven Kuntze beruft sich dabei auf ein persönliches Gespräch mit einem ungenannten Bundestagsabgeordneten, der ihm gegenüber erwähnte, „es sei ‚Konsens zwischen praktisch allen Fraktionen‘, dass die Schulden in ‚ferner Zukunft‘ nur über ‚eine Inflation‘ abgebaut werden können.“ (152).

Die tiefe Überzeugung davon, dass das Lebenswerk seiner Generation den Nachkommen zur großen Last werden wird, ist bei den Themen Atomenergie und Klimawandel besonders spürbar. Die Verfehlungen in Zusammenhang mit den Atommülllagern werden ausgiebig abgehandelt und die fehlende Entscheidungskraft der Politik wird kritisiert: „Was macht der kluge Politiker, auch eingedenk der Erfahrungen mit Asse II und Gorleben, in einer solchen Situation? Er legt ein ordentliches Zeitpolster zwischen heute und dem zukünftigen Zeitpunkt der vorläufig endgültigen Entscheidung und verkauft die Unentschlossenheit als verantwortungsbewusste Denkpause.“ (175). Ähnlich lautet der Vorwurf beim Umgang mit dem Klimawandel: „Ursache jener somnambulen Gleichgültigkeit, mit der wir die Katastrophe trotzdem gelassen in Kauf nehmen, sind die Unfähigkeit, in langen Zeiträumen zu planen, nationale Interessen und der Neoliberalismus [...]“ (200).

Eine niedrige Geburtenrate, überbordender Neoliberalismus, sich auftürmende Schuldenberge, Atomenergie, Klimawandel – alles keine überraschenden Vorwürfe an die Jahrgänge der Nachkriegszeit. Der Autor widmet sich aber auch anderen, seltener diskutierten Themen. „Die Diskurskultur, die den Vierzigern treuhänderisch überlassen worden war, begann Schaden zu nehmen, es wurde ungemütlich und zugig in ihrer Nähe“, bemängelt Kuntze (128). Prompt wird ein weiterer Bogen von studentischen Vollversammlungen anno dazumal gespannt, auf denen „nur noch ein enger, linker Meinungskorridor“ (128) zugelassen gewesen sei, über Margaret Thatcher bis hin zur heutigen Krisenbewältigungsstrategie der Europäischen Union. Sven Kuntze kritisiert dabei das „TINA“-Prinzip. Dieses steht für „There is no alternative“ und verkörpert

die mangelnde Diskussionsbereitschaft, mit der in der Politik heute Entscheidungen getroffen werden. Anstatt neue Lösungsvorschläge zuzulassen, würden andere Meinungen mit dem Hinweis abgetan, es gebe zum eingeschlagenen Weg keine Alternative. „Den Vierzigern war die Zukunft einst als offener Raum in die Wiege gelegt worden, ihren Enkeln hinterlassen sie diese als Unabänderlichkeit.“ (131). Auf Glatteis begibt sich der Autor, wenn er als aktuelles Beispiel das Festhalten an der gemeinsamen europäischen Währung nennt. Wer aus ökonomischen Gründen Zweifel an der Rettungspolitik äußere, „wird unter der Hand zum politischen Gegner Europas.“ (132). Er bezieht sich dabei auf Angela Merkels Satz „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ Die Frage, ob der Euro Bestand haben kann, ist noch so neu, dass aus heutiger Sicht selbst die Entwicklung in naher Zukunft noch nicht absehbar ist. Gut möglich, dass sich die Situation in zwei Jahren völlig anders darstellt.

Womit die These von der mangelhaften Diskussionsbereitschaft – auch im Volk – problemlos untermauert hätte werden können, sind die „Shitstorms“, die in immer orkanartigen Ausmaßen durchs Internet ziehen. Aus einem polarisierenden Anlass entstehen heftige, emotionale Bekundungen von Hass, Missgunst und Ablehnung, die sich bevorzugt gegen einzelne Personen richten. Kultivierte, sachbezogene Diskussionen, für die

das Internet hervorragend geeignet wäre, bleiben auf der Strecke.

Versuche der Vorgängergeneration, ein authentisches Bild ihrer Nachkommen zu zeichnen, haben einen ganz eigenen Charme, weil sie zumeist unbeholfen und oberflächlich ausfallen. Oft lässt sich herauslesen, dass man mit dem, was da in die Welt gesetzt wurde, nicht so recht etwas anfangen kann. So auch hier: „Eigentlich müssten die Nachkommen der Vierziger ständig auf den Straßen sein und aufgebracht und wütend ihre Zukunft einfordern.“ (231). Amüsant wird es, wenn sich der Autor an einer Erklärung der „Hipster“-Subkultur versucht. Ein Hipster definiere sich vor allem durch sein Äußeres: „Zwei Prozent Körperfett, engste Hosen, dicke Brillen, Truckerkappen, minimalistische Fahrräder, ärmellose Feinripp-Unterhemden [...]“ (238). Es scheint den Nachkommen der „Vierziger“ also trotz fehlenden Faibles für Straßenproteste gelungen zu sein, ihre Vorfahren zu verstören.

„Was tun?“ ist die ernste und naheliegende Frage, die der Autor nach der Abhandlung der Verwerfungen seiner Generation im Titel des letzten Kapitels stellt. „Die Vierziger sind [...] aufgefordert, aus der fernen Fremde, in der sie sich gerne aufhalten, in die Heimat zurückzukehren, um dort auszuhelfen.“ (253). Sie sollten „die Belastungen, die das Alter notwendig für eine Gesellschaft mit sich bringt, unter sich aus-

machen.“ (253). Weiter meint Kuntze: „Ein neuer, unerhörter Markt würde entstehen, auf dem nicht mit Waren gehandelt und Gewinn erzielt wird, sondern auf dem die Mitmenschlichkeit kostenlos in den Auslagen liegt.“ (253). Anstatt in Utopie und Selbstmitleid aufzugehen, nennt das Werk realisierbare und überlegte Handlungsvorschläge. Sie umzusetzen, wird die Welt nicht retten. Aber können sie dabei helfen, die steigenden Belastungen auf das Sozialsystem zu schmälern? In jedem Fall könnten sich Senioren in Deutschland beim Bundesfreiwilligendienst weitaus stärker beteiligen als in der Vergangenheit. Bisher sind bei diesem freiwilligen Dienst an der Gemeinschaft fast ausschließlich junge Menschen vertreten. Die ältere Generation beteiligt sich leider kaum – trotz ihres Zeitreichtums.

Das vorliegende Werk ist kein Generationenbuch, das gemäß der Tradition des Genres eskapistisch in der Vergangenheit schwelgt. Es übt Selbstkritik, dient aber nicht nur den „Vierzigern“ zur Reflexion. Die Nachkommen kann es dabei unterstützen, Fehler der Vergangenheit zu erkennen und überall dort, wo es nötig ist, neue Wege zu gehen. Und diese Notwendigkeit besteht in vielerlei Hinsicht.

Sven Kuntze (2014): Die schamlose Generation – Wie wir die Zukunft unserer Kinder und Enkel ruinieren. München: C. Bertelsmann Verlag. 256 Seiten. ISBN 978-3-570-10222-0. Preis: 19,99 €.

Norbert Campagna: Wählen als Bürgerpflicht und

Hannah Beitzer: Wir wollen nicht unsere Eltern wählen. Warum Politik heute anders funktioniert

Rezension von Tabea Wich

Die Wahlpflicht gilt in: Dänemark, Griechenland, Australien, Chile, Singapur, Ecuador, Belgien, Thailand, Ägypten, Libyen, Costa Rica, Liechtenstein, Venezuela, Peru, Bulgarien, Chile, Brasilien, Luxemburg, warum nicht auch in Deutschland? Diese Frage wurde nach der letzten Europawahl 2014, bei der die Wahlbeteiligung nur noch 43,09

Prozent betrug, im Vergleich zu 61,99 Prozent bei der ersten Europawahl im Jahr 1979, wieder aufgeworfen. Für die einen ist die Wahlpflicht der Tod des Wahlrechts, für die anderen die einzige Möglichkeit, die politische Legitimität aufrechtzuerhalten. Norbert Campagnas Buch *Wählen als Bürgerpflicht* stellt ein Plädoyer für die Wahlpflicht dar. Im Großteil des Buches

untersucht und entkräftet er die wichtigsten Einwände gegen die Einführung dieser und entwickelt zusätzlich noch eine These, die für eine solche Einführung spricht. Für Campagna ist eine legale Wahlpflicht „ein einer kranken liberalen Demokratie verschriebenes Arzneimittel“ (12), welches, wie er in seinem Schlussgedanken formuliert, als Erinnerung für die Bürger an ihre politische

Verantwortung wirken könne.

Unterschieden werden müsse zunächst zwischen moralischer und gesetzlicher Pflicht. Aus der Erkenntnis heraus, dass „die liberale Demokratie allen fundamentalen Bedürfnissen des Menschen, u.a. dem Bedürfnis nach Anerkennung der eigenen persönlichen Würde [...] besser entgegenkommt als die Prinzipien anderer Staatsformen“ (70) und dass das Wählen der einzig mögliche Prozess sei, politische Legitimität herzustellen, lasse sich eine kollektive, moralische Pflicht ableiten, das Wählen aufrechtzuerhalten. Aber soll diese kollektive, moralische Pflicht die Form eines Gesetzes annehmen bzw. gibt es eine Pflicht, am politischen Prozess zu partizipieren? Natürlich hat jedes Individuum das Recht, für sich selbst nicht in einer Demokratie leben zu wollen, aber hat dieses Individuum nicht die Pflicht, seine Mitmenschen, die gerne wählen möchten, zu schützen und um ihrer willen die Demokratie aufrechtzuerhalten? Und selbst wenn alle erwachsenen Bürger nicht in einer Demokratie leben möchten, stellt sich doch die Frage, ob sie nicht verpflichtet sind, diese für die kommenden Generationen zu erhalten (vgl. 68f.). Nun kann man das alles für übertrieben halten – schließlich wird nicht gleich die Demokratie abgeschafft, nur weil die Wahlbeteiligung sinkt –, doch wie der Autor diesen vorhergehenden Gedankengang zusammenfasst, sei das Opfer (nämlich im Durchschnitt höchstens einmal im Jahr einen Umschlag in eine Wahlurne zu werfen und ca. eine halbe Stunde seiner Lebenszeit zu verbrauchen), das man erbringen müsse, um die Gefahr für die Demokratie zu reduzieren, doch sehr gering. Hier findet sich so gleich die Hauptthese Campagnas: Um die Demokratie zu schützen, leiste die Wahlpflicht einen großen Beitrag, indem sie einerseits politische Legitimität gewährleiste und es ihren Gegnern unmöglich mache zu behaupten, Wahlen seien aufgrund von mangelnder Teilnahme gar nicht mehr nötig, und andererseits als Mittel fungiere, die Bürger wieder mehr für Politik zu begeistern, wogegen sie von ihnen nur ein kleines Opfer fordere.

Um diese These zu belegen, werden größtenteils Gegenargumente der Wahlpflicht entkräftet. So seien Wahlrecht und Wahlpflicht keinesfalls konkurrierende, sondern einander ergänzende Faktoren: während das Wahlrecht jedem Bürger garantiere frei zu entscheiden, wen und ob er gültig oder ungültig wählen möchte, zwingt ihn das Wahlrecht, überhaupt zur Wahl zu gehen und



dort einen Umschlag in die Wahlurne zu werfen, wobei es ihm ja immer noch freistehe, diesen Umschlag z.B. einfach leer einzuwerfen. Auch wird auf die Situation von Personen eingegangen, für die eine Wahl gegen ihr religiöses oder philosophisches Gewissen verstößt. Da sie sich in einem Spannungsfeld zwischen ihren verschiedenen Identitäten befinden (z.B. zwischen ihrer Identität als Anhänger der Glaubensgemeinschaft der Amish und als Staatsbürger der USA), sollten „die Strafen für eventuelle Zuwiderhandlungen [der Wahlpflicht, Anmerkung der Rezensentin] grundsätzlich zumutbar sein“ (51), damit es für diese Personen möglich sei, aus Gewissensgründen zivilen Ungehorsam auszuüben. In diesem Zusammenhang schlägt der Autor eine Strafe zwischen 50 und 200 Euro vor (vgl. 50).

In dem Kapitel „Die Pflicht zu wählen und die Pflicht, gut zu wählen“ geht Campagna nochmals auf den Unterschied zwischen moralischer und rechtlicher Verpflichtung ein. Während die rechtliche Norm den Bürger nur verpflichte, einen Umschlag in eine Wahlurne zu werfen und so seine minimale politische Pflicht auszuüben, sei die moralische Pflicht wesentlich umfassender: So verlange diese vom Bürger nicht nur ein Wähler, sondern ein aufgeklärter Wähler zu sein und sich im Vorfeld der Wahl mit allen relevanten Themen beschäftigen zu haben.

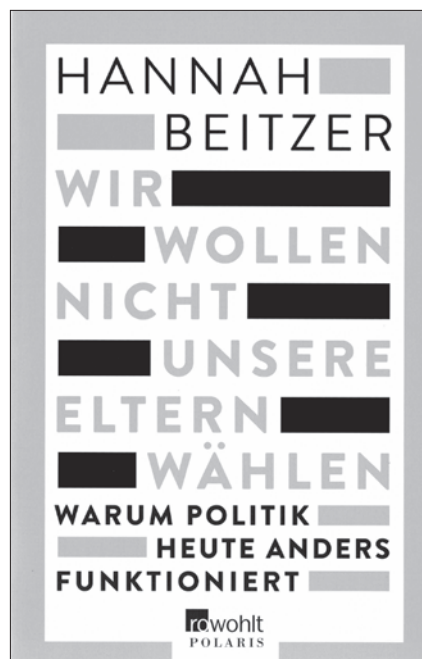
Diese weitere Definition der moralischen Pflicht nutzt der Autor auch als Widerspruch zu dem Argument, die Wahlpflicht diene nur der Zementierung der herrschenden Verhältnisse, nutze also nur den Regierenden und führe dazu, dass die Bürger glaubten, der bloße physische Wahllakt reiche aus, um ein ‚guter‘ Bürger zu sein. Eben weil diese moralische Pflicht auch das Sich-Informieren umfasse, hofft der Autor konträr zu den vorgebrachten Gegenargumenten, dass eine Wahlpflicht hilft, die Begeisterung für politische Partizipation neu zu beleben.

Norbert Campagna nimmt den Leser mit auf seine Reise durch Artikel des Grundgesetzes und die Philosophie, von der antiken Demokratie bis zu Hobbes und Rousseau. Dabei schafft er es immer wieder, durch viele Beispiele und Szenarien komplexe Sachverhalte zu erläutern, sodass der Leser jedem seiner Gedankengänge folgen kann. Zu Beginn geht der Autor in einem Kapitel auf die vom Wahlrecht Ausgeschlossenen (besonders Ausländer) ein. Dieser Exkurs ist zwar interessant zu lesen, allerdings ist nicht ersichtlich, was er zum Thema Wahlpflicht beiträgt. Betrachtet man die Gliederung, von dem eben genannten Kapitel abgesehen, deckt diese alle notwendigen Aspekte ab: Campagna beginnt mit einer historischen Begründung des Wahlrechts, definiert dann Wahlpflicht und entkräftet mehrere allgemeine Gegenargumente, baut daraufhin seine eigene These auf, entkräftet zum Ende hin noch zwei konkrete Gegenargumente und geht zuletzt auf die rechtliche Umsetzung ein. Überzeugend verteidigt er in seinem Buch die für ihn zum Schutz der Demokratie notwendige Wahlpflicht, ohne die Gegenargumente auszublenden. Sein eigenes fundiertes Wissen in Philosophie und Jura wird deutlich, jedoch ohne, dass er das Gleiche auch von seinem Leser erwartet. Geradezu geduldig erklärt er jedes möglicherweise nicht bekannte Wort und macht sein Plädoyer so zu einem gut und flüssig lesbaren Buch, von dem der Leser in jedem Fall einige neue Erkenntnisse mitnimmt. Betrachtet man das Thema Generationengerechtigkeit, ist es schade, dass dieses nur so kurz angeschnitten wird, gerade weil ich den Gedankengang, man solle die moralische Pflicht haben, die Demokratie für nachfolgende Generationen zu erhalten, äußerst interessant finde. Besonders wichtig und relativ neu in der Debatte ist die im ganzen Buch immer wieder auftauchende moralische Wahlpflicht, welche erst das Funda-

ment für eine rechtliche Norm schafft. Für Campagna ist die Einführung einer Wahlpflicht auch eine Möglichkeit, die Begeisterung für politische Partizipation neu zu beleben. Es wird zwar klar, dass er hofft, dass diese Begeisterung geweckt wird durch das Sich-Informieren für die Wahl, allerdings gelingt es ihm nicht, die Befürchtung, die bestehenden politischen Verhältnisse würden durch den Wahlakt nur zementiert, vollkommen zu entkräften.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass Norbert Campagna mit diesem Buch ein wirklich überzeugendes Plädoyer geschaffen hat, welches den bisherigen Stand der Debatte nicht nur gut zusammenfasst, sondern zusätzlich noch um den Aspekt der moralischen Wahlpflicht erweitert.

Eine ganz andere Herangehensweise an das Thema „Geringe Wahlbeteiligung“ findet sich in Hannah Beitzers Buch *Wir wollen nicht unsere Eltern wählen*. Die Autorin möchte sich all jenen entgegenstellen, die die junge Generation für unpolitisch und arrogant halten und erklärt, wie sich Politik, Wirtschaft und Medien verändern müssen, um sich der neuen Generation anzupassen. Charakteristisch für die junge Generation sei ihr Individualismus, den Hannah Beitzer allerdings nicht wie die meisten Medien negativ bewertet, sondern dessen Ursprünge und Folgen im ganzen Buch immer wieder erläutert werden. Prägend für die Kindheit der jungen Generation sei der Zusammenbruch der Ideologien des 20. Jahrhunderts gewesen: das Ende des Kommunismus, das Platzen der dotcom-Blase, kein ewiger Frieden nach dem Ende des Kalten Krieges (9/11), die Finanzkrise 2007, die Eurokrise und ganz allgemein die Abkehr vom Glauben an ewiges Wachstum. Somit seien die Jungen grundsätzlich skeptisch gegenüber einfachen Erklärungen, abgeschlossenen Weltbildern und Ideologien, was es natürlich schwierig mache, sich an eine Partei zu binden. Die Jungen ließen sich in keine Lager mehr einteilen und wollten nicht ein ideologisches Gesamtpaket wählen, sondern von Fall zu Fall unterschiedlich entscheiden, was zwangsläufig zu mehr politischer Mitbestimmung auch während der Legislaturperioden führen müsse. Grundsätzlich seien sie im Gegensatz zu ihren Eltern, die sich in einer spießigen Welt nach Chaos sehnten, bedacht auf Sicherheit. Zu Beginn des Buches definiert die Autorin die junge Generation als die nach 1980 Geborenen, da diese einschneidend von der Globalisierung geprägt wurden. Da politisches Engagement



immer nur von einem Teil der Gesellschaft ausgeübt werde, fehlten beim Begriff der Generation diejenigen Menschen, die sich nicht für Politik interessierten. Eines der herrschenden Themen in diesem Buch ist die Piratenpartei, „denn die Piraten haben gezeigt, dass es in der Politik vor allem auf eines ankommt: Einfach mal zu machen, anstatt endlos zu grübeln, sich auch mal was zu trauen, anstatt immer nur zu zaudern. Vielleicht waren die Piraten genau das, was die junge Generation brauchte, um endlich den Mund aufzumachen.“ (182). Die Attraktivität dieser Partei zum Erscheinungsdatum des Buches im Juli 2013 rühre aus der Bereitschaft her, alles zu verhandeln und eben kein abgeschlossenes Weltbild zu haben. Allerdings hat die Piratenpartei inzwischen gemessen an ihren Wahlergebnissen schon deutlich an Attraktivität eingebüßt. Eine Parallele zwischen der Umweltpolitik der Grünen der ersten Jahre und der Netzpolitik der Piraten lasse sich durchaus ziehen, da es der Verdienst der Piraten sei, dass Netzpolitik plötzlich auch bei den etablierten Parteien stattfinde, so Beitzer. Da mehr Mitbestimmung in der Politik nötig sei, lobt die Autorin die basisdemokratische innerparteiliche Struktur als zukunftsweisendes Experiment.

Das Kapitel „Wie wir arbeiten (wollen)“ beschreibt die Neuerungen, die in der Wirtschaft nötig seien, um sich der jungen Generation anzupassen. „Heute werden Berufseinsteiger als kapriziöse Diven beschrieben“ (45), die von ihren Eltern verwöhnt worden seien. Die Autorin interpretiert diese Attitüde allerdings eher als neues Selbstbe-

wusstsein, bessere Arbeitsbedingungen einzufordern, die durchaus auch von den Älteren gewollt würden. Dies ist allerdings nicht nur eine Folge der Erziehung, sondern auch mit dem Wissen verbunden, es sich aufgrund des demografischen Wandels und des damit verbundenen Mangels an gut ausgebildeten, gesunden, jungen Menschen leisten zu können, Forderungen zu stellen. Da die Sphären Arbeit und Privates sich durch den Einsatz von neuen Technologien immer mehr vermischen, lege die junge Generation bei der Unternehmenswahl immer mehr Wert auf ein angenehmes Arbeitsumfeld. „Die Jungen wollen hinter dem, was ein Unternehmen produziert, stehen, ganz egal, ob das nun Waren oder Ideen sind.“ (47), so Beitzer. Zudem seien sie mehr als vorherige Generationen bereit, Aufgaben zu delegieren, denn wichtig ist in einer vernetzten Welt nicht mehr, alles selbst zu wissen, sondern vor allem die Frage, an wen man sich wenden muss (vgl. 54). Insgesamt lasse sich festhalten, dass die Wirtschaft durchaus bereit war und ist, sich auf Neuerungen einzustellen, da sie Angebot und Nachfrage kenne und es seit jeher gewohnt sei, sich auf die Bedürfnisse von z.B. Kunden einzustellen. Im Gegensatz dazu zeige die Politik weit weniger Anpassungsfähigkeit, da Politiker von Berufs wegen von dem, was sie täten, überzeugt seien. Die Autorin möchte an dieser Stelle eine Debatte über mehr Transparenz anstoßen, da junge Menschen es gewohnt seien, an alle Informationen zu kommen, um Entscheidungen zu fällen, und gerade der alltägliche Politikbetrieb, der ja alle angeht, allen zugänglich gemacht werden sollte. Gleichzeitig ist ihr auch die Gratwanderung zwischen dem Politiker als öffentlicher Person und als Privatperson bewusst. Wichtig sei es für junge Menschen, dass Politiker nicht nur bei offiziellen Veranstaltungen, sondern auch spontan im Internet ansprechbar seien. Zudem wünscht sich Hannah Beitzer Politiker, die die neuen Möglichkeiten der Kommunikation des Internets nutzen und die ihre Lust am Diskurs, sonst ausgetragen bei Parteitage und Bürgergesprächen, auch bei Diskussionen im Internet ausleben. Das Internet als „Erweiterung der ‚realen Welt‘ [...], das gleichzeitig Telefon, Bibliothek und Fernseher ist“ (88), und die dazugehörige Netzpolitik sei ein Feld, auf dem noch viel Platz sei, die Jungen miteinzubeziehen und gemeinsam Neues auszuprobieren. Allerdings werden auch die tiefen Gräben zwischen den Generationen bei diesem Thema

deutlich, zum Beispiel bei der Debatte um Urheberrechte. Außerdem gebe es auch im Internet eine Informationselite, die Wenigen, die genug Mut, Zeit und intellektuelles Vermögen besitzen, um die Diskussion wirklich voran zu bringen (vgl. 144f.). Das letzte Thema, das die Autorin aufgreift, ist der Feminismus, der in der heutigen Gesellschaft wieder aktuell sei. Die Gleichberechtigung sei lange noch nicht ausdiskutiert, was an den hitzigen Debatten um Brülerles Dirndl-Spruch oder das Betreuungsgeld ersichtlich werde. Besonders problematisch werde das Leben junger Menschen mit der Geburt des ersten Kindes, bei der viele sich in einer Situation wiederfinden, die ihnen in ihrem „Pragmatismus besonders unangenehm ist: Es geht dann auf einmal doch wieder um Ideologien, um große Lebensentwürfe. Jede Entscheidung, die Frauen und Männer in diesem Zusammenhang treffen, treibt sie näher an das eine oder andere Lager heran: Eine Frau will nach der Geburt ein Jahr zu Hause bleiben, der Mann nimmt nur zwei Monate Elternzeit? Aha, reingetappt in die Traditionalistenfalle. Die Mutter geht nach einem halben Jahr wieder arbeiten, der Vater übernimmt? Augenrollen von Vollzeit-Muttis [...]“ (150). Sexuelle Belästigung, Kindererziehung, Wiedereinstieg in den Beruf... die Themen der Feministinnen des vergangenen Jahrtausends und der Feministinnen von heute ähneln sich, doch im

Gegensatz zu früher wurden die heutigen Frauen gleichberechtigt erzogen, nur hinke die Welt um sie herum dem noch hinterher. Während Campagnas Stil sich als sehr wissenschaftlich und durchsetzt von Philosophie und juristischer Terminologie erweist, ist Beitzers Buch umgangssprachlicher formuliert. Es finden sich viele persönliche Erlebnisse und Erfahrungen aus ihrem Bekanntenkreis, was ihren Stil sehr lebendig werden lässt. Sehr detailliert geht sie auf alle Parteien im damaligen Bundestag ein, also zur Zeit des Erscheinungsdatums des Buches im Juli 2013, und erklärt zum Beispiel deren Netzpolitik, wobei die Piratenpartei herausragend behandelt wird. Beide Autoren verteidigen ihr Subjekt (Wahlpflicht bzw. die junge Generation) leidenschaftlich, wobei ihnen auch negative Aspekte bewusst sind. Zudem möchten sie mit ihren Büchern gesellschaftliche Debatten anstoßen und präsentieren Lösungen für das Problem der sinkenden Wahlbeteiligung. In Beitzers Buch wird nicht immer ganz klar, wer genau zu der jungen Generation gehört, da sie einerseits diese als die nach 1980 Geborenen definiert, andererseits aber auch beschreibt, dass ihre Eltern zu Zeiten der 68er-Bewegung jung waren und die junge Generation in ihrer Kindheit von Wende, Wiedervereinigung und 9/11 geprägt wurde. Damit sind dann aber eher die heute 30- und nicht die 20-Jährigen definiert, also nicht die Men-

schen, die gemeinhin als Jugend bezeichnet werden. Besonders überzeugt hat mich persönlich die Schlussfolgerung, dass aus Individualität mehr Mitbestimmung folgen muss und die Aussicht, im Internet vielfältige, neue Möglichkeiten zur Ausgestaltung dieser Partizipation auszuprobieren. Die Gliederung legt nahe, dass *Wir wollen nicht unsere Eltern wählen* genau wie Campagnas Buch klar strukturiert ist. Allerdings werden die Themen Piratenpartei, Individualismus oder auch die Frage, wie Politik gestaltet werden sollte, immer wieder an verschiedenen Stellen aufgegriffen, sodass es mitunter schwierig ist, einen Themenkomplex auch als einen solchen zu erkennen. Beide Autoren sind sich darin einig, dass sich in der deutschen Politik etwas verändern muss, um die Bürger, insbesondere die Jungen, wieder besser zu erreichen, wobei Campagna einen ganz konkreten Vorschlag bietet, während Beitzer eher Debatten anstoßen und zu größeren Umbrüchen aufrufen möchte.

Norbert Campagna (2011): Wählen als Bürgerpflicht. Berlin: Parodos Verlag. 102 Seiten. ISBN: 978-3-938880-40-1. Preis: 10,00 €.

Hannah Beitzer (2013): Wir wollen nicht unsere Eltern wählen. Warum Politik heute anders funktioniert. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag. 191 Seiten. ISBN: 978-3-499-62247-2. Preis: 12,99 €.

Manfred Liebel: Kinderinteressen. Zwischen Paternalismus und Partizipation.

Welche Interessen haben Kinder? Wie steht es um ihre Rechte? Wie werden sie am besten vertreten – von Erwachsenen, aber auch von den Kindern selbst? Im Buch werden diese Fragen umfassend erörtert. Die Interessen von Kindern haben seit der Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention vor 25 Jahren wachsende Aufmerksamkeit gefunden. Es sind Organisationen und Institutionen entstanden, die sich der Vertretung von Kinderinteressen widmen. Doch worin bestehen die Interessen der Kin-



der? Wie entstehen sie, und wie sind sie zu erkennen? Was haben sie mit Kinderrechten, mit dem Kindeswillen und dem Kindeswohl zu tun? Wo und wie können sich Kinder beschweren, wenn ihnen Unrecht geschieht? Wie werden ihre Interessen am besten vertreten und von wem? Im Buch wird diesen Fragen auf umfassende Weise nachgegangen, mit Blick auf Deutschland und Österreich sowie auf andere Länder und Kontinente. Es zeigt, wie die Möglichkeiten der Kinder erweitert werden können, ihre Interessen in der Welt der Erwachsenen zur Geltung zu bringen.

